



## 15. Sitzung

Mittwoch, 30. September 2015

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Vizepräsidentin Antje Möller und Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg

### Inhalt:

<b>Mitteilungen der Präsidentin</b> Abwicklung und Ergänzung der Tagesordnung	921	Jennyfer Dutschke FDP Ksenija Bekeris SPD Karin Prien CDU Antje Möller GRÜNE Cansu Özdemir DIE LINKE Dr. Bernd Baumann AfD Dora Heyenn fraktionslos Nebahat Güçlü fraktionslos Michael Neumann, Senator Kazim Abaci SPD Martin Dolzer DIE LINKE	928, 938 930 930, 940 932, 941 933 934, 943 935 936 937 939 941
<b>Aktuelle Stunde</b>	921		
Fraktion DIE LINKE:  <b>HSH Nordbank – Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!</b>			
Norbert Hackbusch DIE LINKE Markus Schreiber SPD Thilo Kleibauer CDU Dr. Anjes Tjarks GRÜNE Michael Kruse FDP Andrea Oelschläger AfD Dr. Peter Tschentscher, Senator Jan Quast SPD	921, 927 922 923 924 925 926 926 927		
FDP-Fraktion:  <b>Flüchtlingskrise ohne Krisenmanager: Rot-Grün löst die Unterbringungsprobleme nicht</b>  mit		AfD-Fraktion:  <b>Wir schaffen das? So nicht! Senat nimmt Bürgersorgen in der Flüchtlingskrise nicht ernst genug. Kritiker werden ausgegrenzt.</b>  (Fortführung am 01.10.2015)	
SPD-Fraktion:  <b>Flüchtlingsgipfel: Gute Ergebnisse auch für Hamburg</b>		CDU-Fraktion:  <b>Einigkeit und Recht und Freiheit – 25 Jahre Deutsche Einheit</b>  (Fortführung am 01.10.2015)	
		GRÜNE Fraktion:  <b>Abgas-Skandal gefährdet Hamburgs Luftreinhalteplan: Auto-</b>	

<b>hersteller müssen sich ihrer Verantwortung stellen</b>		Antrag der AfD-Fraktion:	
(Fortführung am 01.10.2015)		<b>"Hamburger Leistungszentren" an einigen Schulen schaffen</b>	
		– Drs 21/1606 Neufassung –	946
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Dr. Jörn Kruse AfD	946
		Hildegard Jürgens SPD	947
		Karin Prien CDU	947
		Dr. Stefanie von Berg GRÜNE	948
		Sabine Boeddinghaus DIE LINKE	949
		Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	949
<b>Wahl eines ordentlichen und eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission</b>			
– Drs 21/631 –	944		
(vertagt auf den 14.10.2015)		Beschlüsse	950
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:	
<b>Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde</b>		<b>Zügig Erstaufnahmeeinrichtungen und Folgeunterkünfte für Flüchtlinge schaffen</b>	
– Drs 21/1466 –	944	– Drs 21/1621 –	950
und		dazu	
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:	
<b>Wahl eines oder einer Deputierten der Behörde für Inneres und Sport</b>		<b>Gesetz zur Sicherung der Flüchtlingsunterbringung in Einrichtungen</b>	
– Drs 21/1467 –	944	– Drs 21/1753 –	950
und		Dr. Andreas Dressel SPD	950
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Karl-Heinz Warnholz CDU	952
<b>Wahl einer oder eines Deputierten der Kulturbehörde</b>		Dennis Gladiator CDU	952
– Drs 21/1468 –	944	André Trepoll CDU	954
		Doris Müller SPD	956
Ergebnis	966	Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	957
		Cansu Özdemir DIE LINKE	959
		Katja Suding FDP	960
		Dirk Nockemann AfD	962
Antrag der FDP-Fraktion:		Beschlüsse	966
<b>Traglufthallen – Notunterbringung im Winter</b>		Vorlage des Rechnungshofs:	
– Drs 21/1616 –	944	<b>Olympische und Paralympische Spiele in Hamburg – Vereinbarkeit mit einer nachhaltigen Finanzwirtschaft – Beratende Äußerung nach § 81 Absatz 2 LHO</b>	
Jennyfer Dutschke FDP	944	– Drs 21/1566 –	967
Ksenija Bekeris SPD	945	dazu	
Karin Prien CDU	945	Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:	
Olaf Duge GRÜNE	945		
Cansu Özdemir DIE LINKE	945		
Andrea Oelschläger AfD	945		
Beschluss	946		

<b>Olympische und Paralympische Spiele transparent und kostenstabil planen – Empfehlungen des Rechnungshofes ernst nehmen</b> – Drs 21/1755 –	967	Antrag der CDU-Fraktion:  <b>Schwächung des Integrationsbeirats verhindern – Wichtige Integrationsakteure weiterhin als Beiratsmitglieder zulassen, Benachteiligung der Spätaussiedler stoppen</b> – Drs 21/1612 –	980
Jan Quast SPD	967, 977	Jörg Hamann CDU	980
Thomas Kreuzmann CDU	968	Kazim Abaci SPD	982
Farid Müller GRÜNE	970	Phyliss Demirel GRÜNE	983
Norbert Hackbusch DIE LINKE	971	Sabine Boeddinghaus DIE LINKE	984
Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	971	Jennyfer Dutschke FDP	984
Daniel Oetzel FDP	972	Dr. Bernd Baumann AfD	985
Dr. Jörn Kruse AfD	973	Nebahat Güçlü fraktionslos	986
Christiane Blömeke GRÜNE	974		
Heike Sudmann DIE LINKE	974, 976	Beschluss	986
Dr. Andreas Dressel SPD	975, 978		
Mehmet Yildiz DIE LINKE	977		
Wolfgang Rose SPD	978		
Beschlüsse	979	Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:  <b>Modernes Hamburg: Hamburger Verbraucherinnen und Verbraucher befragen und Ergebnisse eines "Verbraucherschutz-Pegels" veröffentlichen</b> – Drs 21/1619 –	987
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:  <b>Bürgerschaftsreferendum zur Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024</b> – Drs 21/1623 –	979	Beschlüsse	987
dazu			
Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN sowie der fraktionslosen Abgeordneten Dora Heyenn:  <b>Olympiareferendum – Meinungsvielfalt im Informationsheft sicherstellen – "Volksinitiative Stop Olympia Hamburg" Raum für eine Stellungnahme einräumen</b> – Drs 21/1759 Neufassung –	979	Antrag der Fraktion DIE LINKE:  <b>Das muss drin sein: Direkter Kontakt zu Sachbearbeitern/-innen in den Jobcentern statt Warteschleife in den Service-Centern</b> – Drs 21/1446 –	987
mit		Beschluss	987
Senatsmitteilung:  <b>Bürgerschaftsreferendum zur Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele 2024 – Feststellung des Senats über die Aufnahme der Stellungnahme "Argumente für ein NEIN zu Olympia" in das Informationsheft</b> – Drs 21/1740 –	979		
Beschlüsse	980		



**Beginn: 15.01 Uhr**

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet.

Wir steigen gleich in die heutige Tagesordnung ein, allerdings nicht ohne zuvor unserer Kollegin Regina Jäck zum Geburtstag gratuliert zu haben. Liebe Frau Jäck, die allerherzlichsten Glückwünsche zum Geburtstag. Alles Gute für das neue Lebensjahr.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats sind die Fraktionen übereingekommen, die Tagesordnung um einen weiteren Punkt zu ergänzen. Das ist die Senatsmitteilung aus Drucksache 21/1740. Die Drucksache liegt Ihnen vor und wurde als TOP 15a nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen. Wir rufen sie heute gemeinsam mit TOP 18 als fünften Debattenpunkt auf.

Damit kommen wir zur

**Aktuellen Stunde**

Dazu sind sechs Themen angemeldet worden. Von der Fraktion DIE LINKE

HSH Nordbank – Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!

von der FDP-Fraktion

Flüchtlingskrise ohne Krisenmanager: Rot-Grün löst die Unterbringungsprobleme nicht.

von der AfD-Fraktion

Wir schaffen das? So nicht! Senat nimmt Bürgersorgen in der Flüchtlingskrise nicht ernst genug. Kritiker werden ausgegrenzt.

von der SPD-Fraktion

Flüchtlingsgipfel: Gute Ergebnisse auch für Hamburg

von der CDU-Fraktion

Einigkeit und Recht und Freiheit – 25 Jahre Deutsche Einheit

und von der GRÜNEN Fraktion

Abgas-Skandal gefährdet Hamburgs Luftreinhalteplan: Autohersteller müssen sich ihrer Verantwortung stellen

Die Fraktionen sind übereingekommen, das zweite und vierte Thema gemeinsam debattieren zu wollen.

Nun rufe ich zunächst das erste Thema auf, angemeldet von der Fraktion DIE LINKE, und Herr Hackbusch bekommt das Wort.

**Norbert Hackbusch DIE LINKE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In den vergangenen Jahren sind wir jedes Quartal von der HSH Nordbank mit der Überschrift begrüßt worden: Es geht aufwärts. Die Bank hat eine gute Zukunft. Wir gehen freudig voran. Und jetzt stellen wir fest in diesen Tagen: Wir stehen vor einem riesigen Milliarden-Scherbenhaufen, und alle Vorhersagen, die die HSH Nordbank gemacht hat, stimmen nicht. Wir müssen als Parlament und als Stadt äußerst kritisch und äußerst transparent mit dieser HSH Nordbank umgehen, um zu wissen, wo wir überhaupt stehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bank verweist darauf, dass es sich um Altlasten handeln würde. Altlasten hört sich an wie etwas, das irgendwie zu lösen sein müsste. Wir als LINKE stellen dazu fest, dass es im Jahr 2009 bei der Krise der HSH Nordbank um Kreditersatzgeschäfte ging, die damals getätigt wurden, und um eine Immobilienblase. Die gegenwärtige Krise der Schifffahrtsfinanzierung ist wieder eine neue Geschichte, keine Altlast. Dementsprechend ist das ein zweiter großer Fehler, den der Vorstand dieser HSH Nordbank gemacht hat, eine neue falsche Einschätzung. Es ist ein neuer Hinweis darauf, dass diese HSH Nordbank in den falschen Gewässern von den falschen Leuten gesteuert wird. Die Vorstände haben sich nicht nur beim Aufbau dieser Aktivität kräftig geirrt, sondern über Jahre hinweg auch Modellrechnungen mit völlig falschen Erwartungen durchgeführt. Wenn Sie sich nur daran erinnern, wie die HSH Nordbank im Jahre 2013 aufgetreten ist, als wir hier darüber diskutiert haben. Sie hat gesagt, die Schifffahrtskrise werde Ende 2014 vorbei sein. Meine Damen und Herren! Wir wissen, dass es im Jahre 2015 nicht nur nicht vorbei ist, sondern dass das, was wir damals Krise genannt haben, eine normale wirtschaftliche Entwicklung ist, die sich in den nächsten Jahren anscheinend auch nicht verändern wird. Das ist wiederum ein riesiger Fehler, der von den Vorständen dieser Bank gemacht worden ist. Seit 2009 doktern hochbezahlte Banker an einer Gesundung der HSH Nordbank, und die Situation hat sich in diesen Jahren nur verschlimmert, wie wir in den heutigen Tagen feststellen müssen. Die gesamte Situation ist nur deswegen nicht so aufgefallen, weil die HSH Nordbank in der Lage war, das mit den Garantien aufzuwiegen, die sie mehr oder weniger als Gewinne verbuchen konnte, und sie so ein scheinbar positives Ergebnis aufweisen konnte. Aber wenn wir das abziehen, stellen wir fest, dass keinerlei Gewinne gemacht worden sind und wir in dieser Situation an der Nase herumgeführt worden sind.

Ich will gar nicht darauf hinweisen – nur ein Nebensatz –, dass es in der Zwischenzeit auch kriminelle Aktivitäten dieser Bank im Zusammenhang mit Cum-Ex-Geschäften gegeben hat. Das ist etwas,

**(Norbert Hackbusch)**

das nicht genau aufgeklärt worden ist, meiner Meinung nach die HSH Nordbank aber immer noch belastet. Die Links-Fraktion hält es für einen Skandal, dass ein solches Spekulanten-Verhalten in dem heutigen Rechtsverfahren nicht verfolgt werden konnte.

(Beifall bei der LINKEN)

Und wir finden es ebenso beschämend und traurig, dass der politischen Kraft in Hamburg, die am aktivsten zu dieser fatalen Situation beigetragen hat – das ist nun einmal die CDU –, immer noch von einigen Medien Wirtschaftskompetenz zugesprochen wird. Ich halte das für absolut unerträglich. Wie ist so etwas möglich?

(Beifall bei der LINKEN)

Wie ist die Situation gegenwärtig? Was ist das Geschäftsmodell? Auch hier stellen wir fest, dass das Geschäftsmodell nicht funktioniert. Das mit den Gewinnen, die nicht vorhanden sind, habe ich schon dargestellt. Ein weiterer Punkt: Das Geschäftsmodell ist eine Bank für Unternehmer im Norden. Stattdessen stellen wir fest, dass die Bank vor allen Dingen in Immobiliengeschäfte investiert hat.

Wir stellen der Stadt die Aufgabe, den geordneten Weg über das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz einzufordern. Das ist die einzige Möglichkeit, Transparenz herzustellen, unabhängig von den Aussagen der HSH Nordbank. Der Mut für diesen Weg sollte von der Stadt gefunden werden. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Nun bekommt Herr Schreiber von der SPD-Fraktion das Wort.

**Markus Schreiber SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Hackbusch, ich höre Ihnen eigentlich ganz gern zu, weil ich dieses Stolpern über den spitzen Stein mag. Ich kann Ihnen inhaltlich auch nicht vorschreiben, worüber Sie sprechen, denn das darf ein Mitglied einer Regierungsfraktion nicht gegenüber der Opposition, und zu Recht nicht. Ich kann an dieser Stelle aber doch anmerken, dass die Auswahl des Themas HSH Nordbank für die heutige Aktuelle Stunde in der heißen, finalen Phase der Verhandlung mit der EU-Kommission für Hamburg und Schleswig-Holstein nicht gut ist.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Auch für eine Oppositionspartei sollte das Wohl Hamburgs an oberster Stelle stehen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Sie wissen natürlich, dass weder der Senat noch ein Mitglied einer Regierungsfraktion Verhandlungsstände in der Öffentlichkeit diskutieren wird, weil dies die Verhandlungen gefährden und die Position Hamburgs und Schleswig-Holsteins schwächen würde. Sie wissen auch, dass wir im Ausschuss Öffentliche Unternehmen vertrauliche Informationen erhalten und diskutiert haben. Überraschenderweise konnte man diese Informationen, zum Teil zumindest, in der Zeitung nachlesen, womit Sie, lieber Herr Hackbusch, vermutlich nichts zu tun haben werden, weil dies einen eklatanten Verstoß gegen Ihre Pflichten als Abgeordneter darstellen würde.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN – *Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Was soll das denn?)

Aber – Sie können dem auch widersprechen, das würde mich schon interessieren –

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Sie sollen mir mal sagen, was das soll!)

Sie wissen auch, dass solche Veröffentlichungen für die Verhandlungen und für die Bank und für Hamburg und Schleswig-Holstein nicht hilfreich sind.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Genauso wie Sie wissen, dass es hinsichtlich der HSH Nordbank keine einfache Lösung gibt, keine einfache Lösung geben wird. Keiner weiß genau, was denn das von Ihnen bevorzugte Ende mit Schrecken bedeutet, Sie auch nicht. Wissen tun wir nur, dass es in jedem Fall schrecklich teuer wird und dass wir erst in einigen Jahren wissen werden, was die HSH Nordbank den Steuerzahler gekostet haben wird. Darauf hat der Bürgermeister bereits in seiner Regierungserklärung hingewiesen.

Nur zur Erinnerung weise ich darauf hin, dass es die Finanzsenatoren Dr. Peiner und Dr. Freytag unter einem Bürgermeister Ole von Beust – alle CDU – waren, die aus der ehemaligen Hamburgischen Landesbank eine international tätige Großbank, einen Global Player, machen wollten. Wobei man nicht verschweigen muss, dass auch die SPD-Ministerpräsidentin Heide Simonis gesagt hat – ich zitiere –:

"Wir waren damals alle mehr oder minder besoffen von der Idee, dass die HSH Nordbank als Global Player immer satte Gewinne einfährt."

(Zuruf von *Stephan Jersch DIE LINKE*)

Dass dies eine eklatante Fehleinschätzung war, ist seit Langem klar und unbestritten. Dass diese Fehleinschätzung teure Folgen für die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein haben wird,

**(Markus Schreiber)**

auch. Statt besoffen müssen wir zumindest jetzt nüchtern agieren. Das in Bälde vorliegende Ergebnis der Verhandlungen mit der EU-Kommission müssen wir uns im Ausschuss Öffentliche Unternehmen vorstellen lassen, die Alternativen dazu auch. Und dann müssen wir abwägen, um schließlich in der Hamburgischen Bürgerschaft, in diesem Raum, in diesem Plenarsaal, zu entscheiden, welcher Weg der am wenigsten schreckliche ist; einen einfachen, guten wird es nicht geben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Jetzt aber hektisch im Rahmen einer Aktuellen Stunde ein Ende mit Schrecken zu fordern, ohne auch nur im Ansatz zu wissen, was das bedeutet und welche finanziellen Auswirkungen das auf Hamburg und Schleswig-Holstein hat, ist unklug und hat mit ordentlichem Regierungshandwerk nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Deshalb überlassen wir das Ihnen, Herr Hackbusch, und machen da nicht mit. In Verantwortung für Hamburg und seine Steuerzahler wollen wir die bestmögliche Lösung, und daran arbeiten wir weiter. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Von der CDU-Fraktion bekommt jetzt Herr Kleibauer das Wort.

**Thilo Kleibauer** CDU:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist über die letzten Jahre klar erkennbar geworden, dass die Risiken der Stadt aus der Beteiligung an der HSH Nordbank sehr stark gestiegen sind. Das ist, glaube ich, auch ein Thema, was man in der Aktuellen Stunde diskutieren kann. Im Endeffekt war es der Vorstandsvorsitzende dieser Bank selbst, der vor einem Monat öffentlich sehr deutlich gesagt hat: Wir können die Altlasten nicht mehr tragen, eine Lösung bis Ende September muss her. Ich schaue mir nun schon längere Zeit die HSH Nordbank und andere öffentliche Unternehmen an, aber dass ein solcher Aufschrei aus der Führungsriege eines öffentlichen Unternehmens kommt, ist schon äußerst selten. Das unterstreicht, wie dramatisch die Situation für uns und für die Stadt ist.

(Beifall bei der CDU und bei *Michael Kruse* FDP)

Gestatten Sie mir – Sie haben es aufgegriffen, Herr Schreiber, – eine kurze Anmerkung zur Themenanmeldung der LINKEN. Ich finde nämlich auch, Herr Hackbusch, dass die Wortwahl "Ende mit Schrecken" den Menschen suggeriert, es gäbe die Möglichkeit einer zwar teuren, aber einer

schnellen, einer einfachen Lösung. Und genau so ist es nicht. Herr Hackbusch, das ist auch ein Stück weit fahrlässig. Sie streuen den Menschen bewusst Sand in die Augen. Das sollten Sie nicht tun.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Wir alle wissen, es gibt keine einfache Lösung. Wir alle wissen, es gibt Zweifel am Geschäftsmodell. Ich glaube auch, es ist wenig sinnvoll, dass die Stadt Hamburg auf Dauer eine Großbank finanziert, die bundesweit im Bereich der Immobilienfinanzierung unterwegs ist. Aber es ist im Moment nicht die Situation, dass wir darüber entscheiden, ob wir eine Bank gründen oder es sein lassen, sondern bei der Entscheidung heute und in den kommenden Monaten geht es doch um die Frage, wie wir mit dem Risiko umgehen. Und dass wir das Risiko begrenzen und reduzieren wollen, das gilt, glaube ich, für alle hier im Haus, Herr Hackbusch.

(Beifall bei der CDU, der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Für uns steht dabei eines ganz klar im Vordergrund, und das ist die Sicherung der Vermögensposition der Stadt. Es muss jetzt um Lösungen mit dem geringsten wirtschaftlichen Nachteil für die Hamburger Steuerzahler gehen. Darum geht es. Und in dem Zusammenhang, Herr Finanzsenator, sage ich ganz deutlich: Jede Lösung, die das jetzt schon bestehende Ausfallrisiko der Stadt noch signifikant erhöht, wird gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt besonders erklärungsbedürftig sein.

Herr Schreiber ist tief in die Historie der Bank gegangen. Es gibt viele Beteiligte in beiden Bundesländern, Hamburg und Schleswig-Holstein, und ich weiß noch, wie einvernehmlich hier 2003 die Fusion der Landesbanken besprochen wurde. Es gibt aber auch eine neuere Geschichte. Die hören Sie vielleicht nicht so gern, aber die muss man sich auch anschauen. Im Juli 2011 hat Herr Scholz gesagt, das EU-Beihilfeverfahren sei durch. Das Fortführungskonzept der HSH Nordbank werde durch das Ergebnis gestärkt, unter weiterer Begrenzung der Risiken und mit geringerer wirtschaftlicher Belastung der Bank. 2012, ein Jahr später, gab es die erste Verlustprognose, die erste Prognose einer Garantieanspruchnahme der Bundesländer, damals 1,3 Milliarden Euro. Das ist dann Stück für Stück nach oben gegangen. Und vor zweieinhalb Jahren haben wir hier im Haus die Frage der Wiederaufstockung der Garantie diskutiert. Ich habe noch einmal in die Drucksache von damals geschaut, Herr Finanzsenator. Sie haben damals drei Szenarien vorgelegt. Das erste Szenario, sozusagen der Best Case: Die Bank hält ihre Prognosen ein. Es kann einen wundern, dass das schon aus damaliger Sicht die optimistischere Variante gewesen ist. Das zweite Szenario: Der Verlauf ist

**(Thilo Kleibauer)**

schlechter, aber die Situation stabilisiert sich weiterhin durch die Garantie. Und das dritte Szenario – Sie haben damals wörtlich davon gesprochen – war ein dramatischer Verlauf, bei dem die Verluste noch höher werden. Bei allen Zahlen, die man heute den Zeitungen entnehmen kann, muss man trotz aller Vorsicht sagen, es ist das dritte Szenario geworden, und auch das sollte uns zum Nachdenken bringen, Herr Dr. Tschentscher.

(Beifall bei der CDU)

Das ist nicht nur die Schuld der Bank; bei Ihnen ist sehr viel Schwarz-Weiß-Malerei, Herr Hackbusch. Das hat etwas zu tun mit dem Marktumfeld. Es hat auch viel zu tun mit regulatorischen Veränderungen, für die im Endeffekt auch die Politik, wenn auch auf anderer Ebene, verantwortlich ist. Es gibt durchaus Fortschritte, die die Bank gemacht hat, das sollte man nicht verkennen. Aber wir müssen auch sehen, dass wir seit Jahren in Hamburg und Schleswig-Holstein große Klimmzüge machen, um diese Bank über Wasser zu halten, und es reicht trotzdem nur für das schlechteste Rating aller deutscher Banken. Das behindert die HSH Nordbank natürlich nachhaltig im Wettbewerb.

Ich habe wenig Verständnis dafür, dass wir diese Entscheidungen gefühlt immer erst drei Minuten vor zwölf diskutieren. Ich habe Ihnen vorhin die Entwicklung seit 2011 aufgezeigt, den stufenweisen Verlauf. Die Stadt hat seit Jahren hochkarätige Berater engagiert; 15 Millionen Euro Beraterhonorare in den letzten Jahren. Dann kann man auch verlangen, dass dort Pläne für unterschiedliche Szenarien in der Schublade liegen. Dann kann man verlangen, dass es einen Plan B und einen Plan C gibt und Sie mehr tun können, als immer nur kurz vor zwölf mit einer Vorlage des Senats zu kommen. Dafür habe ich kein Verständnis.

Ich habe durchaus Verständnis dafür, Herr Dr. Tschentscher, dass Sie sich heute wohl kaum zu den letzten Details irgendwelcher internen Verhandlungen mit Kiel oder mit Brüssel äußern. Das versteht, glaube ich, jeder.

Ich vermeide bei der HSH Nordbank, mit dem Begriff Hoffnung zu arbeiten. Ich habe trotzdem die Hoffnung, dass wir in Kürze zumindest Klarheit haben: Klarheit über das weitere Risiko der Stadt, Klarheit über die Frage, wie die Altlasten abgebaut und reduziert werden, und vor allen Dingen auch Klarheit für die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank, die besonders unter der Unsicherheit im Moment leiden.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Carola Veit:** Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion hat das Wort.

**Dr. Anjes Tjarks** GRÜNE:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist keine neue Feststel-

lung, aber sie gilt weiterhin: Die HSH Nordbank ist das größte Haushaltsrisiko für das Land Hamburg. In Kürze wird die Europäische Kommission zusammen mit der Europäischen Zentralbank entscheiden, ob die Wiedererhöhung der Ländergarantie mit dem Wettbewerbsrecht vereinbar ist. Auf dieser Basis – und erst auf dieser Basis – müssen wir den Sachverhalt bewerten, ihn im Ausschuss detailliert besprechen, schauen, welche Alternativszenarien es gibt, und am Ende vor das Parlament treten, um eine Entscheidung über die Zukunft dieser Bank zu fällen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben vor fünf Monaten eine ähnliche Debatte geführt; ich glaube, es war auch in der Aktuellen Stunde. Es gibt jetzt kein ganz neues Szenario, außer dass man weiß, es wird demnächst Entscheidungen geben müssen. Das Ziel meiner Fraktion ist es, die Vermögensposition der Stadt bestmöglich zu schützen. Es ist wichtig, dass wir das in einem sachlichen Austausch miteinander gewährleisten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Rettungskonzept, das wir 2008 aufgestellt haben, ist nicht in allen Teilen aufgegangen, und ich teile durchaus einen Teil der Emotionen, die Herr Hackbusch vorgetragen hat; ich glaube, niemand im Haus macht es sich leicht mit der Geschichte dieser Bank. Aber Sie haben auch erwähnt – und das ist mir wichtig –, dass die Kreditersatzgeschäfte, die damals das Problem waren, aufgrund der Garantien und der Erholung dieser Geschäfte heutzutage nicht mehr das Problem sind. Wo Sie aus meiner Sicht ein wenig fahrlässig in der Historie argumentiert haben, ist die Frage, wann dieses Schiffsportfolio hauptsächlich angelegt worden ist. Vor 2008 hatte die HSH Nordbank den Claim, der größte Schiffsfinanzierer der Welt zu sein, war dabei aber eine relativ kleine Bank. Die Idee des Klumpenrisikos ist vor 2008 entstanden, und deswegen würde ich bitten, genau diese Problematik, über die wir jetzt vor allem reden, nicht so sehr dem aktuellen Vorstand anzulasten. Das ist aus meiner Sicht zu einem größeren Teil ein Altproblem.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Bei allen Schwierigkeiten, die wir damit haben und haben werden, möchte ich auch sagen, dass in Bezug auf die Restrukturierung aus unserer Sicht das Risiko für die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein gesunken ist. Wir haben eine Situation, in der sich das Volumen der Bankbilanz um 100 Milliarden Euro reduziert hat. Wir haben eine Situation, in der sich die Gewährträgerhaftung von 68 Milliarden Euro auf 13 Milliarden Euro reduziert hat. Das ist immer noch sehr viel, aber es ist auch ein Fortschritt, wenn man über den weiteren Prozess diskutiert. Ich glaube, das Entscheidende ist, dass

**(Dr. Anjes Tjarks)**

man sich, wenn man sich die Anmeldung anschaut – "Lieber ein Ende mit Schrecken" –, auch einmal vor Augen führt, was eigentlich noch auf dem Spiel steht. Auf dem Spiel stehen 13 Milliarden Euro Gewährträgerhaftung und 10 Milliarden Euro Ländergarantien. Auf dem Spiel stehen die Einlagen. Auf dem Spiel steht auch der Wert der Bank. Und auf dem Spiel stehen 2 579 Vollzeit Arbeitsplätze, die der LINKEN in vielen anderen Bereichen sehr, sehr wichtig sind. Das sollte man alles bedenken, wenn man von einem Ende mit Schrecken redet. Ich glaube, man muss sich das sehr, sehr genau überlegen.

Ich fand es angenehm, Herr Hackbusch, dass Sie in Ihrer Rede gesagt haben, eigentlich gehe es mehr um das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz. Aber ich möchte auch dazu sagen, dass das noch nie ein Mensch angewandt hat. Kein Mensch weiß, wie das ausgeht. Deswegen wäre ich sehr vorsichtig und würde davon abraten, jetzt darüber zu diskutieren, sondern wir sollten schauen, dass wir einen anderen Weg mit unserer Bank einschlagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Kleibauer hat es gesagt: Das Hauptproblem sind die Frage der Schiffsfinanzierung, die Frage der regulatorischen Anforderungen, die in der Zwischenzeit aufgekommen ist, auch, dass sich das Marktumfeld mit den Zinsen verändert hat und gleichzeitig eine gleichbleibende Garantieprämie gezahlt wird. Ich glaube, dass wir deswegen über ein Szenario nachdenken müssen, in dem die Altkredite strukturell angepasst werden, das aber gleichzeitig ein Szenario ist, in dem wir die Vermögensposition der Stadt – und das ist die entscheidende – bestmöglich wahren. In diesem Sinne werden wir die weiteren Beratungen konstruktiv begleiten. Und das sollten wir dann auch in diesem Haus tun, wenn es so weit ist. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Herr Kruse von der FDP-Fraktion bekommt das Wort.

**Michael Kruse** FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst zu Ihnen, Herr Hackbusch. Was Sie hier aufführen, wird eigentlich immer abenteuerlicher. Es ist Ihre linke Argumentation, dass Banken als Teil von Schlüsselindustrien in staatliche Hände gehören. Nur bedeutet das dann auch, dass die Verluste, die staatliche Banken generieren, eben auch vom Staat zu tragen sind. Wie Sie hier gegen die einzige städtische Bank wettern, ist vor diesem Hintergrund mehr als abenteuerlich. Sie machen eine Politik, die falsch geblieben und seit dem Weggang von Frau Heyenn aus Ihrer Fraktion auch noch konfus geworden ist. Ich empfehle Ihnen: Beteiligen Sie sich doch das nächste Mal einfach im Ausschuss. Als wir die

Zukunft der Landesbank in der vergangenen Woche beraten haben, haben Sie gefehlt.

Meine Damen und Herren! Wie Sie alle wissen, teilen wir die Position, dass die Stadt Hamburg aus der HSH Nordbank aussteigen muss, und das aus einer leidvollen Erfahrung. Die Stadt ist nicht der bessere Banker. Die aktuellen Verhandlungen des Senats in Brüssel müssen deshalb aufzeigen, wie Hamburg aus der Beteiligung herauskommt. Benennen wir es klipp und klar: Das Zeitfenster des Senats ist gerade dabei, sich zu schließen. Zu lange schon dauern die Verhandlungen von Senator Tschentscher in Brüssel an. Immer und immer wieder wird der Zeitpunkt der Einigung verschoben. Ich hoffe, die beiden rot-grünen Landesregierungen hatten wenigstens eine erholsame Sommerpause, denn mit Nachdruck in Brüssel verhandelt haben Sie offenbar nicht. Das wäre aber notwendig gewesen, denn dann hätten wir die für Sommer angekündigte Entscheidung bereits.

(Beifall bei der FDP)

Und warum sitzt der Senat in Brüssel überhaupt auf der Strafbank? Er sitzt dort, weil er die Entwicklung der Bank im Jahr 2012 völlig falsch eingeschätzt hat. Er sitzt dort, weil er der Bank eine Garantiesumme wiedereinräumen musste, die er erst ausgesprochen hatte, die dann von der Bank vor schnell gekündigt worden war und die dann plötzlich doch wieder in vollem Umfang gebraucht wurde. Das planlose Reagieren dieses Senats im Umgang mit den Ländergarantien ist der Kardinalfehler in diesem Verfahren,

(Beifall bei der FDP)

und Sie, Herr Scholz, und Sie, Herr Tschentscher, haben diesen Fehler zu verantworten. Deshalb haben Sie es auch zu verantworten, wenn die Bank nun durch Ihre falschen Entscheidungen wieder in schwieriges Fahrwasser gelangt. In den kommenden Wochen werden wir Sie daran messen, ob Sie auf Ihrem Stolpern durch die Hamburger Beteiligungsstruktur auch noch Milliarden Euro Steuergelder verbrennen. Im Gegensatz zu der LINKEN melden wir das Thema aber dann an, wenn es auch eine Entscheidung zu besprechen gibt.

Worum geht es dem Hamburger Senat eigentlich bei den Verhandlungen in Brüssel? Er möchte die Ländergarantien durch die Übernahme von schlechten Geschäften der Bank ersetzen. Das bedeutet, der Senat wandelt Garantien für die Bank in echte Schulden der Stadt um. Faul sind nicht nur die Kredite der Bank, sondern faul ist auch der Kompromiss, der sich hier gerade anbahnt.

*(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Und was ist Ihr Vorschlag?)*

Denn warum tut der Senat das eigentlich? Er tut es, weil Scheckbuch-Scholz genau weiß, die faulen Kredite fallen in den nächsten Jahren – und da-

**(Michael Kruse)**

mit auch vor der nächsten Bürgerschaftswahl – nach und nach aus. Herr Bürgermeister, Ihre Scheckbuchpolitik ist eiskalter Machterhalt zulasten der Steuerzahler, und das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Was ist das denn für ein Gelaber?)

Weitere Fehlentscheidungen in Sachen HSH Nordbank können Sie sich nämlich nicht erlauben. Und dass die GRÜNEN wie Lemminge dieser Senatspolitik hinterherlaufen, sagt nur etwas über ihr fehlendes Rückgrat aus. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Carola Veit:** Frau Oelschläger von der AfD-Fraktion bekommt das Wort.

**Andrea Oelschläger AfD:**\* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Erneut beschäftigen wir uns mit den Leiden der HSH Nordbank, nachdem in den vergangenen Tagen in der Presse von einer Zuspitzung der Lage berichtet wurde. Richtig ist, dass der Senat in Verhandlungen mit mehreren Akteuren steht. Aber, meine Damen und Herren, auch wenn der Unmut über die nicht besser werdende Situation der HSH Nordbank groß ist, bringt es nichts, in Aktionismus zu verfallen. Solange der Senat sich in delikaten Verhandlungen befindet und noch an den nächsten Schritten einer Lösung arbeitet, macht es wenig Sinn, ein Ende mit Schrecken forcieren zu wollen. Aufgrund von Faktoren, die außerhalb der Macht Hamburgs und der Bürgerschaft liegen, können wir doch erst im Laufe der nächsten Tage oder Wochen überhaupt glaubwürdig darüber nachdenken, wie der weiter zu beschreitende Weg in Sachen HSH Nordbank sinnvollerweise aussehen kann. Mein Appell geht deswegen in erster Linie dahin, nichts zu überstürzen und darauf zu warten, dass der Senat im Licht der aktuellen Entwicklungen einen Vorschlag für das weitere Vorgehen macht, sobald die Verhandlungen ein brauchbares Ergebnis gezeigt haben.

Ich möchte deshalb nur kurz auf einige Prinzipien eingehen, die die AfD nicht nur in Sachen HSH Nordbank, sondern ganz grundsätzlich im Hinblick auf die Bankenrettung vertritt. Die Richtschnur der Politik soll hierbei unmissverständlich sein: Nicht Banken gehören gerettet, sondern Menschen. Natürlich müssen wir dabei das Augenmerk auch auf Arbeitsplätze und Kleinsparer legen. In erster Linie müssen wir jedoch für unsere Steuerzahler eintreten und nicht für die fehlerhafte Geschäftsführung von Banken, was auch jedem Bürger einsichtig ist. Wie schon in unserer letzten Debatte zu dieser Thematik kann ich deshalb für die Zukunft nur empfehlen, das Abenteuer Landesbank grundsätzlich sein zu lassen. Im 21. Jahrhundert gibt es keine vernünftigen Gründe mehr dafür, warum die

Freie und Hansestadt Hamburg eine eigene Bank halten muss. Der Staat sollte sich davon verabschieden, sich als privater Unternehmer zu betätigen, und noch weniger sollte er sich als Bankier versuchen, denn wenn er sich verspekuliert, sind die Leidtragenden, wie im Fall der HSH Nordbank, immer die steuerzahlenden Bürger. Wäre die Stadt nicht Miteigentümerin der HSH Nordbank, müssten wir uns jetzt nicht den Kopf darüber zerbrechen, dass auf Hamburg eine gesamtschuldnerische Haftung von 10 Milliarden Euro zukommt. Das ist aber noch Zukunftsmusik. Lassen wir den Senat zunächst einmal seine Arbeit machen und warten wir mit der nötigen Geduld auf nähere Informationen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort erhält Senator Dr. Tschentscher.

**Senator Dr. Peter Tschentscher:**\* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Senat und die Landesregierung von Schleswig-Holstein verhandeln seit einigen Monaten mit der Europäischen Kommission über eine Lösung im Beihilfverfahren der HSH Nordbank. Wir befinden uns in der letzten Phase eines komplexen Verhandlungsprozesses, über den den zuständigen Ausschüssen der Bürgerschaft und des Parlaments in Kiel fortlaufend in vertraulicher Sitzung berichtet wird. Viele Akteure sind an den Verhandlungen beteiligt – neben der EU-Kommission und den beiden Landesregierungen auch das Bundesfinanzministerium, die Europäische Zentralbank und die deutsche Bankenaufsicht. Bis zum Abschluss der Verhandlungen können meine Kollegin Frau Heinold und ich hierzu im Einzelnen nicht öffentlich Stellung nehmen, weil wir damit das Ergebnis der Verhandlungen und die Interessen der Bank und der Länder gefährden würden. Wir haben aber übereinstimmend erklärt, dass wir eine Entlastung der HSH Nordbank von Garantiegebühren und Risiken aus Altgeschäften unterstützen und für erforderlich halten. Es geht in Brüssel also nicht nur um eine Genehmigung der bereits beantragten Wiedererhöhung der Garantie. Herr Kruse, Sie haben den Mechanismus der Garantiekündigung, der 2009 im Garantievertrag vereinbart wurde, noch nicht ganz nachvollzogen; das zeigt Ihre Kritik an diesem Vorgang.

Aber es geht nicht nur um die Wiedererhöhung der Garantie, sondern – Herr Kleibauer, Sie haben es erwähnt – um ein mögliches Szenario, das wir vor zwei Jahren schon einmal beschrieben haben, auch wenn wir hofften, es möge nicht eintreten. Dieses Szenario besteht darin, dass in den letzten ein bis zwei Jahren Entwicklungen eingetreten sind, gegen die wir die HSH Nordbank absichern müssen. Es geht um drei Punkte: erstens die Schwäche des Euros gegenüber dem Dollar, zwei-

**(Senator Dr. Peter Tschentscher)**

tens die anhaltende Krise der Schifffahrt und drittens die höheren Anforderungen der Bankenaufsicht, denen sich alle Kreditinstitute stellen müssen. Das Neugeschäft der Bank ist diesen Anforderungen gewachsen. In diesem Bereich schreibt die HSH Nordbank schwarze Zahlen.

Darüber hinaus konnte sie trotz der schwierigen Marktlage auch die Risiken, für die Hamburg und Schleswig-Holstein 2009 die Garantie übernommen haben, von 185 Milliarden Euro auf rund 50 Milliarden Euro verringern. Verblieben sind aber besonders problematische Altgeschäfte, insbesondere mehrere Milliarden Euro für alte Schiffskredite, die als Lasten der Vergangenheit wie Blei in der Bilanz liegen. Solche Kredite verschlechtern die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen, das Rating, die Stabilität und die Ertragskraft einer Bank. Diese Altlasten gefährden damit letztlich die Zukunft der HSH Nordbank, und dieses Problem muss gelöst werden.

Als Eigentümer, Gewährträger und Garantiegeber haften die Länder ohnehin in jedem Fall für diese Altgeschäfte, die in früheren Jahren auf nicht vertretbare Art und Weise eingegangen wurden. Wie viele Verluste davon am Ende von den Länderhaushalten zu tragen sind, werden wir erst in einigen Jahren genau wissen. Eine Abwicklung der HSH Nordbank wäre für die Länder nicht nur teuer, sondern birgt viele zusätzliche und unwägbare Risiken. Es ist deshalb klug und eine gemeinsame Verantwortung der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, die Bank bei ihrer weiteren Restrukturierung zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Dazu gehört ein bestmögliches Ergebnis im Beihilfeverfahren in Brüssel, für das sich der Senat gemeinsam mit der Landesregierung in Kiel einsetzt und in dem wir vom Bundesfinanzministerium in Berlin gut unterstützt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Olaf Duge GRÜNE*)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort erhält erneut Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE.

**Norbert Hackbusch** DIE LINKE: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich möchte nur kurz auf einige Beiträge eingehen. Herrn Kruse habe ich nicht verstanden. Das war ja reine Schimpferei ohne Inhalt – das ist mir jetzt auch egal.

(Beifall bei der LINKEN)

Bevor Herr Schreiber Andeutungen macht, von denen ich bisher noch nie gehört habe, soll er mir konkret sagen, worum es dabei geht. Alles, was wir bisher dazu gehört haben, ist wie einfach nur

ein bisschen mit Dreck zu werfen. Das halte ich in dieser Situation nicht für angemessen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht meiner Meinung nach um eine wichtige Grundsatzentscheidung, nämlich darum, wie wir mit der HSH Nordbank umgehen, und nicht darum, dass wir das Ergebnis besprechen, das gegenwärtig in Brüssel verhandelt wird. Unsere grundsätzliche Einschätzung ist, dass wir dieser Bank und diesem Vorstand nicht trauen können. Ich habe die verschiedenen Gründe dargestellt, warum wir ihnen nicht trauen.

(*Michael Kruse FDP:* Und deswegen kommen Sie nicht in die Ausschusssitzungen!)

Da wir dem Bankvorstand nicht trauen, muss aus unserer Sicht ein in dieser Republik speziell entwickeltes Instrument, nämlich das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, angewendet werden, damit transparent und schonend für die Einkommens- und Vermögenssituation der Städte und – das ist der Unterschied zu Herrn Tschentscher – unabhängig die Situation der Bank geprüft werden kann. Denn unser Eindruck ist – das habe ich vorhin an verschiedenen Punkten dargestellt –, dass wir von diesen Vorständen jahrelang hinters Licht geführt worden sind, auch mit den Berichten, die wir anstelle unabhängiger Untersuchungen bekommen haben. Daher ist dieser Schritt absolut notwendig. Darüber muss man diskutieren, denn es geht nicht nur um den Weg, sondern um diese grundsätzliche Entscheidung, die wir für richtig halten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Anwendung dieses Gesetz an diesem Punkt – und das ist kein linksradikales Revolutionsgerede – ist vermögensschonend und gut für die dort Beschäftigten, weil somit ein guter, gesetzlich unterlegter Übergang organisiert werden kann, der nur kritisch und gegen den Vorstand der Bank gerichtet ist. Das ist entscheidend, weil wir diesem Vorstand nicht trauen. Es wird doch wohl auch nicht so sein, dass die große Mehrheit in diesem Parlament noch Vertrauen in diesen Vorstand hat, nein.

(Beifall bei der LINKEN)

Folgen Sie unseren Vorschlägen. Haben Sie den Mut, diesen Weg gegen diese Schreier aus dem Kreditgewerbe zu gehen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN, bei *Dr. Ludwig Flocken* und *Dr. Joachim Körner, beide AfD*)

**Präsidentin Carola Veit:** Herr Quast von der SPD-Fraktion bekommt das Wort.

**Jan Quast** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben uns jetzt in der Debatte

**(Jan Quast)**

über alle wichtigen Punkte ausgetauscht und auch immer wieder Vergangenheitsbewältigung betrieben und uns mit gegenseitigen Aufrechnungen der Vergangenheit noch einmal bestätigt, was wir alle immer schon gedacht und gesagt haben; da sind wir nicht weitergekommen. Es hilft uns auch jetzt nicht weiter, in der Vergangenheit zu wühlen, und die SPD hat sich nichts vorzuwerfen, um es einmal so auf den Punkt zu bringen.

*(André Trepoll CDU: Das ist aber eine einfache Einstellung!)*

Ich denke, das Entscheidende ist, dass wir heute nicht nur debattieren, weil wir ein schlechtes Gefühl haben und Sie kein Vertrauen in den Vorstand haben. Mein Eindruck ist jedenfalls nicht, dass der Vorstand und ebenso der Senat in Hamburg und die Landesregierung in Kiel sich nicht alle Mühe geben, um in dieser Situation das Beste für die Bank zu erreichen.

*(Beifall bei der SPD und bei Dr. Anjes Tjarks GRÜNE)*

Es geht jetzt darum, das Ganze im Auge zu behalten und persönliche Befindlichkeiten zurückzustellen. Wir müssen unter Wahrung unserer Position eine Lösung erreichen, die dem Hamburger Haushalt möglichst wenig Schaden zukommen lässt. Das muss an der Spitze unserer Überlegungen stehen. Das muss das erste Argument sein, das in den Verhandlungen vorgetragen und mit der EU-Kommission und der EZB ausgehandelt wird. Es geht nicht darum, aus persönlichen Befindlichkeiten mit einem Schlagwort – lieber ein Ende mit Schrecken –, von dem gar keiner weiß, was das am Ende heißen wird – und Sie, Herr Hackbusch, wissen es am wenigsten –, in eine Diskussion einzutreten, die wir an dieser Stelle überhaupt nicht gebrauchen können, die keinem weiterhilft und die nur Ihnen vermeintlich hilft, weil Sie die Verantwortung in dieser Stadt nicht für das tragen, was Sie gerade einfordern. Wir tragen die Verantwortung.

*(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Dann geben Sie mir die ab!)*

Deswegen gehen wir vorsichtig und mit Bedacht vor.

*(Beifall bei der SPD)*

**Präsidentin Carola Veit:** Wenn es keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema gibt, kommen wir zu den nächsten Themen, dem zweiten und dem vierten Thema, angemeldet von der FDP-Fraktion

**Flüchtlingskrise ohne Krisenmanager: Rot-Grün löst die Unterbringungsprobleme nicht**

und von der SPD-Fraktion

**Flüchtlingsgipfel: Gute Ergebnisse auch für Hamburg**

Wird das Wort gewünscht? – Frau Dutschke von der FDP-Fraktion, Sie haben es.

**Jennyfer Dutschke FDP:\*** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bürgermeister: Wir kriegen das hin, haben Sie Tausenden Hamburgern vor gut zwei Wochen auf dem Rathausmarkt zugerufen.

*(Beifall bei der SPD)*

Wir kriegen das hin mit Unterbringung und Integration von Flüchtlingen, mit Willkommenskultur und Wohnungen, mit gelebtem Grundgesetz und starkem Verfassungspatriotismus gegen drohende Parallelgesellschaften. So haben die Hamburger Ihre durchaus eindrucksvolle Rede verstanden, Herr Bürgermeister.

*(Beifall bei der SPD – Dirk Kienscherf SPD: Sehr gut!)*

Aber Sie kriegen das nicht hin.

*(Beifall bei der FDP)*

Dieses ganz und gar schlechte Regieren lässt sich mittlerweile an mehr als einem Dutzend Fehlleistungen durchdeklinieren, von denen ich Ihnen hier nur einige nennen werde.

*(Beifall bei der FDP)*

Schon im Sommer 2014 haben Sie gegen den Widerstand fast aller Bezirkspolitiker ein überteuertes und am Ende völlig ungeeignetes Flüchtlingssschiff in den Harburger Binnenhafen bugsieren lassen. Aber Sie schaffen es dort und in der ganzen Stadt bis heute nicht, den Menschen zwischen Bergedorf und Blankenese rechtzeitig und sinnfällig zu erklären, wann wo welche Art von Flüchtlingsunterkunft in ihrer Nähe gebaut wird.

*(Beifall bei der FDP und bei André Trepoll CDU – Dirk Kienscherf SPD: Sie haben eine selektive Wahrnehmung!)*

Bereits vor Monaten haben Sie versprochen, eine einigermaßen gerechte Verteilung der Flüchtlinge über die Bezirke und Quartiere der Stadt zu sichern. Aber bis heute klappt das nicht ansatzweise. Wird etwa der Bezirk Hamburg-Mitte völlig überproportional belastet, wollen Sie jetzt in Fischbek sogar mehrere Tausend Flüchtlinge in drei Camps ansiedeln – wie immer ohne vernünftig organisierte Bürgerbeteiligung. Schon im Juni vergangenen Jahres hat Ihr Sozialsenator Scheele, der sich jetzt nach Nürnberg verabschiedet hat, dramatisch formuliert, er stehe in Sachen Flüchtlingsunterbringung mit dem Rücken zur Wand. Aber bis vor vier Wochen, bis Ende August dieses Jahres, hatten Sie nicht einmal einen gemeinsa-

**(Jennyfer Dutschke)**

men Koordinierungsstab Flüchtlinge von Innen- und Sozialbehörde zusammenbekommen. So etwas gibt es bei Ihren Kollegen in München seit einem Jahr, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Und ist die Lage da besser?)

Schon von Anfang August an war klar, dass die Flüchtlingsunterkunft in der Messehalle – übrigens eine Idee der Messe und natürlich keine Idee aus Ihrem Senat – nur bis Ende September nutzbar sein würde. Aber trotzdem schafft es f & w fördern und wohnen unter Aufsicht Ihrer Behörde bis zum Wochenende nicht, das anvisierte Baumarkt-Ausweichquartier in Bergedorf termingerecht herzurichten. Die Zustände sind fatal, Dutzende protestierende Flüchtlinge im Hungerstreik das Resultat. Schon seit vielen Monaten fragen Medien und Opposition, was eigentlich mit den sehr vielen Menschen aus dem Balkan geschieht, deren Bleibeperspektive in Hamburg und Deutschland mangels Asylgründen gleich null ist. Aber trotzdem unternimmt Ihr olympiaseliger Innensenator hier fast nichts, Herr Bürgermeister.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: So ein Unsinn! – *Dr. Monika Schaal SPD*: Nur noch peinlich!)

Von fast 8 000 ausreisepflichtigen Personen mit abgelehnten Asylanträgen in Hamburg haben Sie im August 38 abgeschoben und 69 mit Überwachung ausreisen lassen; das sind gerade einmal 1,5 Prozent. Schon seit bald einem Jahr fordert die FDP mit viel Zuspruch aus den Flüchtlingshelferinitiativen in dieser Stadt, dass Sie, Herr Bürgermeister, endlich einen großen Flüchtlingsgipfel durchführen

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Gipfel brauchen wir nicht! Vernetzung ist nötig!)

mit Wirtschaft und Initiativen, mit Politik und Verbänden und am besten mit einem Flüchtlingskoordinator, der das Chaos zwischen Ihren Behörden endlich regelt.

(Beifall bei der FDP und bei *Birgit Stöver CDU*)

Was tun Sie stattdessen? Sie legen uns jetzt einen Gesetzesentwurf zur Zwangseinquartierung von Flüchtlingen in Privatimmobilien vor, ein verfassungsrechtlich nicht haltbarer Eingriff in Eigentum und noch dazu ein politisch fatales Signal in Zeiten, in denen andere Gemeinden sogar Mietern städtischer Gebäude kündigen, um Flüchtlinge unterzubringen.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Alexander Wolf AfD – Milan Pein SPD*: Das machen wir nicht!)

Dieser Gesetzesentwurf ist das Eingeständnis Ihrer planlosen Überforderung. Er disqualifiziert die

sen Senat für jegliche Regierungsverantwortung in unserer Stadt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist so lächerlich!)

Denn Ihre Unfähigkeit ist keine ausreichende Rechtfertigung für einen so scharfen Eingriff in Eigentumsrechte.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Seit Tagen besetzen Sinti und Roma den Michel und wollen das jetzt auch in anderen Kirchen tun, um so ihren Aufenthalt in Deutschland zu erpressen. Und was tun, sagen oder unternehmen Sie? Nichts.

(*Farid Müller GRÜNE*: Was würden Sie denn machen?)

Ab morgen ist die in der Flüchtlingskrise so wichtige Sozialbehörde mit einer neuen Behördenspitze wieder komplett. Wir wünschen Frau Dr. Leonhard eine glückliche Hand. Aber wie lange wird es angesichts der ungeheuer drängenden Probleme, angesichts des Behördenwirrwarrs dauern, bis die Sozialbehörde auch handlungsfähig wird?

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das wird sehr schnell gehen!)

Nein, so nachlässig und verschlafen, so politisch ungeschickt und geradezu unfähig kriegen Sie das alles überhaupt nicht hin.

(Beifall bei *Katja Suding FDP*)

Nur eines schaffen Sie, nämlich dass die Menschen ihren Willen zur gelebten Willkommenskultur und ihr ohnehin angekratztes Vertrauen in Politik und Rechtsstaat, in eine halbwegs funktionierende Verwaltung und gerechte wie geordnete Prozesse vollends verlieren.

(Beifall bei der FDP – *Urs Tabbert SPD*: Die FDP macht das schon!)

Die FDP fordert Sie heute auf, Herr Bürgermeister, machen Sie die Flüchtlingskrise endlich zur Chefsache, ordnen Sie das Durcheinander in Ihren Behörden, und benennen Sie einen Koordinator.

(Beifall bei *Katja Suding FDP – Glocke*)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Frau Dutschke, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Jennyfer Dutschke** FDP (fortfahrend): Nur so schaffen wir das.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der AfD – *Milan Pein SPD*: Das war nicht Hamburg, was sie da beschrieben hat!)

**Präsidentin Carola Veit**: Frau Bekeris von der SDP-Fraktion hat jetzt das Wort.

**Ksenija Bekeris** SPD:\* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die FDP hat die Anmeldung in der Aktuellen Stunde überschrieben mit "Rot-Grün löst die Unterbringungsprobleme nicht". Was Sie jetzt vorgebracht haben und auch die Vorwürfe, die Sie genannt haben, möchte ich auf das Entschiedenste zurückweisen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Täglich kommen 400 Personen nach Hamburg. Das ist eine Aufgabe, der sich die ganze Stadt und auch die Gesellschaft stellt und die die Gesellschaft auch fordert, jede und jeden an einer anderen Stelle. Das ist eine Herausforderung, die ihresgleichen sucht, und ich muss auch gleich dazu sagen, dass das allein nicht geht. Weder die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von f & w fördern und wohnen und anderen Hilfsorganisationen oder in der Innen- oder Sozialbehörde können das allein, so großartig ihre Arbeit im Moment auch ist, noch das bemerkenswerte aufopferungsbereite Engagement unzähliger Freiwilliger schafft das allein. Deshalb kommt doch das Forum Flüchtlingshilfe, welches dazu dienen soll, dass wir uns vernetzen, dass wir uns austauschen, dass wir neue Ideen entwickeln. Und das ist so gut und so wichtig in dieser Zeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber ehrlicherweise muss man sagen, dass wir vor keiner leichten Aufgabe stehen. Es ist eine logistische Herkules-Aufgabe, und darum läuft es auch nicht immer an allen Stellen rund. Ich weiß, dass die Situation in Bergedorf am vergangenen Wochenende nicht gut war, und niemand kann im Augenblick versprechen, dass wir jegliches Problem immer sofort lösen können. Aber die Lage im Baumarkt in Bergedorf war auch ein Beispiel für einen guten Umgang mit dem Problem, denn nachdem die Beschwerden eingegangen waren, haben die Mitarbeiter von f & w fördern und wohnen zusammen mit den Flüchtlingen dort Abhilfe geschaffen und sich für die Missstände auch öffentlich entschuldigt. Ich finde, das muss man ihnen ganz hoch anrechnen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist nämlich auch gutes Krisenmanagement, wenn man einmal sagen kann, dass es an manchen Stellen nicht gut läuft. Ich habe großes Verständnis für die Sorgen mancher Menschen, die sich auf einmal mit Veränderungen in ihrem Stadtteil beschäftigen müssen, die bis vor Kurzem überhaupt nicht absehbar waren. Darum ist es wichtig, vor Ort so viele Informationen zu liefern und so viel Transparenz herzustellen, wie es irgend möglich ist. Deshalb stellen wir dafür noch einmal Geld zur Verfügung. Auch hier gab es in der Vergangenheit Situationen, in denen man im Nachhinein hätte sagen können, man hätte das besser machen können, ja. Wir arbeiten an jeder Stelle daran, Dinge,

die uns an bestimmten Stellen unterlaufen, beim nächsten Mal anders und auch besser zu machen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –  
*André Trepoll* CDU: Wie oft haben wir das erlebt! Das ist immer das Gleiche! – *Dennis Thering* CDU: Alles Geheimniskrämerei!)

Es wurden die Schnittstellen aus BASFI und aus BIS und aus den Bezirken zusammengezogen.

Alle genannten Flächen und Gebäude werden geprüft, alle arbeiten unter Hochdruck und bis zum Anschlag. Ihre Kritik ist wirklich wohlfeil und an dieser Stelle überhaupt nicht angebracht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist gut, dass die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten von SPD, CDU, GRÜNEN und LINKEN auf dem sogenannten Asylgipfel Kompromisse gefunden haben, die zeigen, dass Bund, Land und Kommune an einem Strang ziehen müssen. Da gab es keine Schuldzuweisung und auch kein parteipolitisches Profilieren. Sehen Sie sich doch die Lage in den anderen Bundesländern an – Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen, Thüringen. Ich möchte darauf hinweisen, dass es uns wichtig ist, Einschränkungen für die Hamburgerinnen und Hamburger zu vermeiden. Deshalb haben wir die Turnhallen wieder freigegeben. Gleiches gilt auch für den Wohnungsbau, der bei uns weiterhin Vorrang hat. Wir haben 600 Millionen Euro für zusätzliche Bedarfe zur Verfügung gestellt, ausdrücklich ohne Kürzungen an anderen Stellen vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das alles ist nicht wenig, und ich finde, dass der Senat an dieser Stelle unsere Unterstützung verdient und nicht unsere Kritik, die an der Sache total vorbeigelaufen ist, Frau Dutschke.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir können es nur gemeinsam schaffen, und ich glaube, ich spreche für die Mehrzahl der Hamburgerinnen und Hamburger, wenn ich sage, wir wollen es auch gemeinsam schaffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt Frau Prien von der CDU-Fraktion.

**Karin Prien** CDU:\* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Frau Bekeris, es war doch wirklich entlarvend, als Sie sagten, das Flüchtlingsforum komme jetzt, damit die Freiwilligenhilfe in dieser Stadt koordiniert werden kann. Wann meinen Sie denn, dass so etwas kommen sollte? Nachdem die ersten 30 000 Menschen in Hamburg gelandet sind? Wäre es nicht an der Zeit gewesen, damit ein bisschen früher anzufangen?

**(Karin Prien)**

(*Kazim Abaci SPD*: Sie sind immer schlauer!)

Das kann doch wirklich nicht Ihr Ernst gewesen sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir sind in unserer Stadt in einer extrem angespannten Situation. Wir sind in Deutschland in einer extrem angespannten Situation. In dieser Situation handelt der Bund, und Hamburg versinkt im Unterbringungschaos.

(Beifall bei der CDU und der FDP – *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Der Bund handelt? Das ist wohl ein Witz!)

– Wenn Sie ein bisschen früher mitgemacht hätten, Herr Tjarks, dann hätten wir die Sache mit den sicheren Herkunftsstaaten auch früher voranbringen können, aber das war mit Ihnen nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Manfred Schmidt ist zurückgetreten, weil er es nicht gepackt hat!)

Sie, Herr Senator Neumann – jetzt ist er nicht mehr da. Doch. Er ist so zurückhaltend, man sieht ihn nicht einmal –,

(Zurufe von der SPD)

haben, wie Ihnen gestern auch die "Hamburger Morgenpost" bescheinigt hat, die Kontrolle verloren.

(*Farid Müller GRÜNE*: Er hat einen Fehler gemacht, und Sie sagen gleich: Kontrolle verloren!)

– Ich habe die "Hamburger Morgenpost" zitiert, Herr Müller.

(Zurufe von der SPD)

Das ist, wie wir Ihnen seit Monaten sagen, auch kein Wunder bei dieser mangelnden Struktur Ihrer Behörden in Sachen Flüchtlinge. Herr Senator Neumann, Sie sollten einmal in sich gehen und überlegen, ob Sie wegen Ihrer besonderen Neigung zu Olympia einfach keine Kapazitäten mehr haben, um diese vorrangige Aufgabe in Hamburg zu lösen. Dann sollten Sie nämlich auch die Konsequenzen daraus ziehen.

(Beifall bei der CDU – *Wolfgang Rose SPD*: Auf welchem Niveau reden Sie denn?)

– Wenn wir schon von Niveau reden, Herr Rose, dann ist es wirklich unter aller Kanone, wenn der Senator wie schon gestern Abend im Innenausschuss den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von f & w fördern und wohnen die Verantwortung für das Chaos in Bergedorf zuschieben will

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Hat er gar nicht! Falsch! – *Arno Münster SPD*: Das ist doch nicht wahr!)

und die Mitarbeiter hier wegen einer Entschuldigung gelobt werden. Es wäre an Ihnen, Herr Senator Neumann, sich für dieses Chaos zu entschuldigen, und nicht an den Mitarbeitern. Das hätte Größe.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Weil Herr Senator Neumann zu diesem Thema noch sprechen wird und wir auch noch eine weitere Debatte zu den Verhältnissen in Hamburg haben werden, möchte ich erst einmal zu den Maßnahmen kommen, die wir gemeinsam und – da haben Sie recht, Frau Bekeris – ohne einander die Schuld in die Schuhe zu schieben, im Bund entschieden haben. Der Asylkompromiss, der letzte Woche zwischen der Kanzlerin und den Ministerpräsidenten beschlossen und gestern im Bundeskabinett verabschiedet wurde, ist ein wichtiger Schritt, um die dringend notwendige Unterscheidung herbeizuführen zwischen den Menschen, die bei uns bleiben, weil sie politisch verfolgt werden oder Bürgerkriegsflüchtlinge sind, und den anderen, die Arbeitsmigranten sind, und dafür Sorge zu tragen, dass die, die wirklich Hilfe brauchen, sie auch bekommen und die anderen unser Land möglichst schnell wieder verlassen.

(Beifall bei der CDU – *Kazim Abaci SPD*: Schämen Sie sich!)

Dazu war es dringend erforderlich, die Qualifizierung aller Länder des Westbalkans als sichere Herkunftsstaaten herbeizuführen, um dann die Menschen, die von dort kommen, gesondert behandeln zu können

(*Juliane Timmermann SPD*: Schwierig!)

und dafür Sorge zu tragen, dass ihre Verfahren schneller bearbeitet werden und sie, wenn die Verfahren abgeschlossen sind, auch konsequent in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Wichtig dafür ist auch die Entscheidung, die Leistungen nur noch bis zu dem Moment zu gewähren, bis ein Datum für die vollzugsfähige Rückführung oder Abschiebung feststeht. Diese Maßnahmen zur konsequenten Rückführung sollen auch für solche Antragsteller gelten, die künftig im Rahmen eines europäischen Verteilungsmechanismus einem anderen EU-Staat zugewiesen werden. Diese Maßnahmen sind richtig und wichtig, um auch die Begrenzung des Zuzugs von Flüchtlingen nach Deutschland zu bewirken. Als CDU-Fraktion in Hamburg sind wir froh, dass es gelungen ist, mit der CSU, den LINKEN, den GRÜNEN und der SPD diesen Kompromiss herbeizuführen.

Wichtig ist uns allerdings auch, dass erste geeignete Maßnahmen beschlossen worden sind, um eine schnelle Integration in den Bildungsbereich, den Arbeitsmarkt und in unsere Gesellschaft zu erreichen. Das Angebot an Integrationskursen nur für solche Flüchtlinge und Asylbewerber, die eine Bleibeperspektive haben, und die ersten Maßnah-

**(Karin Prien)**

men zu einer schnelleren Eingliederung in den Arbeitsmarkt sind beschlossen worden. Insofern meinen wir, dass wir auch hier auf dem richtigen Weg sind. Wir sind allerdings auch der Auffassung, dass wir in naher Zukunft über weitere Maßnahmen zur Begrenzung des Zuzugs werden sprechen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion.

**Antje Möller GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Prien, Frau Dutschke, was gewinnen Sie eigentlich, wenn Sie so undifferenziert und wissentlich falsch hier reden und agieren?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich verstehe das einfach nicht. So eine Rosinenpickerei wird dem Thema einfach nicht gerecht.

*(Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Begründen Sie mal "wissentlich falsch!")*

– Wissentlich falsch kann ich begründen. Sie waren nicht im Innenausschuss, Frau Kollegin, aber Frau Prien war im Innenausschuss, wo der Senator gesagt hat, dass er selbstverständlich die Verantwortung für fehlgelaufene Unterbringung und Entscheidungen am Wochenende zu tragen hat, weil er der politisch Verantwortliche ist. Das hat er gesagt, und das kann man im Wortprotokoll nachlesen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Aber für die, die nicht so drin sind: An dieser Reaktion kann man schon sehen, worum es Ihnen eigentlich geht

*(Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Frau Dutschke hat das gar nicht gesagt! Kommen Sie mal zum Thema!)*

oder worum es Ihnen eigentlich nicht geht. Wir brauchen doch einen sehr differenzierten Blick auf die Frage, was wir mit dem Zustrom an Flüchtlingen machen, was wir in Bezug auf Unterbringung und Versorgung machen, was die ureigenste Zuständigkeit Hamburgs ist, was man mit der asylgesetzlichen Regelung macht, was man auf europäischer Ebene macht. Daran wird an aller und jeder Stelle im Moment gearbeitet.

Niemand, der sich mit diesem Thema in irgendeiner Behörde oder in irgendeinem Gremium auseinandersetzt, hat das auch nur an einem einzigen Tag in den letzten Wochen vergessen. Das Ergebnis bildet sich aber nicht an einem Tag ab. Alle Länderparlamente stellen sich nämlich diese Fragen. Es gibt durch diesen Asylkompromiss, durch den Bundesgipfel, Lösungswege, zu denen sich

mühsam durchgerungen wurde, was mit allen Beteiligten etwas zu tun hat, am wenigsten, ehrlich gesagt, mit den GRÜNEN. Die großen Differenzen sind eher aus dem südlichen Deutschland gekommen, sprich aus Bayern. Sie haben sich dort im Übrigen auch ihren eigenen Weg bei der Flüchtlingsunterbringung gesucht.

Ich will genau das nicht tun, ich will mir nicht diese Rosinen herauspicken und sagen, dies oder jenes würden die einen oder anderen falsch machen. Die Ziele müssen uns doch einen, und da hilft keine Forderung nach einem Koordinator oder einer Koordinatorin, und dann sei alles gut. Es ist stattdessen unsere Pflicht und Aufgabe,

*(Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Unterstützend!)*

die große Solidarität, die es in der Stadt gibt – Frau Bekeris hat darauf hingewiesen –, durch unsere politische Arbeit zu unterstützen

*(André Trepoll CDU: Das Gegenteil machen Sie doch!)*

und nicht möglicherweise noch zu spalten oder eine Spaltung zu fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die andere Aufgabe liegt darin, die Leute zusammenzubringen, die sich in dieser Stadt für die Menschen einsetzen, für Verfahren, für Hilfe und Unterstützung für Menschen in Not. Es geht auch darum, wer dafür streitet, an welchem Standort es ist, in welcher Größe und ob es überhaupt der angemessene Standard ist. Es gehört auch dazu, ob solche Fehler wie die Fehlentscheidungen vom Wochenende ein zweites Mal passieren dürfen und wie wir sie verhindern können. Deswegen braucht man ein Flüchtlingsforum.

Die Frage, warum das erst jetzt passiert, kann man zu vielen Punkten stellen. Aber das Entscheidende ist, dass es jetzt stattfinden wird. Es wird auf einer Grundlage stattfinden, die eine Einigung auf Bundesebene zumindest in nächster Nähe hat; die Bundestagsentscheidungen sind noch nicht durch. Das wird uns weiterhelfen, um das auch in Hamburg auf den Weg zu bringen. Und es wird auch auf der Erfahrung von vielen Helferinnen und Helfern basieren, die bereits seit Wochen und Monaten die Behörden, die Wohlfahrtsverbände und andere bei ihrer Arbeit unterstützen. Genau so bringen wir all die Menschen zusammen, die in der Stadt dabei behilflich sind und die Politik darin unterstützen, den Flüchtlingen eine angemessene Unterkunft, eine angemessene soziale Betreuung, Chancen auf dem Arbeitsmarkt, Chancen bei der Bildung und anderem zu gewährleisten. Da werden wir anfangen, aber da werden wir nicht aufhören.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – *Katja Suding FDP: Wann denn?!*)

**Präsidentin Carola Veit:** Frau Özdemir von der Fraktion DIE LINKE hat das Wort.

**Cansu Özdemir DIE LINKE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach den chaotischen Aktionen in den letzten Tagen – und damit meine ich nicht nur den Umzug der Flüchtlinge nach Bergedorf – muss dem Senat doch jetzt endlich klar sein, dass es mit dieser Planlosigkeit und Konzeptlosigkeit so einfach nicht weitergehen kann.

(Beifall bei der LINKEN – *Farid Müller GRÜNE:* Was ist denn Ihr Plan?)

Diese Konzeptlosigkeit, an der Sie seit Jahren und neuerdings jetzt auch die GRÜNEN festhalten, belastet die Flüchtlinge, belastet die Ehrenamtlichen, und sie belastet auch die Hauptamtlichen. Das wurde deutlich am letzten Freitag, als der Umzug stattgefunden hat, mitten in der Nacht mit 600 Menschen in einen leeren Baumarkt, der schmutzig war, verrottet, ohne Betten, ohne Regale und ohne Trennwände.

(*Arno Münster SPD:* Der war gereinigt!)

– Sie sagen jetzt, das sei nicht kritikwürdig, aber Sie müssen sich die Kritik auch einmal anhören. Es ist nicht gut gelaufen, das müssen Sie doch anerkennen.

(Beifall bei der LINKEN – *Ksenija Bekeris SPD:* Das haben wir doch auch gesagt!)

Vor dem Hintergrund, dass es klar war, dass dieser Umzug am Ende des Monats bevorstehen würde, steht man wirklich fassungslos vor einer solchen Situation. Man ist sprachlos, wie es sein kann, dass diese Planung so katastrophal verlaufen ist. Aber was noch fassungsloser macht, sind die unglaublich niedrigen Standards in der Unterkunft. Man muss sich nicht darüber wundern, wenn Eltern mit ihren Kindern lieber auf dem Gehweg schlafen als in dem Baumarkt, weil es dort unhygienisch ist.

(*Jan Quast SPD:* Das ist doch Quatsch! – *Dirk Kienscherf SPD:* Das war unverantwortlich von den Eltern!)

– Das ist kein Unsinn, die Menschen konnten in der Unterkunft nicht schlafen, weil der Gestank von Chemikalien einfach zu stark war. Die Menschen haben gesagt, sie hätten das Gefühl, hier zu ersticken. Das müssen Sie sich jetzt einmal anhören, Sie müssen doch auch die Sorgen der Flüchtlinge und die Situation ...

(Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD:* Sie übertreiben!)

– Nein, ich übertreibe nicht. Es sind die Aussagen der Menschen, die davon betroffen sind.

(*Stephan Jersch DIE LINKE:* Ich war da! Ich habe mir das angeguckt!)

Das ist aber kein Einzelfall.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie müssen auch sehen, dass es Protest gab im Camp Jenfelder Moor, weil sich Menschen über die unhygienischen Bedingungen beschwert haben, aber auch, weil die Flüchtlinge in den Zelten frieren, denn es gibt keine Heizungen.

(Zuruf von *Doris Müller SPD:*)

– Frau Müller, sprechen Sie doch mit den Flüchtlingen, sprechen Sie mit den Ehrenamtlichen,

(*Ksenija Bekeris SPD:* Das macht nicht nur DIE LINKE, das machen auch wir!)

die können es Ihnen bestätigen. Sie sehen doch selbst, dass das Wetter immer kühler wird und dass es nachts sehr kalt ist. Die Menschen können sich nicht mit einer dünnen Decke warm halten. Es kommt jetzt vermehrt dazu, dass Kinder dadurch krank werden. Kälte, Gerüche von Chemikalien und unhygienische Zustände sind auch gesundheitsschädlich. Darüber muss man sprechen, das darf man doch nicht einfach vom Tisch wischen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nach dieser Chaos-Aktion müssen Sie jetzt doch verstanden haben, dass man unbedingt einen Plan, ein Konzept braucht, um die Situation wieder unter Kontrolle zu haben. Mir scheint es jedoch so, dass die BASFI, die BIS und auch f & w fördern und wohnen aus diesen Fehlern nicht lernen. Sie planen auch nicht vorausschauend, und das kann man wirklich nur als Ignoranz bezeichnen. Und diese Ignoranz zeigt sich auch gegenüber den Ehrenamtlichen. An dem stadtweiten Treffen "Refugees Welcome" am Sonntag in St. Pauli haben über 500 Unterstützerinnen und Unterstützer teilgenommen. Sie haben sich versammelt und beraten, aber weder der Bürgermeister noch seine Stellvertreterin noch jemand anderes Offizielles war da.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Waren die denn eingeladen, oder ging es über Facebook?)

– Dazu müssen Sie nicht eingeladen werden, da könnten Sie auch von sich aus hingehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es kam niemand, obwohl klar ist, dass die Ehrenamtlichen mittlerweile in großem Umfang städtische Aufgaben übernehmen. Ich frage mich, was Sie eigentlich machen, wenn diese Strukturen irgendwann zusammenbrechen, weil sie mittlerweile so enorm belastet sind.

(*Kazim Abaci SPD:* Wenn Sie so weitermachen, ja!)

– Nein, Herr Abaci, wenn Sie so weitermachen, dann werden die Strukturen zusammenbrechen.

**(Cansu Özdemir)**

Aber dann werden Sie auch bemerken, was Sie eigentlich verbockt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass Sie sich dann hier hinstellen und einige Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels feiern, finde ich, ehrlich gesagt, unfassbar.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Herr Ramelow hat doch zugestimmt!)

– Nein, hat er nicht.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ach so, er war dagegen!)

– Ja, Herr Dressel, das war er. Schauen Sie sich das Protokoll noch einmal an.

(*Farid Müller GRÜNE*: Das ist doch Quatsch!)

Dass aber die grün mitregierten Länder diese Kehrtwende der Bundesregierung unterstützen, finde ich wirklich sehr bitter. Ich finde es bitter für die Flüchtlinge, aber auch für die eigenen Wählerinnen und Wähler. Die GRÜNEN haben sich mit ihrer Zustimmung einmal wieder unglaublich gemacht und sich auch endgültig von ihren Grundsätzen, zumindest in der Flüchtlingspolitik, verabschiedet.

(Beifall bei der LINKEN – *Farid Müller GRÜNE*: Das ist doch Quatsch!)

**Präsidentin Carola Veit**: Das Wort hat Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion.

**Dr. Bernd Baumann AfD**:\* Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Senator Neumann hat gestern in einer denkwürdigen Sitzung im Innenausschuss vor allem eines betont, nämlich, dass er von den aktuellen Asylzahlen – wir kennen sie alle – vollkommen überrascht sei. Deshalb müsse er, um die Menschen vor Obdachlosigkeit zu schützen, in unsere Freiheit und Verfassung eingreifen. Ergebnis ist dann die Zwangsbewirtschaftung privater Immobilien, wie wir sie, blicken wir historisch zurück, seit Hitlers Weltkrieg und der Nachkriegszeit in dieser Form nicht mehr erlebt haben. Das ist eigentlich ein Offenbarungseid der Politik, den wir hier sehen, wie er sich in so reiner Form selten zeigt.

(Beifall bei der AfD)

Wir leben zu Beginn des dritten Jahrtausends, wir fliegen bereits auf den Mars. Es gibt ein weltweit dichtes Netz von Konsulaten, von Botschaften, von Nachrichtendiensten,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

von Medienagenturen, von Medienbüros, alle vernetzt, auch mit unseren Verbündeten. Von Satelliten aus kann man Streichholzschachteln am Bo-

den erkennen. Da kann man doch sehen, ob sich Tausende, Zehntausende, Hunderttausende oder gar Millionen auf den Weg machen. Aber die etablierte Politik hat das nicht geschafft, und auch Herr Innensenator hat das nicht hinbekommen.

Fakt ist hier doch etwas anderes. Das Thema wurde von großen Teilen dieses Hauses leider immer heruntergespielt mit der Maßgabe, man dürfe keine Angst schüren, keine Panik machen und keine Befürchtungen wecken. Von daher wurde das Thema beiseitegeschoben. Das ist teilweise verständlich, aber im Kern war es einfach eine verfehlte Politik. Sie haben die Warnungen nicht zur Kenntnis genommen, insbesondere auch die Warnungen der AfD nicht. Und das war vollkommen falsch.

(Beifall bei der AfD)

Ich selbst stand hier vor wenigen Wochen – Sie wissen das vielleicht noch – und habe die Wiedereinführung von Grenzkontrollen gefordert in einem Antrag, nach Paragraph 23 des Schengener Grenzkodex. Sie haben überwiegend abgelehnt. Und zwei Wochen später hat die Bundesregierung genau das gemacht, nämlich die Wiedereinführung von Grenzkontrollen nach Paragraph 23 Schengener Grenzkodex. Wie abgrundtief falsch haben Sie die Lage eingeschätzt.

(Beifall bei der AfD)

Das tun Sie jetzt wieder. Während Sie sich hier mit Erstaufnahme befassen und Folgeunterkünften – das ist auch wichtig –, ist das eigentliche Problem dieser verfehlten Asyl- und Grenzpolitik für Hamburg, das auf uns zukommt, das Problem der Wohnungen und der Integration danach. Ich mache hierzu eine Beispielrechnung, keine Prognose, die Zahlen sind nicht genau genug, aber man muss sich dem einmal nähern.

Wenn wir dieses Jahr 1 Million Flüchtlinge haben und wahrscheinlich 800 000 bleiben werden, wovon auch der Bund ausgeht – Abschiebungen und Ähnliches werden nämlich nicht in der Weise durchgeführt werden, das werden wir jetzt aber nicht vertiefen –, entfallen bei 2,5 Prozent nach dem Königsteiner Schlüssel auf Hamburg 20 000 Flüchtlinge in diesem Jahr. Kommendes Jahr wird mit der gleichen Zahl gerechnet. Diese 20 000 sind größtenteils Männer und etliche unbegleitete Minderjährige. Der "Spiegel" schreibt dazu, dass der derzeitige Einwanderungsschub einer Massenflucht junger Männer gleichkomme. Was bedeutet das? Es ist also zu erwarten, dass in der Familienzusammenführung noch ein Mehrfaches auf uns zukommt, hinsichtlich der Unterkünfte, die wir dann nämlich auf Dauer brauchen. Minderjährige können Eltern nachholen, die dann wiederum die anderen Kinder nachholen. Die Erwachsenen können ihre Ehegatten nachholen und minderjährige Kinder. Aus den ursprünglichen 20 000 werden dann leicht, vorsichtig erwartet, 50 000, ganz rea-

**(Dr. Bernd Baumann)**

listisch gesehen. Diese Zahl genauer abzuleiten, dazu haben wir in diesen fünf Minuten jetzt keine Zeit.

Dafür bräuchten Sie 500 Hochhäuser mit jeweils 100 Bewohnern, oder 12 500 Wohnungen mit durchschnittlich vier Personen, oder 25 000 Wohnungen mit zwei Personen, wie es in Hamburg im Moment Usus ist. Gehen wir von einer Zahl irgendwo dazwischen aus, vielleicht 20 000 Flüchtlinge in diesem Jahr und auch wieder im nächsten, rechnet der Senat dem gegenüber momentan mit 6 000 Wohnungen in seinem Wohnungsbauprogramm, davon sind 2 000 Sozialwohnungen. Und die sind geplant für den Bedarf einer wachsenden Stadt und nicht für die Asylzuwanderer, die wir im Moment haben. Bereits jetzt ist die Bauindustrie ausgelastet und hochpreisig. Da müssen wir jetzt erst starten. Und die Asylzahl, die Flüchtlinge, die kommen und die wir dort noch mit hineinnehmen müssen, kommen noch oben drauf. Wir brauchen also 25 000 bis 26 000 Wohnungen jährlich in den nächsten Jahren. Woher sollen die kommen? Und es müssten zudem überwiegend Sozialwohnungen sein. Haben Sie sich damit befasst, oder erwarten Sie das auch nicht? Das müssen Sie erwarten.

Selbst wenn wir das gelöst haben, beginnt erst das noch wichtigere Problem der Integration, denn es werden Menschen sein in Sozialwohnungen, die größtenteils erst einmal vom Sozialstaat leben, soweit die Integration nicht gelingt. Und ich darf schließen mit einem SPD-Mitglied, Bürgermeister Buschkowsky, der gestern gesagt hat – und er kennt das aus seinem Bezirk –, dass der große Teil der Leute, die zu uns gekommen seien, so in dieser Gesellschaft nicht integrierbar sei. Er sehe keine Chance. Jubel und Willkommenskultur würden schnell verblassen. Trotzdem müssen wir den Leuten helfen, aber wir müssen der Realität ins Auge sehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort erhält nun die fraktionslose Abgeordnete Frau Heyenn.

**Dora Heyenn** fraktionslos:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Am Wochenende wurden Flüchtlinge von den Messehallen in eine leer stehende Baumarkthalle gebracht. Dabei kam es zu Unruhen, Protest und zu einem Hungerstreik von Flüchtlingen. Auf dem letzten Landesparteitag der SPD hat Bürgermeister Scholz Ehrlichkeit im Umgang mit den Flüchtlingen gefordert. Das sollte der Senat dann aber auch tun. Im Juni zu versprechen, dass im Winter kein Flüchtling im Zelt schlafen müsse, und im September zu erklären, dass das leider nicht zu schaffen sei, das geht nicht, und das hilft auch nicht.

Es geht auch nicht, die Flüchtlinge teilweise, und das sogar nachts, aus den Messehallen entgegen

der Zusage oder der Erwartung, sie kämen in kleine Wohneinheiten, wieder in eine Massenunterkunft zu bringen. Bis zu 70 Flüchtlinge weigerten sich, in einem ehemaligen Max-Bahr-Baumarkt in Bergedorf zu schlafen, und wehrten sich so gegen chaotische Zustände, die sie dort bei ihrem Einzug am Sonnabend vorgefunden haben.

Inzwischen hat sich die Lage beruhigt, wie wir gehört haben. Das muss aber nicht von Dauer sein, wenn man heute die Meldungen liest. Die Rede ist davon, dass die Flüchtlinge in Bergedorf maximal 15 Tage abwarten wollen, ob ihnen bis dahin eine Unterbringung mit mehr Privatsphäre angeboten wird und/oder ob sie bis dahin Papiere für eine Arbeitserlaubnis bekommen. Vor einigen Wochen hat der Bürgermeister, finde ich, einen sehr denkwürdigen Satz gesagt – ich zitiere –:

"Ich bin dagegen, dass man Menschen, die in unserem Land Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, danach beurteilt, ob sie auch nützlich sind."

Dafür bin ich sehr dankbar, davor habe ich hohen Respekt, und ich muss ganz ehrlich sagen, das war auch mal nötig.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos – Dr. Andreas Dressel SPD:* Und jetzt kommt das Aber!)

Unser Problem ist die Unterbringung von Flüchtlingen, und zwar die menschenwürdige Unterbringung. Das ist eine der größten Herausforderungen. Daher ist die Absicht des Senats von Rot-Grün, ungenutzte Gewerbeflächen und Gewerbeimmobilien auch gegen den Willen der Eigentümer für Schutz suchende Menschen sicherzustellen, ein richtiger Schritt.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Berlin und Bremen haben angekündigt, dass sie dem Hamburger Vorbild folgen wollen, und haben dazu schon ihre Erklärungen abgegeben.

Der Zustrom von Flüchtlingen lässt natürlich genau das Problem, was eben schon angesprochen wurde, wieder deutlich werden, nämlich den Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Es geht nicht nur um die Erstunterkünfte und die Sammelunterkünfte, es geht darum, das weit größere und wichtigere Problem zu bearbeiten, was nach der Erstunterkunft folgt. Und auch da hat der Bürgermeister gesagt, Integration sei nicht nebenbei zu machen. Das ist richtig. Das Hauptproblem ist und bleibt der Wohnungsbau, und zwar mehr sozialer Wohnungsbau. Das hat selbst der ehemalige Senator Gedaschko, der jetzt Präsident des Bundesverbandes Deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmer ist, gesagt. Er sagte, es müsse jetzt gebaut werden, denn rund die Hälfte der zu uns kommenden Flüchtlinge werde dauerhaft in Deutschland blei-

**(Dora Heyenn)**

ben. Zu diesem Dauerhaft-in-Deutschland-Bleiben kann ich nur sagen: Weder Grenzkontrollen, noch Zäune und auch nicht die Erweiterung der sicheren Herkunftsländer wird die Menschen daran hindern, hierher zu kommen. Es werden immer mehr kommen, es werden immer mehr flüchten, und es wird sie nichts abhalten.

Noch einmal zu Frau Dutschke. Zu behaupten, dass der Senat nichts mache bei der Flüchtlingspolitik, kann man nun wirklich nicht ernsthaft behaupten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Problem ist, dass sich die Herausforderung täglich ändert, und deshalb müssen auch außerordentliche Anstrengungen unternommen werden, und zwar von uns allen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Jetzt bekommt Frau Güçlü das Wort.

**Nebahat Güçlü** fraktionslos: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann mich eigentlich dem, was Dora Heyenn gesagt hat, wunderbar anschließen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, es ist richtig und wahrhaftig, deutlich zu machen, dass wir mehr Ehrlichkeit in dieser Debatte brauchen. Es geht nicht darum, den Senat zu verteidigen oder an anderer Stelle andere schlechtzureden, sondern wir haben eine gigantische Aufgabe, vor der wir in dieser Republik stehen, nicht nur in Hamburg. Im Grunde hat niemand ein Patentrezept. Man kann auch kein Patentrezept haben, wenn einen die Entwicklung von einem Tag auf den anderen oder von einer Woche auf die nächste überholt und alle Überlegungen zum Teil obsolet werden. Insofern muss ich hier den Senat in Schutz nehmen. Ich denke, er ist aktiv.

Es stellt sich die Frage, ob es reicht, dass daran gearbeitet wird. Reichen die bisherigen Bemühungen? Und ich glaube, da müssen wir tatsächlich sehr genau hinschauen, Frau Prien. Es gibt viele gute einzelne Maßnahmen, aber man gewinnt, Herr Bürgermeister, den Eindruck, dass das Ganze tatsächlich ein bisschen steuerungslos und konzeptlos daherkommt. Man hechelt eigentlich immer hinterher und plant wenig vorausschauend und strukturiert. Das zeigen auch die einzelnen Vorfälle. Der Hungerstreik, das haben Sie alle in den Medien gelesen, ist glücklicherweise beendet, aber ich bin mir nicht so sicher, ob es die letzte Protestaktion war oder ob wir nicht gerade mit dem nahenden Winter mit vielen neuen und eventuell anderen Formen des Protestes rechnen müssen. Dem müssen wir begegnen.

Ein Versuch hierzu war nun der Bund-Länder-Gipfel, der sogenannte Flüchtlingsgipfel auf Bundesebene. Ich hatte viel Hoffnung in diesen Flüchtlingsgipfel gelegt. Sie wissen, ich habe an dieser Stelle auch immer wieder auf Hamburger Ebene einen Gipfel eingefordert. Aber ich persönlich kann mich eigentlich nur der Kritik von Frau Özdemir anschließen. Aus Sicht der Länder ist es gut, dass wir finanziell entlastet werden, auch, wenn die zugesagten Beträge etwas hinter den Erwartungen zurückbleiben. Aber ich denke, der große Erfolg für die Flüchtlinge ist es nicht. Und ich bin nicht die Einzige, die in den Beschlüssen eine ziemlich deutliche Verschärfung des Asylrechts sieht.

Ich finde es falsch, auf die Entwicklung in der Welt mit der Erweiterung der Liste der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten zu reagieren. Ich glaube, das ist eine konzeptlose Politik. Letztlich liegt dem doch als Ziel zugrunde, dass man die Begrenzung herbeiführen möchte. Und ich finde, das Recht auf Asyl ist ein individuelles Grundrecht, das auf diese Weise ausgehöhlt wird, und deswegen finde ich diese Entscheidung falsch.

*(Ksenija Bekeris SPD: Das stimmt doch gar nicht!)*

Ich finde es auch sehr enttäuschend, dass sich die GRÜNEN leider für diese Regelung hergegeben haben.

Ein letzter Punkt. Die Verlängerung der Verweildauer in der Zentralen Erstaufnahme halte ich für verheerend. Ich bin sehr enttäuscht, dass Hamburg es mittragen wird, dass Menschen für eine Dauer von sechs Monaten von integrationspolitischen Maßnahmen ausgeschlossen sind, dass ein Ausnahmezustand weiterhin anhält. Die Menschen wissen dann im Grunde genommen gar nicht, wie es mit ihnen weitergeht.

Trotzdem glaube ich, dass wir die Anstrengungen jetzt erst recht noch mehr intensivieren müssen, gerade in Hamburg, und dass wir das kompensieren müssen, was vielleicht auf Bundesebene zum Teil falsch gemacht wird. Wir werden nämlich am Ende merken, dass wir gegen eine Wand laufen und dann wieder zurücksteuern und zurückrudern müssen. Ich kann Ihnen an dieser Stelle immer nur wieder meine Hilfe anbieten und auch das Gespräch mit denjenigen, die wirklich arbeiten. Ich bekomme nämlich immer mehr den Eindruck, Herr Senator, dass unser System hier kollabieren würde, wenn die ganzen Ehrenamtlichen nicht wären. Wie mit dem Bereich umgegangen wird, wirkt wirklich sehr, sehr konzeptlos. Ich wünsche mir, dass wir den Menschen gerecht werden, gerade jetzt, wo der Winter naht. Die Sorge, dass nun Gruppen gegeneinander ausgespielt werden, wächst auch zunehmend in der Bevölkerung, beispielsweise Wohnungslose und Obdachlose gegen Flüchtlinge. Ich möchte diese Zustände nicht durch bestimmte politische Kräfte in der Stadt instrumentalisiert se-

**(Nebahat Güçlü)**

hen und hoffe, dass Sie da noch aktiver werden. – Danke.

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren! Das Wort bekommt Senator Neumann.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

**Senator Michael Neumann:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Der Verlauf der Debatte hat die verschiedenen Sichtweisen auf die Herausforderungen deutlich werden lassen, nicht nur gestern Abend im Innenausschuss, sondern auch heute hier. Wir werden im Laufe des Tages auch noch weitere Debatten dazu führen. Die Herausforderung, vor der Deutschland steht, die Herausforderung, vor der Hamburg steht, die Herausforderung, vor der wir alle gemeinsam stehen, will ich an zwei Zahlenbeispielen deutlich machen.

Am Anfang des Jahres 2015 hatten wir insgesamt für die Zentrale Erstaufnahme 3 500 Plätze. In der Ihnen vorliegenden Drucksache zur späteren Entscheidung, die knapp zwei Wochen alt ist, steht noch, dass wir innerhalb von neun Monaten von 3 500 Plätzen auf 12 000 Plätze aufgestockt haben. Diese Zahl habe ich bereits gestern im Innenausschuss korrigiert, weil nämlich in den letzten zehn Tagen noch einmal 2 000 Plätze obendrauf gekommen sind. Das allein macht deutlich, was hier seitens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch durch die unglaubliche ehrenamtliche Unterstützung in dieser Stadt bisher geleistet wurde, was aber auch noch in Zukunft zu leisten ist. Und ich finde, das ist ein Anlass, trotz aller Kritik im Einzelfall, stolz darauf zu sein, was Hamburg, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, aber auch die Bürgerinnen und Bürger an dieser Stelle für unsere Stadt, für die Flüchtlinge, aber vor allen Dingen auch für uns selbst, für unser Bild in der Welt, geleistet haben.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Dennis Gladiator CDU* und *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Natürlich, das ist auch richtig zitiert worden, streben wir an, dass wir zum Winter, zum Weihnachtsfest, keinen Menschen in Hamburg vor Obdachlosigkeit in Zelten schützen müssen beziehungsweise niemand in Zelten untergebracht sein muss.

Als ich dieses Ziel formuliert habe, lag das aber deutlich vor der Entscheidung der Frau Bundeskanzlerin, der gesamten Bundesregierung, inklusive übrigens des bayrischen Ministerpräsidenten, den Menschen in Ungarn eine Perspektive durch Zuzug nach Deutschland zu geben. Und diese Entscheidung der Bundesregierung hat zu einem Anstieg der Zuwanderung geführt, die sich natürlich nicht nur dramatisch in Bayern ausgewirkt hat. In Bayern führt das dazu, dass nur durch den Einsatz

der gesamten deutschen Bundespolizei die öffentliche Ordnung und die Aufnahme von Flüchtlingen bewerkstelligt werden kann. Das hat im Übrigen auch dramatische Auswirkungen auf die innere Sicherheit. Es wird keine Begleitung mehr durch Bundespolizeikräfte während der Fußballwochenenden geben, die Risikospiele werden nun unbeleitet öffentlich stattfinden. Das sind große Herausforderungen, das werden wir auch spüren, aber es zeigt, dass selbst ein so stolzes Land wie Bayern, das immer auf den Status des Freistaats Wert legt, bis an die Grenze und darüber hinaus herausgefordert wurde und herausgefordert bleibt. Es hat für unsere gesamte Republik mit dieser Entscheidung der Bundesregierung eine weitere Veränderung beim Zuzug gegeben, den wir uns vielleicht alle gemeinsam so gar nicht vorstellen konnten.

(Zuruf von der AfD: Sind Sie mit an der Regierung?)

Sie haben recht. Diese Entscheidung der Bundesregierung war dem Senat nicht bekannt, und deshalb haben wir auch kein Konzept dafür entwickelt. Es war nicht vorauszusehen, dass so viele Menschen über die Balkanroute den Weg nach Deutschland finden würden. Trotzdem stellen wir uns der Herausforderung, und trotzdem haben wir es bis zum heutigen Tage geschafft. Auch das ist ein Beleg dafür, dass wir der Aufgabe gewachsen sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man sich die Zahlen vor Augen hält, dann wird auch deutlich, dass das – überraschenderweise für mich, das gebe ich offen zu – in unglaublich vielen Fällen hervorragend geklappt hat. Es hat aber in Bergedorf nicht so funktioniert, wie wir uns das alle gemeinsam vorstellen. Dafür trage ich natürlich unstrittig die politische Verantwortung, weil es in meinem Verantwortungsbereich geschehen ist. Aber ich will deutlich sagen, und habe das auch heute noch einmal gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum Ausdruck gebracht: Ich möchte Mitarbeiter haben, die den Mut zur Entscheidung haben. Und selbst wenn sich die Entscheidung im Nachhinein als zweckmäßig oder unzweckmäßig herausstellt, so ist doch alles besser als keine Entscheidung. Und ich werde für jede dieser Entscheidungen meiner Mitarbeiter öffentlich die Verantwortung tragen. Deshalb stehe ich vor meinen Mitarbeitern, neben meinen Mitarbeitern und hinter meinen Mitarbeitern. Sie können sich gern an mir abarbeiten, keine Frage, das ist auch Ihre Aufgabe. Aber ich bin stolz darauf, dass ich Mitarbeiter habe, die das bisher in einer Art und Weise geschafft haben, die einzigartig ist, und ich gehe so weit zu sagen, die sogar einzigartig in Deutschland ist, und das ist ein Privileg für unsere Stadt.

**(Senator Michael Neumann)**

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und Dr. Jörn Kruse AfD)

Wir arbeiten daran, wir lernen daraus. Wir haben den Anspruch einer Null-Fehler-Kultur. Aber es werden auch in Zukunft Fehler geschehen, die ich hier auch weiter öffentlich vertreten und entsprechend rechtfertigen werde beziehungsweise für die ich die Verantwortung übernehmen werde. Aber ich kann Ihnen nicht versprechen, dass wir bei der weiter steigenden Herausforderung der Zuwanderung alles immer geräuschlos so schaffen, dass es niemand merkt.

Wenn wir überall Tausende von Flüchtlingen zusätzlich unterbringen – was wir wollen und was wir auch erreichen werden –, dann können wir nicht so tun, als ginge das geräuschlos und es würde niemand merken.

(André Trepoll CDU: Ihre Abgeordnetenkollegen sagen das aber genauso! Alles geht weiter wie bisher!)

Es wird Auswirkungen haben, und wir müssen auch die Kraft haben, mit diesen Auswirkungen zu leben. Und wir sollten, Herr Trepoll, vor diesen Herausforderungen keine Angst schüren, sondern eher Mut machen, damit wir das gemeinsam schaffen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Kazim Abaci SPD: Richtig!)

Der Berliner Flüchtlingsgipfel ist ein Baustein, um der Situation Herr zu werden. Es bedarf vieler weiterer Bausteine, über einen werden wir heute auch debattieren. Aber es werden weitere folgen. Der Flüchtlingsgipfel selbst hat mit der Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten eine Forderung erfüllt, die der Bürgermeister und auch ich, in Hamburg wie auf Bundesebene, vertreten haben. Auch die Verlängerung der Residenzpflicht ist eine richtige Entscheidung. Aber Voraussetzung ist natürlich auch, dass die anstehenden Asylanträge zügig bearbeitet werden. Deswegen ist auch die Kritik an mangelnder Rückführung oder Abschiebung wohlfeil dahingehend, als dass natürlich auch bei denjenigen, die aus sicheren Herkunftsstaaten in unser Land einreisen, ein Verfahren durchgeführt werden muss, der Rechtsweg offensteht und dass wir dementsprechend auch – und das ist eines Rechtsstaats mehr als würdig – ordentliche Verfahren haben. Von daher bitte ich auch hier, dem Impuls der Polemik nicht nachzugeben, sondern dem Impuls der Wahrhaftigkeit nachzufolgen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Frau Möller hat die Frage gestellt, was man gewinnen, wenn man in der Art und Weise Debatten und Diskussionen hier und an anderer Stelle öffentlich führt. Ich möchte daran erinnern, dass Integration natürlich einen langen Atem voraussetzt. Das ist bildlich gesprochen kein Sprint, sondern ein Mara-

thon, und mit dieser Herausforderung werden wir die nächsten 30 bis 40 Jahre konfrontiert sein. Das setzt aber auch voraus, dass wir Politikerinnen und Politiker als diejenigen, die den Anspruch haben, diese Gesellschaft gestalten zu wollen, verantwortlich mit dieser Herausforderung umgehen, dass wir über Risiken und Chancen sprechen, dass wir aber der Versuchung widerstehen, Ängste und Befürchtungen zu schüren.

(André Trepoll CDU: Wo leben Sie denn, Herr Neumann! Sprechen Sie denn mit den Menschen?)

Denn das sage ich Ihnen deutlich: Dieses Feuer, das dort vielleicht spielerisch von dem einen oder anderen gelegt wird, wird uns alle am Ende verzehren. Deshalb warne ich an dieser Stelle davor, leichtfertig Diskussionen zu führen, die vielleicht kurzfristig in der einen oder anderen Umfrage von Vorteil sind.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Das ist doch eine Unterstellung!)

Ich glaube, langfristig funktioniert nur der Weg der Integration, der Annahme der Aufgabe und der Herausforderung, erfolgreich zu sein. Wie mir Ihre Aufregung zeigt, habe ich an dieser Stelle den richtigen Punkt angesprochen, weil Sie im Innersten schon wissen, auf welchem falschen Wege Sie in Teilen sind. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Nach Paragraph 22 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung haben jetzt alle Fraktionen noch einmal die Möglichkeit, das Wort zu ergreifen. – Zunächst erhält es Frau Dutschke von der FDP-Fraktion.

**Jennyfer Dutschke** FDP:\* Frau Möller, Frau Becker! Bei allem Respekt, aber Ihre Kritik ist wirklich substanzlos gewesen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Sie kritisieren, dass wir Kritik üben. Aber wir sehen, dass Fehler gemacht werden, und die Vorträge von Rot-Grün hören sich an wie ein altbekanntes Arbeitszeugnis:

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: So, nun sagen Sie mal was zu Ihrer Lösungsperspektive!)

Der Senat ist stets bemüht. Sie alle wissen, was das bedeutet, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei Joachim Lenders CDU)

**(Jennyfer Dutschke)**

Ich habe nicht gesagt, dass der Senat nichts tut. Ich habe aufgezeigt, was alles nicht klappt, und das ist unsere Aufgabe als Oppositionspolitiker.

(Beifall bei der FDP und bei *Joachim Lenders CDU*)

Herr Neumann, jetzt alles auf die Kanzlerin zu schieben ist wirklich eine schwache Performance. Dass Sie dann auch noch den Vorwurf machen, die Opposition würde jetzt die Stimmung gegen Flüchtlinge schüren, weil wir ansprechen, was Sie falsch machen, ist wirklich unfassbar.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich habe kein Wort zum Schulsystem oder zur Integration in die Arbeitswelt gehört.

(*Kazim Abaci SPD*: Kommt gleich! – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Hören Sie mal Herrn Abaci zu!)

Wenn die Unterbringung schon jetzt nicht klappt, wie wollen Sie dann all die Menschen, die zu uns kommen und bei uns untergebracht werden müssen, anschließend in unsere Gesellschaft integrieren? Senator Rabe kommt erst jetzt, Senator Horch ist überhaupt nicht da, Bürgermeister Scholz hat die Hälfte der Debatte nicht hier gegessen – das sind doch alles Stellen, die betroffen sind. Herr Bürgermeister, deshalb fordere ich Sie jetzt noch einmal auf: Machen Sie die Flüchtlingskrise endlich zur Chefsache,

(Beifall bei *Ralf Niedmers* und *Jörg Hamann*, beide CDU)

ordnen Sie das Durcheinander in Ihren Behörden, benennen Sie endlich einen Flüchtlingskoordinator und nehmen Sie die Hamburger vor Ort endlich mit. – Danke.

(Beifall bei der FDP, bei *André Trepoll CDU* und bei *Dr. Ludwig Flocken AfD*)

**Präsidentin Carola Veit:** Herr Abaci von der SPD-Fraktion hat das Wort.

**Kazim Abaci SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Während US-Präsident Obama Hamburg vor der Vollversammlung der UNO lobt,

(*Dennis Gladiator CDU*: Ich dachte, das hat Herr Neumann persönlich gesagt!)

schimpft die Opposition auf die Stadt. Das ist kein gutes Beispiel für Patriotismus.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ja, Sie sollen damit aufhören, die Regierung und ziviles Engagement gegeneinander auszuspielen. Das macht unsere Stadt insgesamt aus. Unsere Stadt macht aus, dass die Behörden da sind, un-

sere Stadt macht aus, dass das Karo Viertel da ist, unsere Stadt macht aus, dass in Altona eine Flüchtlingskonferenz stattfindet,

(*Jörg Hamann CDU*: Darum geht es doch überhaupt nicht!)

unsere Stadt macht aus, dass sich Menschen in Poppenbüttel für Flüchtlinge engagieren.

(*Katja Suding FDP*: Dann gehen Sie mit denen mal ordentlich um!)

Das ist Gemeinwesen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wer nach Deutschland kommt, wer nach Hamburg kommt, kann mit einer Willkommenskultur rechnen, und das ist auch gut so. Wir sind das Land des Grundgesetzes. Hier gilt die Gleichberechtigung von Mann und Frau und hier gilt auch die Religionsfreiheit. Das zu sagen ist mir wichtig. Das meint nicht nur die Freiheit der Religionsausübung, sondern auch die Freiheit, auf die Freiheit zu verzichten, und auch, sie zeitgemäß auszulegen. Das ist mein Appell an diejenigen, die neu nach Hamburg und nach Deutschland kommen: Uns verbindet das Grundgesetz.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Mir ist es als Kind aus einer Gastarbeiterfamilie auch wichtig, dass aus den Fehlern, die früher gemacht worden sind, gelernt wird. Deshalb ist es auch wichtig, dass auf das Thema Integration frühzeitig eingegangen wird.

(*Katja Suding FDP*: Was sind denn Ihre Konzepte?)

Dafür ist es wichtig, dass die Kinder in Kitas unterkommen und rechtzeitig eingeschult werden. Das ist eine gute Investition in die Zukunft für uns alle.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Es ist auch richtig und wichtig, dass es allein mit einem Dach über dem Kopf nicht getan ist. Die Themen Sprache und Arbeitsmarkt sind zwingend. Deshalb hat Hamburg immer darauf gedrängt, dass die Sprachkurse auch für die Flüchtlinge geöffnet werden und der Bund sich an der Finanzierung beteiligt. Dass dies jetzt im Rahmen des Gipfels zustande gekommen ist, ist richtig und gut.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch richtig, dass wir für minderjährige Flüchtlinge mehr tun, dass wir den Zugang zu Ausbildung verbessern. Dabei war für uns die Vorrangprüfung immer ein Thema, aber es ist auch ein konsensualer Beschluss. Deshalb ist es wichtig, dass man sich auf Bundesebene auf den Weg gemacht hat, diejenigen, die Bleibeperspektive haben, in die hiesige Gesellschaft zu integrieren, aber diejenigen, die keine Bleibeperspektive ha-

**(Kazim Abaci)**

ben, auch zurückzuführen. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, dass wir darauf gedrängt haben, dass ein Arbeitsmarktkorridor hergestellt wird, sodass diejenigen, die hier eine Arbeitsstelle gefunden haben, auch die Möglichkeit haben, in den Arbeitsmarkt zu kommen. Hier muss man in der Tat zwischen dem Asylrecht und der Zuwanderung in den Arbeitsmarkt sortieren. In diesem Zusammenhang ist uns auch wichtig, den Kern des Asylrechts zu schützen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Carola Timm GRÜNE*)

Es ist mir auch wichtig zu sagen, dass die Migrantenorganisationen und die Religionsgemeinschaften eine wichtige Mittlerfunktion haben, um die Neuzuwanderer in die Gesellschaft zu integrieren. Dafür bietet Hamburg eine gute Grundlage. Die muslimischen Gemeinschaften, alevitische Gemeinschaften und andere Migrantenorganisationen spielen eine Schlüsselrolle. Sie sollen vermehrt etwas dafür tun, und das tun sie auch. Hören Sie auf, unsere Stadt schlechtzureden.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*: Wir sollen keine Opposition machen!)

Es ist richtig und gut, wenn Sie an anderer Stelle das, was nicht gut läuft, kritisch anmerken, aber dieses Thema ist für einen parteipolitischen Streit nicht geeignet. Die demokratischen Parteien sollen an einem Strang ziehen.

(Beifall bei der SPD – *Jörg Hamann CDU*: Nur die internationalen! – Zurufe von der CDU)

Das lasse ich einmal so stehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit**: Das Wort bekommt Frau Prien von der CDU-Fraktion.

**Karin Prien CDU**:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Heyenn, Sie haben natürlich recht. Es wäre natürlich völlig unsinnig, zu sagen, dieser Senat tue nichts. Das hat auch keiner behauptet.

(Unmutzurufe von der SPD und Zuruf von *Farid Müller GRÜNE*)

Nein, das wäre viel zu plump. Aber, Herr Müller, es geht nicht darum, dass man irgendetwas tut, sondern dass man das Richtige tut.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man eine solch komplexe Aufgabe zu stemmen hat, Herr Tjarks, dann muss man es in den richtigen Strukturen tun. Das sagen wir Ihnen seit Monaten, aber Sie hören nicht zu, sondern Sie, insbesondere Sie, Herr Senator Neumann, haben

immer ganz großsprecherische Ideen und Vorschläge, was Sie alles realisieren wollen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Macht er ja auch!)

Da stellen Sie sich am 23. Juli hin und erklären uns, Sie würden in jedem Bezirk 3 000 Unterbringungsplätze schaffen, die Container hätten Sie schon bestellt. Dann hätten Sie insgesamt 21 000 Unterbringungsplätze gehabt – da hätte sogar die Kanzlerin noch ganz andere Erklärungen abgeben müssen –, das hätte dicke gereicht. Tatsache ist, Sie haben nicht einen einzigen dieser 3 000 Plätze bisher schaffen können.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Wir schaffen einen in Harburg, und dann sind Sie gleich dagegen! Und dann fragen Sie mal Herrn Thering, was der im Alstertal macht!)

Sie haben die Container offensichtlich nicht bestellt. Herr Senator Neumann, Sie haben Ihre Zusage, was die über 20 000 Plätze angeht, nicht einhalten können. Die Container waren nicht bestellt. Sie haben die Öffentlichkeit darüber getäuscht, dass Sie die Container bestellt haben. Deshalb haben wir so große Probleme mit der Politik, die Sie in dieser Stadt machen.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden das Thema gleich noch weiter erörtern, aber, Herr Abaci, eine Bemerkung Ihnen gegenüber möchte ich mir doch noch erlauben. Sie haben völlig recht, es ist dringend erforderlich, dass die Fehler, die in der Vergangenheit in der Integrationspolitik gemacht worden sind, nicht wiederholt werden. Aber können Sie mir dann erklären, wieso Sie wieder den gleichen Fehler machen und die meisten Flüchtlinge in sozialen Brennpunkten unterbringen, wo die Integrationskraft ohnehin schon so stark ...

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist ja interessant! Im Alstertal und in Blankenese dagegen sein und dann hier so eine Rede halten!)

– Ich bin im Alstertal nicht dagegen, und ich bin auch in Blankenese nicht dagegen. So ein Unsinn.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Aber Sie müssen die Bürger rechtzeitig informieren, Herr Dressel, Sie müssen mit den Menschen reden, dann können Sie auch vernünftiger für Unterkünfte in den Stadtteilen sorgen.

(Beifall bei der CDU)

Aber die Alternative ...

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Jetzt aber nicht alle gegen Frau Prien. Sie hat ein Recht auf das Wort.

**Karin Prien** CDU (fortfahrend):\* Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Aber die Alternative sind doch nicht Stadtteile wie Billstedt, Wilhelmsburg oder Osdorf, denn das war kein Einzelfall in Bergedorf am Wochenende. Ich bin am Rugenbarg gewesen. Das hätten Sie sich einmal ansehen sollen. Es ist eine Unverschämtheit gewesen, die Menschen dort so unterzubringen. Das kann so nicht richtig sein. Nur weil Sie an der Regierung sind und die Situation schwierig ist, können Sie sich nicht alles leisten, und wir als Opposition lassen uns von Ihnen nicht den Mund verbieten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion.

**Antje Möller** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Prien, es geht nicht darum, Ihnen den Mund zu verbieten, sondern darum, einen Weg zu finden,

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

der uns und diejenigen voranbringt, die andere Interessen haben und schlicht und einfach nicht wahrhaben wollen, dass wir nicht mehr in der Situation sind, zu entscheiden, ob wir wollen oder nicht wollen, dass Flüchtlinge zu uns kommen, sondern dass die Menschen hier sind und nicht absehbar ist, wann sich das ändern wird und keine Menschen mehr kommen werden. Wir müssen mit der jetzigen europäischen, bundesrepublikanischen und damit auch hamburgischen Situation politisch umgehen. Da hilft so ein Zitat wie von dem ehemaligen Neuköllner Bezirksbürgermeister, der sagt, die Menschen seien nicht integrierbar,

(*Dr. Bernd Baumann AfD:* Größtenteils!)

überhaupt nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

– Wenn er größtenteils sagt, dann macht es das nicht besser, dann ist das nur der politischen Korrektheit wegen.

Das ist doch genau die Aufgabe. Die Aufgabe ist, dass diese Gesellschaft, wir alle, die Menschen aufnehmen und ihnen dabei möglichst weitgehend helfen. Frau Dutschke, die Themen Arbeitsmarkt, Schule, Kita-Besuch, Gesundheitsversorgung können wir alle noch aufmachen. Ihr schlichter Hinweis, da passiere nichts, ist lächerlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die hamburgischen Programme dazu gibt es, und sie müssen immer nachgesteuert werden, weil die

Situation sich täglich verändert. Frau Prien, zu dem Hinweis, es gebe die Zusage, 3 000 Container in jedem Stadtteil aufzustellen: Das wäre echt einmal etwas Neues in der hamburgischen Politik, wenn ein Senatsmitglied sich hier hinstellen und sagen würde, das mache man jetzt so und Punkt.

(*Karin Prien CDU:* Aber dann muss man so was auch nicht behaupten!)

Ja, was wäre das für eine Diskussionskultur? Da höre ich Sie als Erste sagen, also so gehe es nicht, man könne doch hier nicht einfach etwas beschließen. Gerade weil wir so viel mit allen Bezirken und in allen Stadtteilen mit den Menschen auf der Straße reden, wird über so viele Varianten und Möglichkeiten geredet – wir sehen es ja an dem FDP-Antrag, wir reden sogar über Tragflughallen.

(*Dennis Gladiator CDU:* Sie verkünden! Sie reden nicht!)

Das ermöglicht es, flexibel und kreativ – ich benutze einmal dieses Wort, obwohl es fast etwas Spielerisches hat, ich meine es aber ganz ernst – auf die Situation, die sich jeden Tag ändert, eingehen zu können. Dazu brauchen wir eine große Bereitschaft aller in dieser Stadt, im Übrigen auch der Besitzer von Gewerbehallen

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

und leer stehender Eigentumsteile – darüber reden wir noch einmal später. Nur dann geht es. Wir wollen jedenfalls keinen Senat, der still und heimlich irgendwo etwas beschließt und dann sagt, so, das mache er jetzt, sondern wir wollen die Diskussion in dieser Stadt und alle mitnehmen und auffordern, diese Diskussion zu unterstützen. Machen Sie konkrete Vorschläge. Sie wissen genau, dass das intern läuft, Sie wissen genau, dass man sehr viel bei den zuständigen Stellen anbringen kann. Vieles wird angenommen, manches geht nicht, vielleicht sollte mehr angenommen werden. Aber tun Sie nicht so, als hätten Sie nicht genauso wie die Regierungsfractionen die Chance, sich an der Lösung zu beteiligen, die wir für die Stadt, vor allem aber für die Flüchtlinge brauchen, um deren Situation erträglicher zu machen. Für manche Situationen, in die sie in dieser Stadt geraten, muss man sich tatsächlich entschuldigen. Aber das wollen wir ändern. Es soll besser werden, und zwar vor allem für die Flüchtlinge.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt Herr Dolzer von der Fraktion DIE LINKE.

**Martin Dolzer** DIE LINKE:\* Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Präsidentin! Ich möchte das Thema von einer etwas anderen Seite beleuchten. Die SPD hat die Debatte angemeldet unter dem Motto "Flüchtlings-

**(Martin Dolzer)**

gipfel: Gute Ergebnisse für Hamburg". Nein, der Flüchtlingsgipfel hat keine guten Ergebnisse für Hamburg gebracht, keine guten Ergebnisse für die Bundesrepublik und auch keine guten Ergebnisse für Europa.

(Beifall bei der LINKEN)

Pro Asyl kritisiert das ganz zu Recht und betitelt eine Pressemitteilung vom 25. September 2015 mit:

"Deutschland schaltet um: Statt Aufnahme und Integration Abwehr und Ausgrenzung."

Diese Analyse ist richtig, und da müssen wir auch hinsehen, da dürfen wir bei all dem Richtigen, was schon gesagt worden ist, nicht wegschauen. Die Zwangsunterbringung von Flüchtlingen bis zu 6 Monaten in Erstunterbringungen ist kein gutes Ergebnis, nein, das verhindert Integration

(Beifall bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

und wird zu menschenunwürdigen Zuständen führen, und zwar für eine längere Zeit als notwendig.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Die Senkung von Sozialleistungen für Flüchtlinge unter das vom Verfassungsgericht definierte menschenwürdige Existenzminimum ist ein Angriff auf den Sozialstaat. Das ist kein gutes Ergebnis für Hamburg – das müssen wir betonen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Jetzt an die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN: Ich wusste gar nicht, ob ich wütend sein soll oder ob ich weinen soll. Ich kenne viele von Ihnen und weiß, dass Sie wissen, dass der Kosovo und Montenegro keine sicheren Drittstaaten sind. Das kann man nicht vertreten. Ich muss bei Ihrer Entscheidung, das mit den sicheren Drittstaaten zu unterstützen, an ein Lied aus meiner Kindheit von Bettina Wegner denken, das "Kinder" heißt. Dort heißt es:

"Grade, klare Menschen wär'n ein schönes Ziel. Leute ohne Rückgrat hab'n wir schon zu viel."

Ich hätte Ihnen Rückgrat in dieser Debatte gewünscht. Wir haben im Michel mehr als 40 Sinti und Roma, die dort nicht zum Spaß sind, sondern weil sie ganz konkret Angst vor rassistischen Übergriffen haben, weil sie Angst um ihr Leben im Kosovo und in Montenegro haben. Und Sie ordnen sich auf so einem Gipfel unter und sagen, das seien sichere Drittstaaten. Oje, wohin kommen wir, wenn das so weitergeht?

(Beifall bei der LINKEN und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Insgesamt haben sich bei den Flüchtlingsgipfeln in Berlin und Brüssel die Hardliner auf Kosten der

Menschenrechte durchgesetzt, sagt Pro Asyl ganz richtig. Das ist so, und diese Kritik teilen wir.

Ich möchte aber nicht nur kritisieren, sondern auch Vorschläge machen,

(*Milan Pein SPD*: Jetzt bin ich aber gespannt!)

was wir ganz konkret auf drei Ebenen, der Hamburg-, der Bundes- und der Europaebene, machen könnten. In Hamburg: Die Oberpostdirektion in der City Nord ist ein Gebäude, bei dem ein Konglomerat von Unternehmern und Investoren – unter anderem ehemalige und jetzige Vattenfall-Manager – verhindern will, dass es umgenutzt wird, weil sie es ganz schnell abreißen und neu bauen wollen. Nehmen wir doch dieses Gebäude, dann sind wir die unwürdigen Bedingungen in den OBI-Märkten und sonst wo los. Dieses Gebäude können wir umnutzen, und zwar nicht als eine Halle, sondern als ein Gebäude, das wirklich nutzbar ist, wo die Flüchtlinge leben können, wo wir sogar zentrale Stellen für Beratung und Weiteres schaffen könnten. Das ist ein ganz konkreter Plan, der umgesetzt werden kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Handlungsebene würde ich mir vom Senat wünschen. Das wäre menschenwürdig.

(Beifall bei der LINKEN – *Ksenija Bekeris SPD*: Und wie viele sollen da untergebracht werden?)

Auch insgesamt, wenn man sich den Flüchtlingsgipfel anguckt und die Debatten, die wir hier führen, dürfen wir doch nicht vergessen, dass wir nicht nur mit kurzfristigen Lösungen kommen können, die immer Notlösungen sind, um die wir alle ringen – ich persönlich nehme es Ihnen auch ab, dass Sie darum ringen, gute Lösungen zu finden –, aber wir müssen auch an die Ursachen herangehen. Wir müssen Frieden schaffen, statt eine aggressive europäische Außenpolitik zu betreiben, statt immer neue Kriege zu führen. Wir müssen aufhören, unfairen Handel zu betreiben – gleich morgen haben Sie wieder die Chance –, CETA und TTIP gehören abgelehnt.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von *Milan Pein SPD*)

Dadurch wird noch unfairerer Welthandel entstehen, dadurch werden noch mehr Menschen kommen, das ist absehbar. Das wissen die Lobbyorganisationen, die Think Tanks und die außenpolitischen Experten schon seit Jahren.

(*Gabi Dobusch SPD*: Zum Thema!)

Durch die Verschlechterung der Verhältnisse aufgrund von Krieg und wirtschaftlicher Destabilität werden die Flüchtlingsströme zunehmen. Also stimmt es auch nicht, dass wir das nicht wussten. Wir wussten es, wir haben nur nicht die guten

**(Martin Dolzer)**

Ratschläge von der LINKEN, die wir seit Jahren geben, nämlich dezentrale Unterbringung und genügend Aufnahmemöglichkeiten, umgesetzt.

(Beifall bei *Mehmet Yildiz DIE LINKE*)

Dafür sind wir verantwortlich, und genau an diesen Punkten sollten wir ansetzen und Veränderungen herbeiführen. An allen anderen Punkten, wo es darum geht, darum zu ringen, jetzt vernünftige, menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen, appelliere ich noch einmal an Ihr Gewissen. Lagerhallen sind nicht der Weisheit letzter Schluss. Wir müssen uns auch um die Folgeunterbringung kümmern und die Oberpostdirektion in der City Nord bitte nicht aus Investorenfreundlichkeit ablehnen, sondern vernünftige Lösungen wirklich ernsthaft diskutieren. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Nun erhält das Wort Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion.

**Dr. Bernd Baumann AfD:\*** Noch ein Wort zu Ihnen, Herr Innensenator Neumann. Sie haben wieder versucht, die Kritiker in einem für uns alle und auch für die Flüchtlinge so wichtigen und entscheidenden Projekt zu verunglimpfen, indem Sie gesagt haben, wir würden Befürchtungen und Ängste schüren. Das steht Ihnen einfach nicht zu. Sie können nicht jede Kritik mit dem Vorwurf abschmettern, dass wir Ängste schüren. Außerdem gibt es Zustände, vor denen man zu Recht Angst haben kann. Wir gehen jetzt auf den Winter zu. Da wird es kalt. Wir haben noch viele Zelte. Sie sagen, Sie selbst haben die Probleme nicht gesehen. Die Kritiker, die die Probleme gesehen haben, haben Sie damit verunglimpft, sie würden Ängste schüren, Befürchtungen wecken. So sind wir doch in die Lage hineingeraten. Wir haben doch gerade ausgeführt, dass wir überall Konsulate, Botschaften, Medienbüros und alles haben, sodass wir eigentlich wissen können, was in den Ländern, um die es geht, passiert. Also durch das Weggucken und Beschimpfen der Kritiker führt die Demokratie sich selbst ad absurdum. Das sollten Sie nicht mitmachen, Herr Senator Neumann.

(Vereinzelter Beifall bei der AfD)

Ich habe gerade ausgeführt, dass wir wahrscheinlich nicht 20 000 Menschen haben, um die wir uns zu kümmern haben, sondern mit Familiennachzug eher 50 000. Ist das jetzt ein Wecken von Befürchtungen? Ich habe von Ihnen noch nichts dazu gehört. Wann haben Sie uns jemals eine Prognose dargestellt, wie Sie das berechnen, was jetzt durch den Familiennachzug an Menschen zu uns kommt, um die wir uns intensiv kümmern müssen? Die rechtlichen Regelungen sind doch da. Sie wissen doch, welche Flüchtlinge jetzt da sind, ob es Männer oder Frauen sind und wie alt sie sind. Da kön-

nen Sie doch auch Ihre Erwartungen und Ihre Planung zum Familiennachzug öffentlich aufzeigen, der ein Vielfaches von den Flüchtlingen sein wird, die wir schon jetzt haben. Aber darüber haben Sie noch kein Wort verloren oder eine Zahl genannt. Oder habe ich irgendetwas übersehen, meine Damen und Herren, kennen Sie etwas?

(*Ekkehard Wysocki SPD:* Die aktuelle Lage haben Sie übersehen!)

Keine Zahl, keine Erwartung, keine Prognose, keine Planung. Es geht um Zehntausende von Menschen, die mit Sicherheit hierherkommen werden.

Ich darf Sie an noch etwas erinnern, Herr Innensenator. Auch das ist nicht unfreundlich gemeint, aber wenn es um wichtige Dinge geht, muss man in der Sache auch hart sein. Sie haben hier fast so etwas wie eine Oppositionsrede gegen die Bundesregierung in Berlin gehalten, und ich darf Sie daran erinnern, dass Sie selbst in einer Regierung sind. Sie stellen den Außenminister. Ich glaube nicht, dass Frau Merkel Entscheidungen trifft, ohne ihren Außenminister zu fragen, wenn es um die Öffnung von Grenzen für bestimmte Zielgruppen geht.

(Beifall bei *Michael Kruse FDP* und bei *Dr. Alexander Wolf AfD*)

Zu Ihnen, Frau Möller, noch ganz kurz in Sachen Buschkowsky: Das ist doch nun ein Mann, der wirklich jahrzehntelang in seinem Kiez um Verbesserungen gekämpft hat, der sich die Leute angeguckt hat, die unterschiedlichen Kulturen studiert und darüber Bücher geschrieben hat. Haben wir denn überhaupt bessere Experten, die aus der Praxis kommen?

(Zuruf: Ja, haben wir!)

Nicht Professoren, die irgendwo sitzen, Soziologen oder Politologen, sondern solche, die vor Ort sind, die durch den Kiez gehen, die mit den Leuten sprechen, die wissen, was die Probleme sind, gerade die von Clan-Gesellschaften, die damit Probleme haben, sich in die bürgerliche Gesellschaft einzufügen. Da ist Buschkowsky doch wirklich jemand, dem Sie zuhören können. – Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Carola Veit:** Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet und wir werden sie morgen mit dem dritten Thema fortsetzen.

Wir kommen zu den Punkten 3 bis 5 unserer Tagesordnung, den Drucksachen 21/1466 bis 21/1468. Die zu TOP 2 vorgesehenen Wahlen zu Drucksache 21/631 sind einvernehmlich vertagt worden.

**(Präsidentin Carola Veit)**

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Wahl eines ordentlichen und eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission**

**– Drs 21/631 –]**

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde**

**– Drs 21/1466 –]**

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Wahl eines oder einer Deputierten der Behörde für Inneres und Sport**

**– Drs 21/1467 –]**

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Wahl einer oder eines Deputierten der Kulturbehörde**

**– Drs 21/1468 –]**

Wir kommen also zu den Wahlen zu den Deputationen. Die Fraktionen haben vereinbart, dass diese in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Die drei Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei jedem Namen jeweils die Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel bei jedem der Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Kein Kreuz oder mehrere Kreuze machen die Wahl dieses Kandidaten ungültig. Weitere Bemerkungen oder Hinweise auf dem Stimmzettel machen diesen insgesamt ungültig. – Bitte nehmen Sie Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Dann ist die Wahlhandlung jetzt geschlossen. Die Ergebnisse werden ermittelt und Ihnen im Laufe der Sitzung mitgeteilt.\*\*

Meine Damen und Herren! Wir können zu unseren Debatten kommen und starten mit Punkt 42 unserer Tagesordnung, wenn Sie mögen und vielleicht auch gern wieder Ihre Plätze einnehmen. Das ist die Drucksache 21/1616, ein Antrag der FDP-Fraktion: Tragflughallen – Notunterbringung im Winter.

**[Antrag der FDP-Fraktion:**

**Tragflughallen – Notunterbringung im Winter**

**– Drs 21/1616 –]**

Die Fraktionen von SPD, GRÜNEN und FDP möchten diese Drucksache gern an den Sozialausschuss überweisen.

Das Wort wird gewünscht von Frau Dutschke von der FDP-Fraktion.

**Jennyfer Dutschke** FDP:\* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wer kritisiert, muss auch Vorschläge machen, und das ist ein Vorschlag von uns.

(*Sylvia Wowretzko* SPD: Das ist gut, Vorschläge sind gut!)

Tragflughallen sind als Notquartier für Flüchtlinge und Obdachlose in verschiedenen Städten eingesetzt worden und warum nicht auch in Hamburg?

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

Im Gegensatz zu herkömmlichen Zelten und fensterlosen Lagerhallen können sie eine Alternative zur Notunterbringung sein. Die Tragflughalle besteht aus drei Folienschichten und funktioniert durch Überdruck im Halleninneren. Die Folien sind lichtdurchlässig, sodass tagsüber keine Beleuchtung erforderlich ist. Eine kontinuierliche Temperatur kann im Winter sowohl durch Anschluss an das Fernwärme- und Gasnetz als auch durch einen eigenen Heizungsgebläse-Containerofen sichergestellt werden. Im Sommer ist eine Klimatisierung problemlos möglich. Tragflughallen haben darüber hinaus einen entscheidenden Vorteil, der für sie als Notunterbringung spricht: Sie sind innerhalb von Tagen und damit sehr viel schneller als Containeranlagen oder sonstige Bauten aufgestellt. Benötigt wird einfach nur ein fußballfeldgroßes Grundstück mit Anschlüssen für Wasser, Abwasser und Strom. An der Jenfelder Au liegt beispielsweise eine riesige städtische Fläche brach, weil das Prestigeprojekt HAMBURG WATER Cycle mit alternativen Entwässerungs- und Energieerzeugungssystemen vom Verbraucher nicht angenommen wird. Hier wäre doch genug Platz für Tragflughallen.

Es stehen übrigens auch noch Kasernenbauten herum, deren Nutzung für Flüchtlinge der Senat aus unplausiblen Gründen immer noch ablehnt. Selbiges gilt für Freiluftschulen, in denen annähernd 400 ungenutzte Betten im Winter herumstehen und deren Nutzung als Flüchtlingsunterkunft der Senat aus völlig unverhältnismäßigen Gründen ablehnt.

(Beifall bei der FDP)

Liegenschaften von Bund und Ländern werden verschont, in private Immobilien hingegen wird zwangseinquartiert. Tragflughallen sind im Gegensatz dazu eine vertretbare Variante, um Flüchtlinge und Obdachlose im Winter angemessen unterzubringen, wenn Wohnraum fehlt. Wir bitten daher, dem hier vorliegenden Prüfauftrag zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

\*\*Die Wahlergebnisse sind auf Seite 966 zu finden.

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Das Wort bekommt Frau Bekeris von der SPD-Fraktion.

**Ksenija Bekeris** SPD:\* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es freut mich, wenn alle gemeinsam mithelfen, Lösungen für die Unterbringung von Flüchtlingen zu finden, die zu uns kommen. Ich finde es auch gut, wenn uns hier ein Oppositionsantrag vorliegt, der diesem Anspruch, gemeinsam nach Lösungen zu suchen, gerecht wird, das heißt, ganz ohne Schuldzuweisungen und an der Sache orientiert. Es ist insgesamt vollkommen unstrittig, dass wir alle Optionen prüfen müssen, um neue Plätze in der öffentlichen Unterbringung zu schaffen, und egal, mit welchen Mitarbeitern Sie bei der BASFI oder der BIS sprechen und was Sie dort hören, es werden alle Kapazitäten dafür herangezogen. Trotzdem ist es wichtig, dass jeder hier auch Denkanstöße mitbringt. Der richtige Platz, um über Vorschläge zu sprechen, die sich rund um die öffentliche Unterbringung ranken, ist der Sozialausschuss, und dementsprechend werden wir Ihren Antrag dahin überweisen und dort dann weiter beraten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Martin Bill GRÜNE* und *Dr. Wieland Schinnenburg FDP*)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Das Wort bekommt Frau Prien von der CDU-Fraktion.

**Karin Prien** CDU:\* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Soweit ich es verstanden habe, ist diese Idee mit den Tragflughallen nicht so ganz neu. Auch die Innenbehörde hat sich mit dieser Frage, soweit ich das gehört habe, schon einmal beschäftigt und Preise nachgefragt. Insofern bin ich nicht nur froh darüber, Frau Dutschke, dass Sie den Antrag eingebracht haben, sondern auch darüber, dass wir diesen jetzt aufgrund der Bereitschaft der Regierungsfractionen an den Ausschuss überweisen werden. Dann werden wir sicherlich einen umfassenden Bericht der Innenbehörde und/oder der BASFI – man weiß immer nicht, wer gerade zuständig ist – zu diesem Thema hören.

Ich würde mir allerdings in diesem Zusammenhang wünschen, und vielleicht ist das auch eine Anregung im Sinne eines gemeinsamen Vorankommens, dass wir bei dieser Gelegenheit dann nicht nur über die technischen Details von Tragflughallen sprechen, sondern dass sowohl Innenbehörde als auch Sozialbehörde uns insgesamt einmal ihre Vorstellungen für die kommenden Monate darlegen. Das Problem ist – ich habe es vorhin angedeutet –, dass immer neue Ideen, wie man das Problem in den Griff bekommen könnte, in der Stadt durch den Senat ventiliert werden. Jetzt haben wir gehört, dass die Gewerbehallen die Lö-

sung aller Probleme sein sollen. Da würde mich wirklich einmal interessieren, was denn jetzt das Konzept ist unter der Annahme, dass tatsächlich in diesem Jahr 30 000 und mehr Flüchtlinge zu uns gekommen sein werden. Wie sollen die untergebracht werden, was sind die konkreten Vorstellungen? Dafür ist sicherlich der Sozialausschuss ein möglicher Ort, und wir werden uns an dieser Debatte selbstverständlich konstruktiv beteiligen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Das Wort bekommt nun Herr Duge von der GRÜNEN Fraktion.

**Olaf Duge** GRÜNE:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da, wo konstruktive Vorschläge sind, können wir diese aufnehmen. Im Weiteren müssen wir das im Ausschuss diskutieren und uns genauer anschauen, wie weit diese Tragflughallen als Ergänzung möglich sind. Sie werden mit Sicherheit nicht die Alternative zur Nutzung leer stehender Hallen sein, die in ihrer Stabilität und auch in ihrer Nutzbarkeit Vorteile bieten – ich nenne beispielsweise nur die Problematik der Eingänge bei den Tragflughallen. Auch die Kostengröße ist sicherlich zu beachten, und insofern wird es im Ausschuss der Punkt sein zu sehen, welche Möglichkeiten dort bestehen oder eben auch nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Das Wort bekommt nun Frau Özdemir von der Fraktion DIE LINKE.

**Cansu Özdemir** DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch ganz kurz zu dem Antrag: Ich war schon einmal in einer Tragflughalle und habe mir das angeschaut, habe aber auch mitbekommen, dass es auf Dauer ziemlich auf die Atemwege gehen kann und es auch sehr ungesund ist für die Menschen. Deshalb würden wir Ihrem Antrag in dieser Form nicht zustimmen. Man könnte vielleicht überlegen, ob sich Tragflughallen als Aufenthaltsräume für tagsüber eignen würden, aber für die Nacht wären sie nicht die richtige Wahl. Ich glaube aber auch, dass es der FDP ein bisschen darum geht, die Alternative zum Leerstand, den wir in der Stadt haben, aufzuzeigen, aber eine Tragflughalle kann wirklich nicht vier Wände aus Beton und ein festes Dach ersetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Das Wort bekommt Frau Oelschläger von der AfD-Fraktion.

**Andrea Oelschläger** AfD:\* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Auf-

**(Andrea Oelschläger)**

grund des herannahenden Winters sehen wir uns selbstverständlich gezwungen, entsprechend Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Dass die FDP nun einen Beitrag leistet und diese Traglufthallen für die Unterbringung vorschlägt, ist grundsätzlich zu begrüßen. Ich habe gerade gehört, Hamburg hat sogar schon zwei Traglufthallen. Das hatte ich persönlich nicht gewusst. Ich würde eigentlich sagen, dass eine Traglufthalle keine wirklich angenehme Unterbringung ist, weil man immer noch keine Tür zum Zumachen hat. Es ist wirklich wichtig, wenn wir Leute unterbringen, dass sie auch entsprechend abschließbare Türen haben und dass man eine sichere Unterbringung gewährleistet. Gegen eine Überweisung an den Ausschuss haben wir nichts einzuwenden, aber Traglufthallen allgemein sind keine vernünftige Unterbringung. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Meine Damen und Herren! Nun liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor und wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 21/1616 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ausreichend eindeutig, es zählt die Zahl der abgegebenen Stimmen. Damit ist diese Überweisung zustande gekommen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 32, das ist die Drucksache 21/1606 in der Neufassung, der Antrag der AfD-Fraktion: "Hamburger Leistungszentren" an einigen Schulen schaffen.

**[Antrag der AfD-Fraktion:  
"Hamburger Leistungszentren" an einigen  
Schulen schaffen  
– Drs 21/1606 Neufassung –]**

Diese Drucksache möchte die AfD-Fraktion an den Schulausschuss überweisen.

Wer wünscht dazu das Wort? – Herr Professor Kruse von der AfD-Fraktion, Sie bekommen es.

**Dr. Jörn Kruse** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen in der Bürgerschaft! Ich habe jetzt das Problem, dass ich von einem Thema, wo die Hütte brennt und wir kurzfristige Lösungen brauchen, zu einem vergleichsweise langweiligen, weil langfristigen Thema übergehen muss, wo wir nicht morgen, aber auf Dauer eine Lösung brauchen, und das ist die Frage des Schulsystems. Deutschland hat Mitte des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts ein dreigliedriges Schulsystem entwickelt, das insbesondere im Gymnasium eine Form gefunden hat, die viele

Länder später in ähnlicher Form übernommen haben, und das ein wesentlicher Grund dafür ist, dass Deutschland von einem zurückgebliebenen Agrarstaat zu einem der fortschrittlichsten Industriestaaten der Welt geworden ist. Ab Mitte der Fünfziger- oder Sechzigerjahre hat man angefangen, diese Dreigliedrigkeit immer mehr einzuebnen bis zu dem Punkt, dass man die Hauptschulen ganz abgeschafft hat und das Gymnasium quasi zu einer Regelschule geworden ist, was nicht nur zu einer Senkung des Niveaus, sondern vor allen Dingen zu einer Nivellierung führt.

Ich möchte an dieser Stelle nicht darüber reden, ob Hamburg im Durchschnitt ein besseres oder schlechteres Schulsystem hat als andere Bundesländer. Mir geht es darum, dass die Entwicklung dazu geführt hat, dass wir die besonders begabten, leistungswilligen und engagierten Schüler gar nicht mehr fördern können, weil sie in der großen Masse versinken.

(Beifall bei der AfD)

Das ist ein Problem erstens für unsere Volkswirtschaft, weil es uns nicht mehr in gleichem Maße gelingt ...

(Glocke)

**Vizepräsidentin Antje Möller** (unterbrechend): Herr Professor Kruse, einen Moment bitte. – Meine Damen und Herren! Für die Leere in diesem Saal ist es eindeutig zu laut und für die Debatte auch. – Herr Professor Kruse, fahren Sie fort.

**Dr. Jörn Kruse** AfD (fortfahrend): Es ist nicht nur ein Nachteil für unsere Volkswirtschaft, weil wir weniger als früher eine wirklich qualifizierte Ausbildung der Besten eines Jahrgangs vornehmen können. Es ist vor allen Dingen auch etwas, das im Gegensatz zu dem steht, was früher im Vordergrund gestanden hat, nämlich die Möglichkeit, sozialen Aufstieg zu realisieren. Da schaue ich jetzt einmal die Kollegen der SPD-Fraktion an, die sich immer als Partei des sozialen Aufstiegs verstanden haben. Je weniger ein Schulsystem leistungsorientiert ist, desto weniger wird der soziale Aufstieg aus unteren Schichten realisiert, weil umso mehr die soziale Herkunft und das Geld der Eltern dafür zählt, was aus den Kindern wird.

Was schlagen wir also vor? Was wir nicht vorschlagen, ist wieder zurück zum alten dreigliedrigen Schulsystem. Das ist von gestern. Wenn es eine Differenzierung geben kann, dann kann es nur nach oben sein. Deshalb schlagen wir Leistungszentren vor, wo jeweils eine Spitzengruppe von leistungswilligen und leistungsfähigen Schülern an einem Gymnasium ausgewählt wird entweder als Beste in allen Fächern oder mit einer gewissen Spezifizierung für einzelne Fächergruppen. Ich nenne einmal die Größenordnung von vielleicht

**(Dr. Jörn Kruse)**

10 bis 20 Prozent, also eine eliteähnliche Zahl – ich bekenne mich durchaus zu diesem Wort –, und das sollten wir dadurch erreichen, indem wir den Zugang dazu nicht wie bisher vom Willen der Eltern abhängig machen – dann würden wieder nur die Kinder der klassischen gut betuchten oder bildungsbürgerlichen Eltern aus Volksdorf und Blankenese in diesen Klassen sein –, sondern es soll über einen anonymen Leistungszugang gehen. Es soll also anonyme Prüfungen geben, und diejenigen, die sie bestehen, kommen in diese Leistungsklassen und die anderen eben nicht. Das hat nicht nur den Vorteil, dass man besonders qualifizierte Schüler heranbilden kann, die entsprechend gute Voraussetzungen für die spätere berufliche Praxis und für die Universität entwickeln, sondern es hat auch vorher eine erhebliche Anreizwirkung für die Kinder. Es wird nämlich ein großer Anreiz sein, diesen Sprung zu schaffen, also Teil dieser Besten zu sein, was dann auch besondere Chancen im Leben ermöglicht. Für die Schulen ihrerseits, also die Gymnasien, die Stadtteilschulen – und die Privatschulen, nicht zu vergessen –, besteht ein ganz großer Anreiz, möglichst viele ihrer guten Schüler so zu qualifizieren, dass sie die Aufnahmeprüfung schaffen. Das wird ein Leistungsimpuls sein für die Schüler und für die Lehrer an diesen Schulen, und deshalb bitte ich Sie, dem Antrag der AfD-Fraktion zuzustimmen und ihn zunächst einmal an den Schulausschuss zu überweisen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Das Wort bekommt nun Frau Jürgens von der SPD-Fraktion.

**Hildegard Jürgens SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Schulausschuss und die Bürgerschaft haben sich mit der Begabtenförderung in der letzten Legislaturperiode ausführlich und intensiv beschäftigt, denn der Senat hat mit seinem Programm für Begabtenförderung eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen auf den Weg gebracht. Die schriftlichen Ausführungen beginnen mit einem Wort von Albert Einstein:

"Ich habe keine besondere Begabung, sondern bin nur leidenschaftlich neugierig."

Dieser Satz gilt für unser gesamtes Schulsystem und wird durch die Aussage einer Lehrerin, alle Kinder wollten gefördert werden, unterstrichen. Alle Beratungen und Begleitungen von Schulentwicklungsprozessen haben eine begabtgerechte inklusive Schule zum Ziel. So wurden an allen weiterführenden Schulen Funktionsstellen zur Begabtenförderung eingerichtet und besetzt. In der Lehreraus- und -fortbildung wurden Angebote zur Begabtenförderung fest implementiert. An vielen

Schulen in Hamburg werden bereits Konzepte zur Förderung umgesetzt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ziel ist es, die Begabtenförderung als feste Aufgabe verlässlich sicherzustellen. Die schuleigenen Oberstufen haben hinreichend Gestaltungsräume zur Förderung der leistungsstarken Schülerinnen und Schüler. Dabei verbleiben die Schülerinnen und Schüler in ihren sozialen Bezügen. Dies ist für ihre Persönlichkeitsförderung und soziale Entwicklung richtig.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Einrichtung Hamburger Leistungszentren an einigen Schulen wird von uns nicht als notwendig und sinnvoll erachtet. Leistungszentren würden die soziale Separation verstärken und Restklassen schaffen. Daher lehnen wir Ihren Antrag und die Überweisung an den Schulausschuss ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Nun bekommt Frau Prien von der CDU-Fraktion das Wort.

**Karin Prien CDU:\*** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Jürgens, jetzt bin ich aber echt baff. Es gibt viele Gründe, den Antrag der AfD abzulehnen, aber in Ihrer Rede war nun wirklich kein einziger dabei.

(Beifall bei der AfD – *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*: Allerdings! und Beifall)

Das würde nämlich voraussetzen, dass Sie differenzieren würden zwischen Hochbegabten einerseits und leistungsstarken Schülern andererseits, und um diese zweite Gruppe, nämlich die leistungsstarken Schüler, geht es heute. So habe ich jedenfalls Ihren Antrag verstanden, Herr Professor Kruse. Dass für diese leistungsstarken Schüler tatsächlich Handlungsbedarf besteht, darüber sind sich alle einig. Die Kultusministerkonferenz hat auch unter Beteiligung unseres Schulsenators im Juni dieses Jahres eine Förderstrategie für leistungsstarke Schüler beschlossen und – Sie kennen es bestimmt, Frau Jürgens – ein umfassendes Konzept vorgelegt, wie man sich künftig eine Förderung leistungsstarker Schüler vorstellen kann.

Warum ist das nötig geworden, meine Damen und Herren? Es ist deshalb nötig geworden, weil man nach den ersten PISA-Tests und den bildungspolitischen Konsequenzen, die man daraus gezogen hat, den Fokus sehr stark auf die leistungsschwachen Schüler ausgerichtet hat und eben nicht auf die leistungsstarken Schüler. Das hat dazu geführt, wie wir feststellen können, dass sich zwar der Bildungszugang aus sozial schwachen Schichten in den letzten 10 bis 15 Jahren erheblich verbessert hat und dass auch die leistungsschwachen Schü-

**(Karin Prien)**

ler deutlich besser geworden sind, auch in Hamburg, aber leider ist es eben so, dass wir bei den PISA- und vergleichbaren Testungen nach wie vor im Bereich der leistungsstarken Schüler so gut wie überhaupt keine Entwicklung haben. Das ist der Grund, warum es Sinn macht, über solche Förderstrategien zu sprechen, und wir auch mit eigenen Anträgen in der nächsten Zeit versuchen werden, eine Debatte darüber in Hamburg voranzubringen.

Ich denke nur, Herr Professor Kruse, erst im Alter von 15 oder 16 Jahren anzusetzen und nur an einzelnen Oberstufen, das ist wieder so eine Art von Schulstrukturdebatte, die wir eigentlich nicht brauchen. Wir müssen darüber sprechen, wie wir wirksam Kinder und Schülerinnen und Schüler während ihrer gesamten Lernbiografie entsprechend ihren besonderen Stärken und vor allem auch die leistungsstarken Kindern besser fördern. Dafür brauchen wir Lehrer, die das überhaupt erkennen und die diese Kinder dann auch tatsächlich entsprechend ihrer Begabung sehr früh fördern können. Wir brauchen so etwas, was man im Fachsprachgebrauch Enrichment-Programme nennt. Da müssen wir also schauen, was man diesen Schülerinnen und Schülern außerhalb des gewöhnlichen Unterrichts an zusätzlichen Aufgaben anbieten kann. Und dann muss man schauen, was man im Hinblick auf die individuelle Geschwindigkeit von Kindern machen kann. Es gibt Kinder, die gehören eben früher eingeschult als andere, und es gibt Kinder, die können eine Klasse überspringen, und dann kann man sicherlich auch darüber nachdenken, ob man an einzelnen Schulen einzelne Klassen – allerdings dann auch sehr viel früher – einrichtet, wo man Hochleistungsschüler vielleicht gemeinsam mit hochbegabten Schülern, aber auch mit anderen Schülern zusammen unterrichtet.

Es gibt da sehr viel zu tun, insofern bin ich für die Anregung schon dankbar, aber dieser Antrag hat einfach nicht genügend Substanz, um auf seiner Grundlage tatsächlich in eine notwendige – und das gestehe ich Ihnen gern zu – Debatte einsteigen zu können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Das Wort bekommt nun Frau Dr. von Berg von der GRÜNEN Fraktion.

**Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als ich den Antrag der AfD gelesen habe, habe ich gedacht, die Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion haben offensichtlich die schul- und bildungspolitischen Diskussionen der letzten Jahre und Jahrzehnte entweder nicht verfolgt, nicht verstanden oder einfach vergessen.

(*Dirk Nockemann AfD:* Wir sehen aber das Ergebnis, und das ist schrecklich!)

Offensichtlich haben Sie auch die PISA-Ergebnisse nicht gelesen oder nicht verstanden, ich weiß es nicht. Die Statistiken zur Bildungsgerechtigkeit und Bildungsbeteiligung haben Sie überhaupt vollständig ignoriert. Ich erinnere nur daran, wie hoch die Chance eines Arbeiterkindes vor 20 Jahren war, einmal auf ein Gymnasium zu gehen, Abitur zu machen und zu studieren. Da sind wir Gott sei Dank doch ein ganzes Stück weiter, und zwar aufgrund der Aufhebung der Dreigliedrigkeit. Vor allen Dingen, und das nehme ich Ihnen wirklich hier in Hamburg sehr übel, haben Sie offensichtlich die KESS- und LAU-Studien total ignoriert. Wir hatten vor zwei Wochen eine ganz ähnliche Debatte. Da ist deutlich geworden, dass die Bildungsbeteiligung in Hamburg gestiegen ist, die Bildungsgerechtigkeit gestiegen ist und gleichzeitig die Leistungsspitze, und das ist die, auf die Ihr Antrag zielt, sogar ausgeweitet wurde, meine Damen und Herren, denn der Hamburger Weg ist der richtige.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Ihr Antrag Wirklichkeit werden würde, dann hätten wir eine neue Dreigliedrigkeit. Wenn Ihr Antrag Wirklichkeit werden würde, dann hätten wir Restschulen. Wenn Ihr Antrag Wirklichkeit werden würde, dann müsste eine ganze Reihe Schülerinnen und Schüler ihr Gymnasium, weil das ein Leistungszentrum ist, nach der 10. Klasse verlassen, obwohl sie den Sprung in die Oberstufe geschafft haben. Meine Damen und Herren, wollen wir das für Hamburger Schülerinnen und Schüler? Ich will das jedenfalls nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei *Sabine Boeddinghaus DIE LINKE*)

Die Ziele guter Schulpolitik sind Bildungsgerechtigkeit und eine breite Bildungsbeteiligung, und ja, zu den Zielen gehört auch eine hohe Leistungsfähigkeit. Zu der bekennen auch wir GRÜNEN uns. Wir sind weit davon entfernt, immer in diese Kuschelpädagogikecke gestellt zu werden. Aber hohe Leistungsfähigkeit oder die Ausweitung der Leistungsspitze erreichen wir nicht, indem wir immer weiter differenzieren und Leistungszentren, Eliteschulen und so weiter bilden. Die erreichen wir, indem wir die innere Schulentwicklung vorantreiben und nicht weiter die äußere Schulentwicklung. Meine Damen und Herren, diesen Weg ist Hamburg schon vor vielen Jahren gegangen. Der Hamburger Weg ist der richtige, und deswegen lehnen wir den Antrag sowohl in der Überweisung als auch in der Sache ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Das Wort bekommt nun Frau Boeddinghaus von der Fraktion DIE LINKE.

**Sabine Boeddinghaus** DIE LINKE:\* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe AfD, Ihr Antrag zeigt deutlich, dass Sie keinen blassen Schimmer von Schul- und Bildungspolitik im 21. Jahrhundert haben und überhaupt keine Kenntnisse von der Hamburger Situation hier vor Ort.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Es reicht eigentlich schon, wenn man die ersten beiden Absätze Ihres Antrags liest, in denen Sie beklagen, dass durch eine höhere Bildungsbeteiligung und eine höhere Abiturquote das Gymnasium zur Regelschule geworden sei. Eigentlich müssten Sie doch ehrlicherwise sagen, Sie möchten das Gymnasium wieder zu einer Eliteschule machen. Dann sollten Sie einen entsprechenden Antrag stellen, dass Sie von vornherein Zugangsbeschränkungen fürs Gymnasium wollen. Dann haben wir hier eine veritable Debatte, das können wir haben, aber so durch die Hintertür zu versuchen, jetzt noch einen neuen Zweig zu eröffnen, ist unlauter und wird unserer Diskussion und den unterschiedlichen Schülerschaften und vielen Kulturen in Hamburg überhaupt nicht gerecht. Daher lehnen wir diesen Antrag entschieden ab.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Wir kritisieren hingegen, dass sogar noch viel mehr im Grunde die Chance auf einen hohen Bildungsabschluss, auf das Abitur, haben müssen. Der Bildungsbericht in Hamburg 2014 hat festgestellt, dass nur 39 Prozent der Jugendlichen aus einem sogenannten schwierigen sozialen Umfeld das Abitur erworben haben und 34 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Da müssen wir ansetzen, da müssen wir noch viel mehr Unterstützung und Förderung in den Schulen anbieten, damit die Bildungsgerechtigkeit und die gleichen Bildungschancen Wirklichkeit werden. Das ist im Grunde der Punkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Was ich wirklich noch einmal deutlich sagen möchte: Wir haben hier eine Jahrhundertreform in Hamburg, die Inklusion. Die Inklusion nimmt zu Recht die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Fokus. Da gibt es auch noch sehr viel zu tun, aber wenn man Inklusion zu Ende denkt und wenn man eine inklusive Schule wirklich entwickeln möchte, dann hat man alle Kinder im Blick, und dann sind das wirklich auch alle von den Hochbegabten über die Leistungsstarken und die ganz normal Lernenden, die auch andere Dinge im Kopf haben, bis hin zu den Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Und diese inklusive Schule entwickelt einen Unterricht, der all diese Kinder mit ihren Bedürfnissen, ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten im Blick hat. Aber das Schöne ist,

dass wir diese Schulen schon seit über 32 Jahren in Hamburg hatten. Das waren nämlich die 36 integrativ arbeitenden Schulen, und ich kann Ihnen versichern, dass gerade da auch die Kinder, die sehr schnell gelernt haben, zu ihrem Recht gekommen sind, und daher sollten wir auf diesem Weg weitermachen. Deswegen appelliere ich auch an den Senat, dass er hier anknüpft und die Inklusion wirklich so ausstattet, dass die Lehrerinnen und Lehrer die Rahmenbedingungen vorfinden an den Schulen und die Qualifikation haben, dass Inklusion im Sinne aller Kinder dann wirklich zu einem Erfolg führt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Nun bekommt Frau von Treuenfels von der FDP-Fraktion das Wort.

**Anna-Elisabeth von Treuenfels** FDP: Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schon fast alles gesagt, nur noch nicht von uns. Dem kann ich nur einiges hinzufügen. Mich wundert wirklich auch, dass die SPD sich plötzlich zur Hochbegabtenförderung bekennt. Da musste man sie ziemlich lange, wie jeder hier im Saal weiß, zum Jagen tragen. Das haben wir immerhin mit den GRÜNEN zusammen damals sehr gut durchgebracht. Bis Sie da einsichtsfähig waren, das hat Monate gedauert, und umgesetzt ist wirklich nur die Hälfte von dem, was Sie hier erzählt haben. Dass wir nicht über Hochbegabung reden, sondern über Leistung und leistungsstarke Kinder, zeigt deutlich, dass Sie das Thema Hochbegabung eigentlich immer noch nicht ganz verstanden haben, aber das soll gerade nicht das Thema sein. Dass Sie die Leistungselite wieder fördern wollen, da rennen Sie bei allen offenen Türen ein. Der eine nennt es so, der andere nennt es inklusive Beschulung für alle, denn die wollen eigentlich auch alle fördern.

Wir sind der Auffassung, dass es sehr wichtig ist, dass das Hamburger Niveau nicht weiter nach unten nivelliert wird. Wir haben dazu auch schon Vorschläge gemacht, wechselweise immer mal wieder mit der CDU. Wir würden da gern innerhalb des Schulsystems etwas ändern, aber Sie wollen wieder so eine Art Strukturreform anstoßen, und davon hat Hamburg wirklich unter Schwarz-Grün und vielleicht unter der SPD – na ja, das kann man der SPD nun gerade mal nicht vorwerfen – schon zu viel gehabt. Das dürfen wir auch nicht wieder tun mit den Schulen, die haben nämlich echt genug andere Sorgen, als irgendwelche Leistungszentren zu entwickeln. Professor Kruse, selbst wenn die Idee, die Leistung wieder zu fördern, eine gute ist, finde ich Ihren Antrag ein bisschen erstaunlich aufgebaut, weil ich überhaupt nicht verstanden habe, wie Sie das wirklich einrichten wollen. Wenn wir das jetzt im Schulausschuss hätten, wäre mir die Idee auch viel zu unkonkret. Das ist das Erste.

**(Anna-Elisabeth von Treuenfels)**

Frau von Berg, ich finde auch Ihre Rolle irgendwie erstaunlich, dass Sie plötzlich die Hamburger Bildungsgerechtigkeit und das Hamburger Schulsystem derart loben. In diesem halben Jahr, das Sie nun dabei sind, kann sich nicht so viel geändert haben. Früher haben Sie sehr viel kritisiert, heute finden Sie alles toll.

Es ist wie immer, jeder spricht nach seiner Fassung. Für uns ist wichtig, dass sich das Niveau wieder ändern muss, es muss angehoben werden. Dafür müssen wir die Bildungspläne ändern, dafür müssen wir die Begabtenförderung stärken; und es müssen natürlich konkrete Forderungen wie Rechtschreibung und ähnliche Dinge, die wir schon ewig fordern, wieder vorangebracht werden. Wir müssen nämlich von der Grundschule an beginnen und nicht erst oben im Gymnasium. Das sehe ich auch so. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Meine Damen und Herren! Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 21/1606 in der Neufassung an den Schulausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisung abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache.

Wer möchte sich dem AfD-Antrag anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 47, Drucksache 21/1621, Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN: Zügig Erstaufnahmeeinrichtungen und Folgeunterkünfte für Flüchtlinge schaffen.

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:  
Zügig Erstaufnahmeeinrichtungen und Folgeunterkünfte für Flüchtlinge schaffen  
– Drs 21/1621 –]**

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:  
Gesetz zur Sicherung der Flüchtlingsunterbringung in Einrichtungen  
– Drs 21/1753 –]**

Hierzu liegt Ihnen ein als Drucksache 21/1753 ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN vor.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Dr. Dressel von der SPD-Fraktion, Sie bekommen es.

**Dr. Andreas Dressel SPD:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben einen Ausgangsantrag und einen Zusatzantrag. Der Ausgangsantrag ist und bleibt richtig, weil es jetzt auch darum geht, was ein Nein bedeutet. Wenn man dort hineinschaut, sieht man nämlich – und daran können wir noch gemeinsam auf Bundesebene arbeiten –, dass all die Regelungen zur Änderung des Baugesetzbuchs nun auch so erfolgen müssen, dass uns eine zweite Situation wie die an der Sophienterrasse erspart bleibt.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Da können Sie als CDU mithelfen, machen Sie das bitte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich komme zu dem Zusatzantrag. Ich beginne mit dem Dank an die Opposition, dass es gelungen ist, in der Verabredung zu erreichen, gestern Abend eine Sondersitzung des Innenausschusses stattfinden zu lassen. Allerdings muss ich sagen, dass dies erst einmal alles ist, was ich im Bereich Lob für die Opposition an diesem Punkt sagen kann.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Ja, das war's dann auch!)

Ansonsten haben Sie nämlich bei diesem Thema nur Verzögerung, Verunsicherung und ein falsches Verstehen dieses Gesetzentwurfs im Kopf. Und das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Katja Suding FDP: Verzögern? Wenn der Antrag erst so kurzfristig vorliegt!)

Deshalb war es auch richtig – was in der Tat ein ungewöhnliches Vorgehen ist, das es im Bundestag jedoch regelmäßig gibt –, dass es parallel einen Gesetzentwurf der Regierung, des Senats, gibt und einen Entwurf der Regierungsfaktionen. Wenn wir das einfach weiterspinnen: Gestern haben Sie eine öffentliche Anhörung beantragt ...

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Die ihr abgelehnt habt!)

– Weil wir der Meinung waren, dass die Fragen beantwortet sind nach einer mehrstündigen Sitzung. Deshalb war gestern auch keine Anhörung nötig und auch nicht mehr möglich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuerufe von der CDU und der FDP)

Ich spinne das weiter aus. Es muss eine Anhörung terminiert werden, sie muss ausgewertet werden und so weiter. Und ich habe eben bei den Flüchtlingsdebatten gehört, dass es draußen kalt wird. Ich glaube, das haben auch die Oppositionsfraktionen von CDU und FDP gesagt. Eben weil es kalt wird draußen, dürfen wir bei diesem Gesetz keinen Tag mehr verlieren.

**(Dr. Andreas Dressel)**

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und die Zurufe der FDP höre ich wohl, aber nach der Rede von Frau Dutschke vorhin muss man einfach sagen, dass die FDP sich aus der Flüchtlingsdebatte und ihrer Verantwortung dafür in dieser Stadt verabschiedet hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von *Jennyfer Dutschke FDP*)

Ich wende mich an die CDU.

(Zuruf von *Joachim Lenders CDU*)

– Herr Lenders weiß jetzt schon, was kommt.

Wir sind zusammen in einer Großen Koalition. Und ich glaube, dass es in dieser Zeit, in der eine solche ...

(Zuruf aus dem Plenum)

– Nein, mit der FDP nicht, sondern mit der CDU.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*: Gott sei Dank nicht!)

– Gott sei Dank? Ich glaube, Sie sind Gott sei Dank von der Regierungsverantwortung komplett abgeschnitten, und so reden Sie auch.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Noch einmal zur CDU. Wir sind gemeinsam in einer Koalition in Berlin. Es ist auch unsere gemeinsame Bundeskanzlerin.

(*Joachim Lenders CDU*: Und einen Vizekanzler!)

– Ja, wir haben einen Vizekanzler, richtig, und einen wunderbaren Außenminister.

Ich sage völlig ohne Unterton und irgendeine Seitenbemerkung, dass ich das Verhalten der Bundeskanzlerin, auch in den letzten Wochen, zur Frage der Öffnung der Grenze wegen des Flüchtlingsstroms aus Ungarn, auch ihre Äußerung, dass man sich nicht entschuldigen muss, wenn man in einer solchen Situation noch ein freundliches Gesicht macht, sehr ordentlich und anständig fand. Das war moralisch richtig.

(Beifall bei der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Aber das hat Konsequenzen. Das hat auch Konsequenzen für Sie, und das haben Sie offenbar noch nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Man trägt nämlich auf Bundesebene für die Rahmenbedingungen an dieser Stelle, die natürlich auch Folgen haben für die Länder und Kommunen, Mitverantwortung. Dass sich dann hier so billig vom Acker gemacht wird, ist wirklich unanständig, und auch das, was teilweise von Ihnen zu hören ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Worum geht es bei diesem Gesetz? Ich finde, in diesem Zusammenhang lohnt es sich, einmal in unser Grundgesetz zu schauen. Darin steht, dass Eigentum verpflichte und sein Gebrauch zugleich zum Wohle der Allgemeinheit dienen solle. Das steht in Artikel 14 Grundgesetz.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh nee, da kann man doch nicht klatschen!)

Das haben unsere Verfassungsväter aus gutem Grund hineingeschrieben. Es stehen dort noch andere Grundrechte, nämlich das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Menschenwürde. Und das ist doch etwas, was man in diesem Zusammenhang zu einer vernünftigen Abwägung bringen muss. Das Grundrecht auf Eigentum ist nicht schrankenlos gewährleistet, man muss vernünftig abwägen, und das ist mit diesem Gesetzentwurf gelungen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt kommt wieder eine Sache, die sich vor allem an die CDU richtet. Man muss sich die Frage stellen – es sei denn, wir schaffen es jetzt, 100 Traglufthallen zu errichten, das werden wir dann im Sozialausschuss sehen, deswegen haben wir das auch gerade überwiesen –, ob wir lieber Sporthallen nehmen wollen, in denen Sportvereine ihre Arbeit leisten, in denen Schulsport stattfindet, oder leere Lagerhallen? Da muss ich nicht lange nachdenken.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*: Sie wissen nicht, wovon Sie reden!)

Wenn Sie sich einmal ein wenig in der kommunalen Familie in Deutschland umschauen würden, wüssten Sie das auch. Sehr viele Bürgermeister oder Dezernenten in sehr vielen Flächenländern sagen nämlich, dass sie es nur noch sehr schwer ohne Sporthallen schaffen würden und beispielsweise Sportvereinen sagen müssten, dass sie eine Halle in Anspruch nehmen müssten. Wenn es darum geht, Integration zu fördern – darüber haben wir vorhin gesprochen, und wir wissen alle, dass Sport ein sehr entscheidender Integrationsmotor ist –, so ist dies doch absolut falsch. Deswegen müssen wir alles dafür tun, dass Sporthallen nicht in Anspruch genommen werden, sondern beispielsweise leer stehende Lagerhallen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Glocke)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Warnholz?

**Dr. Andreas Dressel SPD**:\* Ja.

**Zwischenfrage von Karl-Heinz Warnholz CDU:** Herr Dressel, Sie wissen, dass ich Sie sehr schätze.

**Dr. Andreas Dressel SPD:**\* Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Karl-Heinz Warnholz CDU:** Aber was Sie heute hier und gestern im Innenausschuss abgeliefert haben, ist parlamentarisch unwürdig. Und jetzt beantworten Sie mir bitte folgende Frage: Sind die Dinge, die Sie gestern kurzfristig in der Sondersitzung anberaumt haben, nicht ein wesentlicher Eingriff in unser Grundgesetz? Wir haben nichts anderes gewollt, als neben der Sondersitzung eine öffentliche Anhörung zu veranstalten, weil Ihr Vorhaben eine sehr, sehr große Tragweite hat.

**Dr. Andreas Dressel SPD:**\* Ja, richtig.

**Karl-Heinz Warnholz CDU:** Und das haben Sie uns verwehrt. Nur das Minderheitenrecht hat uns dahingehend geschützt, dass wir eine neue Sitzung bekommen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der AfD)

**Dr. Andreas Dressel SPD (fortfahrend):**\* Ja, das ist völlig in Ordnung. Das hat niemand in Abrede gestellt. Ich habe eben gesagt, dass das eine Sache ist, die hier niemandem leichtfällt, dass man nämlich Grundrechte gegeneinander abwägen muss. Das hat niemand bestritten, das habe ich gesagt. Ich sage aber ganz klar für die antragstellenden Fraktionen: Die körperliche Unversehrtheit und die Menschenwürde sind uns an dieser Stelle wichtiger. Das ist eine richtige Abwägung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht darum, Massenobdachlosigkeit im Winter zu verhindern. Das ist unsere gemeinsame, moralische Pflicht. Dafür wollen wir ein maßgeschneidertes Instrumentarium haben. Es ist gestern sehr deutlich vom Ablauf her erläutert worden. Es ist doch nicht einfach so, dass eine Behörde kommt und sagt, ein bestimmtes Gebäude werde jetzt enteignet. Das wurde nämlich teilweise bei der Kritik geäußert. Es geht hier nicht um Enteignung – es lohnt sich, einmal in das Gesetz hineinzuschauen –, sondern um eine befristete Sicherstellung und darum, dass dies ordentlich entschädigt wird. Niemandem wird sein Eigentum weggenommen, behaupten Sie nicht so etwas Falsches.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht erst einmal darum, dass die Behörde – und das passiert schon seit geraumer Zeit – auf die Eigentümer von beispielsweise leer stehenden Lagerhallen zugeht, meistens über einen Makler,

und fragt, ob eine Unterbringung von Flüchtlingen vorstellbar sei. Meistens kommt man über den Makler an den Eigentümer. Es gibt aber auch Fälle, in denen die Bereitschaft nicht so groß ist, ebenso gibt es aber auch Fälle von Bereitschaft.

Es muss erwähnt werden, und das hat der Senator gestern auch gesagt, dass beispielsweise ein Eigentümer in Rahlstedt, Globetrotter, in sehr vorbildlicher Weise einen Vertrag mit der Stadt abgeschlossen und sogar mitgeholfen hat, die in dem Gebäude gelagerten Geräte hinauszuschaffen, so dass Flüchtlinge einziehen können. Das ist ein herausragendes, bürgerschaftliches Engagement von der Eigentümerseite. So wünschen wir uns das.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber es geht um das, was man macht, wenn jemand das ablehnt. Er ist vielleicht der Meinung, wenn dort zwischenzeitlich Flüchtlinge wohnen, das Gebäude später nicht verkaufen zu können, was auch immer dann an Argumenten fällt. An dieser Stelle geht es doch darum, ein vernünftiges, abgewogenes Instrumentarium zu haben. Das haben wir mit diesem Gesetz veranlasst, in dem es um die Sicherstellung, nicht die Enteignung geht. Das hat der Senator gestern ausgeführt. Es geht nicht darum, eine irgendwie geartete Mini-Entschädigung zu zahlen, wofür sich später vielleicht noch der Finanzsenator bedankt. Es geht stattdessen natürlich darum, dass es eine Entschädigung gibt, die im Rahmen der ortsüblichen Mieten geleistet wird. Insofern entsteht den Eigentümern hier kein Nachteil. Wir haben es befristet. Wir haben es, und das ist das Add-on, das wir in den Antrag mit eingebaut haben, mit einem Begleitpetitum versehen, weil wir genau wissen – da bin ich ganz bei Karl-Heinz Warnholz –, dass das ein einschneidendes Instrument ist beziehungsweise sein kann. Und deshalb wollen wir das als Bürgerschaft auch in der Anwendungspraxis intensiv begleiten. Weil wir uns der Verantwortung bewusst sind, wollen wir sehr dicht an diesen Entscheidungen bleiben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Glocke)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Gladiator?

**Dr. Andreas Dressel SPD:**\* Ja, gern.

**Dennis Gladiator CDU:** Herr Dr. Dressel, stimmen Sie mir zu, dass das SOG bereits die Möglichkeit vorsieht, bei solchen Sonderfällen und Ausnahmen eine solche Beschlagnahme vorzunehmen? Und dass gestern ausgeführt wurde, dass Ihnen das zu kompliziert in der Begründung sei und Sie deshalb dieses Gesetz wollen, das es Ihnen erleichtert, so

**(Dennis Gladiator)**

etwas vorzunehmen? Habe ich das gestern richtig verstanden?

Die zweite Frage, Sie haben es eben angesprochen: Kennen Sie mittlerweile die Zahlen, in wie vielen Fällen versucht wurde, einen Mietvertrag abzuschließen, und dies nicht funktioniert hat? Der Senator konnte gestern nichts dazu sagen. Vielleicht können Sie das heute mit besserem Wissen nachsteuern.

*(Jörg Hamann CDU: Das wäre interessant!)*

**Dr. Andreas Dressel** SPD (fortfahrend):\* Vielen Dank für die Fragen. Ich fange mit der letzten an. Ich will überhaupt nichts über Schriftliche Kleine Anfragen sagen, damit das gleich klargestellt ist. Aber wenn Sie die vielen Schriftlichen Kleinen Anfragen sehen, die Sie wahlkreisbezogen stellen, was wie wo wann geprüft wurde, die Antworten auch alle lesen würden,

*(Dennis Thering CDU: Es gibt ja keine Antworten!)*

dann würden Sie sehen, dass schon viel geprüft wurde.

*(André Trepoll CDU: Eine Zahl! – Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Sagen Sie eine Zahl! – Gegenruf von Ksenija Bekeris SPD: Sie müssen sich auch mal etwas anhören!)*

Wenn wir uns einmal insgesamt diese Meterware anschauen, so sehen wir, dass all diese Sachen angefragt und geprüft wurden. Und es gab eine Rückmeldung dazu, auch über die Schriftlichen Kleinen Anfragen. Insofern denke ich, ist dieser Punkt schon einigermaßen abgearbeitet.

*(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Michael Kruse FDP: Also, Sie wissen es nicht!)*

Ich komme zu einem sehr wichtigen Punkt. In dieser Situation, in dieser Notlage, ist es mir, ehrlich gesagt, wichtiger, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Akquise dieser Flächen nicht bei jeder Einzelfläche 5 000 Seiten Anhang dazu schreiben, nämlich welche Flächen sie überall in Hamburg schon geprüft haben, welche sie noch prüfen werden und warum jetzt genau diese Fläche exakt die richtige ist und wer da hineinkommt. Sie wissen, dass man, wenn man das jetzige Gesetzes-Instrumentarium nutzt, fast schon spezifisch sagen muss, wer im Einzelnen da hineinkommt. Wenn es darum geht, Massenobdachlosigkeit zu vermeiden, ist das einfach kein geeignetes Instrumentarium. Wir brauchen schnell große Flächen, und das schaffen wir nur mit diesem neuen Instrumentarium.

*(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)*

Dann gab es die Frage, ich glaube, von der FDP, ob das mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Die Justizbehörde hat dies gestern noch einmal klarge-

stellt, und sie hat es – da bin ich völlig sicher, und das hat sie gestern auch gesagt – sehr ausführlich geprüft. Es ist kein Grundrechtsverstoß gegeben. Und die Justizbehörde hat gestern noch einmal sehr eindeutig dargelegt, das ist die nächste wichtige Frage, dass es hier nicht darum geht, private Wohnungen in Anspruch zu nehmen. Das muss deutlich klargestellt werden.

*(Michael Kruse FDP: Schließen Sie es doch aus!)*

Man muss wirklich aufpassen, mit solchen Halbwahrheiten nicht die Stadt zu verunsichern.

*(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)*

Wir haben es sowohl im Vortext dargelegt als auch in der Begründung.

*(Michael Kruse FDP: Es wird aber nicht beschlossen!)*

– Wenn Sie hineinschauen in die Drucksache, sehen Sie, dass dort steht "Die Bürgerschaft möge beschließen", dann folgt das Gesetz und dann die Begründung.

Die Begründung ist Teil des Beschlusses. Sie bildet den gesetzgeberischen Willen ab, zu dem wir am Ende in der Abstimmung auch kommen werden. Das ist also Teil der Anwendung dieses Gesetzes. Sie können ganz sicher sein, dass es hier nicht über die Begründung hinausgeht.

*(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)*

Wir haben es gestern sehr konkret am Einzelfall besprochen. Noch einmal: Worum geht es? Sehen Sie auf den Gesetzestitel, da steht, dass es um die Unterbringung in Einrichtungen geht. Dann geht es um Massenobdachlosigkeit. Ich möchte Ihren Blick auf die Seite 8 der Begründung lenken, da steht beispielsweise:

"Zur effektiven Gefahrenabwehr ist es zweckmäßig und erforderlich, vorrangig große Immobilien für die schnelle Unterbringung einer Vielzahl von Menschen sicherzustellen. Eine Unterbringung einer großen Zahl von Flüchtlingen in Klein- oder Kleinstunterkünften ist nicht möglich. Eine solche kleinteilige Unterbringung ist nicht geeignet, die große Zahl zusätzlich nach Hamburg kommender Menschen innerhalb der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit vor Obdachlosigkeit zu bewahren."

Das ist doch genau der Punkt. Beispielsweise eine Oma – ich will jetzt nicht Oma Müller sagen, das war gestern schon im Ausschuss – Meier irgendwo in Bergedorf hat eine leer stehende Altenteilerwohnung, die sie vielleicht im nächsten Frühjahr nutzen will. Hier den Eindruck zu erwecken, sie müsse jetzt Sorge haben, dass plötzlich die Stadt kommt und die Wohnung haben will,

**(Dr. Andreas Dressel)**

(Zurufe von *Thilo Kleibauer CDU* und *Dennis Thering CDU*: Hat sie aber!)

ist falsch. So verunsichert man die Menschen, denn genau das geht mit diesem Gesetz nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nochmals zur Klarstellung: Mit der Einliegerwohnung, 35 Quadratmeter groß, von Oma Meier in Bergedorf, kann man keine Massenobdachlosigkeit bekämpfen. Das, denke ich, sollte nach der Diskussion auch bei Ihnen angekommen sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und FDP)

Warum steht das da? Da hätten Sie gestern in der Sitzung zuhören müssen. Die Justizstaatsrätin hat dies sehr überzeugend ausgeführt. Nehmen wir noch einmal das Gewerbeflächenbeispiel. Es gibt beispielsweise neben einer Lagerhalle noch eine Hausmeisterwohnung.

(*Joachim Lenders CDU*: Genau!)

– Herr Lenders, eine leer stehende Hausmeisterwohnung. Der Hausmeister wird nicht aus der Wohnung verscheucht, sondern es geht um eine leer stehende Hausmeisterwohnung.

Wenn man klar ins Gesetz hineinschreibt, man würde gar keine Wohnungen beanspruchen, dann würde das dazu führen, dass man die gesamte Fläche nicht nehmen könnte. Das wäre doch einigermaßen absurd.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb, denke ich, ist es ein richtiges Instrumentarium, das wir schaffen.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*: Wegen der Hausmeisterwohnung, jetzt haben wir es begriffen!)

Es ist aus meiner Sicht Gefahr im Verzug, und deshalb ist es richtig, dass wir heute zu einem Beschluss in erster Lesung kommen. Sie können sich gleich noch äußern. Und wenn Sie die zweite Lesung heute verweigern, gibt es auch dafür rechtmäßige Möglichkeiten, trotzdem zu einem Beschluss in der Doppelsitzung zu kommen. Das werden wir dann morgen in zweiter Lesung beschließen.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh, oh!)

– Es fiel vorhin der Satz, es wird kalt. Das sollte Ihnen eigentlich zu denken geben, ob Sie dafür sein wollen, den Beschluss noch weitere Wochen aufzuschieben. Das müssen Sie sich an der Stelle selbst einmal fragen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *André Trepoll CDU*: Ist Ihnen das jetzt auch aufgefallen, dass es kalt wird!)

Wer Nein sagt, muss die Alternativen benennen. Das Thema Traglufthallen überweisen wir jetzt an den Ausschuss und schauen es uns an. Weiterhin gilt auch die Zusage, die wir gestern wiederholt haben, wenn es Vorschläge gibt ...

(*André Trepoll CDU*: Wollen Sie das Gesetz anwenden?)

– Dazu komme ich gleich, das ist der Schluss meiner Rede, lieber Kollege Trepoll.

Wenn Sie weitere Vorschläge haben, her damit, wir schauen sie uns an. Es ist in der Tat ein bisschen absurd anzunehmen, dass Behörden es sich in der jetzigen Notsituation leisten könnten, geeignete Vorschläge einfach nicht anzuschauen.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*: Das wundert uns auch!)

Das ist komplett absurd.

(Beifall bei *Ekkehard Wysocki SPD*)

Wir sind sehr dringend auf der Suche nach Unterkünften, insofern ist doch dieser Vorwurf einfach absurd.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich komme noch einmal auf den Einwurf zurück. In der Tat, es wäre das Beste, wenn es am Schluss gelingt, dass in diesen Gesprächen mit den Eigentümern, die einverstanden sind, so wie der Eigentümer in Rahlstedt, Globetrotter ...

(*Karl-Heinz Warnholz CDU*: Der hat doch pleite gemacht, das weiß doch jeder!)

– Das können wir gern noch einmal separat erörtern.

Wenn der Weg frei gemacht wird zu einem ordentlichen Vertrag und der Eigentümer mithelfen will, so wird niemand als Eigentümer einen Nachteil erleiden. Aber wenn es die Bereitschaft nicht gibt, muss die Stadt notfalls handlungsfähig sein. Das wird sie mit diesem Gesetz sein, und deshalb bitte ich um Zustimmung. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg**: Vielen Dank, Herr Dr. Dressel. – Das Wort hat Herr Trepoll von der CDU-Fraktion.

**André Trepoll CDU**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Dressel, ich möchte anfangs etwas Grundsätzliches sagen, weil mich eine Sache enorm stört. Sie haben die Vorwürfe wiederholt erhoben, und Herr Neumann heute noch einmal in der Aktuellen Stunde. Die Art und Weise, wie Sie argumentieren, dass die Taten der Bundeskanzlerin Sie hier zum Handeln zwingen, ist für

**(André Trepoll)**

mich eine absolute Unverschämtheit und überhaupt nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Wahrheit ist doch, dass die Menschen sowieso gekommen wären, vielleicht eine oder zwei Wochen später. Aber die Alternative, sie dort auf den Autobahnen Richtung Deutschland ziehen zu lassen mit Kindern und Kranken, kann es doch nicht sein. Deshalb hat die Kanzlerin richtig gehandelt.

(Beifall bei der CDU, der FDP und vereinzelt bei der SPD – *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Ja, vielen Dank! und Beifall)

Hamburg ist in der Frage der Flüchtlingsunterbringung schlecht aufgestellt, und dafür tragen Sie, Herr Bürgermeister Scholz, zuallererst die Verantwortung. Ich frage mich, wann Sie zu dieser großen Herausforderung, die Hamburg seit Langem zu bewältigen hat, endlich einmal Stellung im Parlament beziehen wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wie kann es denn sein, dass Sie bei einem Thema, das die Menschen momentan am stärksten bewegt, seit Monaten völlig abtauchen?

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Stimmt doch gar nicht!)

Wenn man von ein paar warmen Worten von Ihnen auf dem SPD-Parteitag absieht, so wartet die Hamburger Bürgerschaft auf Ihre Regierungserklärung bislang vergeblich. Weder zu den immensen Mehrkosten für die Flüchtlingshilfe noch zum Senatsplan, jetzt Privatgebäude in Hamburg beschlagnahmen zu wollen, haben Sie sich selbst mit irgendeiner Silbe erklärt. Ich sage deutlich: So geht es nicht, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei *Dr. Jörn Kruse AfD*)

Bei allen Schwierigkeiten, die es ohne Zweifel gibt, tritt unsere Kanzlerin in der Frage deutlich couragierter und verantwortungsvoller auf als Sie.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Was Hamburg in der aktuellen Lage bestimmt nicht gebrauchen kann, ist ein Schön-Wetter-Bürgermeister, der kneift, wenn es eng wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Reden ist das eine, das Handeln das andere, und deshalb lohnt es sich schon, einen Blick auf die Chronologie der Überforderungen und der Fehler der SPD in dieser Flüchtlingsfrage zu werfen, die uns am Ende zu diesem Gesetzentwurf bringen. Bis zur Wahl ist in der Frage erst einmal so gut wie gar nichts passiert. Flächenvorschläge aus den Bezirken wurden weitgehend ignoriert und nicht geprüft. Einzig die Unterbringung in der Sophienterrasse musste als vermeintliches Gerech-

tigkeitssymbol von Ihnen herhalten. Statt das bestehende Baurecht zu beachten, wollten Sie, Herr Scholz, und die SPD lieber mit dem Kopf durch die Wand. Nach der Wahl ging es dann los, aber der Zuständigkeits-Wirrwarr zwischen Innen- und Sozialbehörde bei der Prüfung geeigneter Unterbringungsflächen blieb unverändert, trotz unserer deutlichen Kritik daran. Ein großer Fehler.

Herr Dr. Dressel, ich will Ihnen ausdrücklich sagen: Ich bekomme täglich E-Mails mit der Antwort aus den Behörden, in denen steht, dass sie aus Kapazitätsgründen den jeweils privaten Vorschlag zur Unterbringung nicht prüfen könnten. Das bekommen die Menschen als Antwort von Ihren Senatoren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren! Auch beim Zeltlager in Jenfeld haben Sie Fehler gemacht, die Sie auch eingeräumt haben. Aber wenn der Fehler zur Methode wird, sind es nicht mehr Einzelfälle, sondern dann sind Sie insgesamt überfordert.

Was passierte beispielsweise bei der Sophienterrasse? Hier setzte der Bürgermeister auf Konfrontation, statt nach einer geeigneten Lösung zu suchen. Und irgendwann ist Ihnen dann, Herr Scholz, die Hutschnur geplatzt und Sie haben Ihre Senatoren für Inneres und Justiz angewiesen, dieses Gesetz zu verfassen, über das wir heute sprechen. Es war übrigens die CDU-Bürgerschaftsfraktion, mein Fraktionskollege Max Westenberger, der die Gesprächspartner an der Sophienterrasse wieder an einen Tisch gebracht hat. Er hat das gemacht, was eigentlich Ihr Job wäre.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Er hat zugehört, er hat vermittelt und damit am Ende die Unterbringung von Flüchtlingen ermöglicht. Herr Bürgermeister, Sie sollten sich ein Beispiel an ihm nehmen, Lösungen und Konsens statt destruktiver Konfrontation muss das Motto in der Flüchtlingsfrage sein, um die Offenheit und Akzeptanz der Bürger zu erhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich komme zu guter Letzt zum jüngsten Ereignis, dem Auszug der Flüchtlinge aus den Messehallen, der seit Monaten feststand, wir haben darüber gesprochen. Es herrschte dort das blanke Chaos, und das ist beispielhaft für die Überforderung des rot-grünen Senats. Niemand erwartet in der aktuellen Situation, dass die üblichen Unterkunftsstandards eingehalten und erfüllt werden. Aber wie kann es denn sein, dass dort Betten fehlen, sanitäre Einrichtungen nicht benutzbar sind oder auch, wie beim Quartier am Aschenland, das Sie auch überstürzt eingerichtet haben, die Kinder sich die Hände in den Pfützen waschen müssen, weil keine sanitären Einrichtungen vorhanden sind. Das ist

**(André Trepoll)**

die Wahrheit, das sind die Probleme, und die müssen Sie sich auch anhören.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ihr dauerndes Gerede über die Verantwortung der Opposition und darüber, dass bei dieser Frage alle zusammenstehen müssten, können Sie sich sparen. Ganze viereinhalb Tage Beratungszeit haben Sie der Opposition für dieses weitreichende Gesetz zur Sicherstellung privaten Eigentums zur Verfügung gestellt. Und dann wenden Sie auch noch einen Geschäftsordnungs-Trick an, um den Gesetzentwurf auf die Tagesordnung zu hieven und kurzfristig durch das Parlament zu bringen. Ähnliches war auch schon bei der Finanzierung der Flüchtlingsmehrkosten der Fall. Dieser Antrag, den Sie als Platzhalter eingebracht haben, zeigt doch, dass Sie schon zwei Wochen im Voraus wussten, was auf uns zukommt.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

So setzen Sie uns unter Druck, so versuchen Sie, uns mundtot zu machen, aber das lassen wir nicht mit uns machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Es wird bald kalt!)

Vorab einmal das Gespräch mit der Opposition zu suchen versuchen Sie gar nicht erst.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wieso? Wir haben doch ...!)

Ich glaube, dass wir etwas anderes darunter verstehen, wenn man uns sagt, dass man uns mitnehmen und beteiligen will. Das geht so nicht. Auch hier können Sie sich bei unserer Kanzlerin eine Scheibe abschneiden, wie sie es zuletzt beim Asylkompromiss wieder gezeigt hat.

Nun zu Ihrem Einschüchterungsgesetz. In Ihrem Gesetzentwurf wird die Beschlagnahmung von privatem Wohnraum entgegen aller Dementis explizit nicht ausgeschlossen, Herr Dr. Dressel. Die geplante Beschlagnahmung privater Grundstücke und Gebäude ist ein massiver Eingriff in die Eigentumsrechte der Hamburger. Das steht fest, es ist ein völlig unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte der Bürger. Dieses Gesetz öffnet dem Staat Tür und Tor für den Zugriff auf das Privateigentum, das ist die Wahrheit. Und bevor man zu dieser Ultima Ratio greift, ist eine Regierung aus meiner Sicht verpflichtet, uns Auskunft darüber zu geben, wieso ein solch weitreichender Schritt alternativlos ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Glocke)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Müller?

**André Trepoll** CDU: Ja, bitte.

**Zwischenfrage von Doris Müller** SPD:\* Herr Trepoll, ich bin ein bisschen irritiert, weil ich Sie bei den Ausschüssen, in denen es um das Thema Flüchtlinge ging, eigentlich so gut wie nie gesehen habe. Ich möchte Sie fragen, ob Sie nicht in Ihrer Fraktion informiert werden über das, was dort besprochen wird, ganz besonders über die letzte Sitzung, die gestern stattgefunden hat.

(Zurufe von der CDU)

**André Trepoll** CDU (fortfahrend): Frau Müller, es ist natürlich bezeichnend, dass Sie uns drei Tage vorher diktieren, wann die Ausschusssitzungen stattfinden sollen, und sich dann darüber beschweren, wenn ich nicht dabei bin.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Kollegen waren da, wir haben heute Morgen ausführlich darüber gesprochen. Dass wir in den Fraktionen arbeitsteilig arbeiten, sollte Ihnen mittlerweile auch schon bekannt sein.

(Beifall bei der CDU – *Dennis Gladiator CDU*: Wo ist der Bürgermeister gerade?)

Das heißt, wir wollen Auskunft darüber, ob bereits alle Flächen und Gebäude, die sich in öffentlicher Hand befinden, geprüft worden sind. Und wenn ja, mit welchem Ergebnis? Keine Antwort im Ausschuss. Warum gibt es trotz der von Ihnen dargestellten großen Not bisher in diesem Jahr gerade einmal fünf zusätzliche Mitarbeiter, die sich um die Unterbringungsflächen kümmern? Beantworten Sie uns diese Frage. Gibt es keine weiteren geeigneten Flächenvorschläge aus den Bezirken oder von privater Hand? Wir bekommen diese E-Mails, diese Hinweise. Wie viele private Anbieter haben denn bisher Anfragen der Stadt abgelehnt? Auch die Frage müssen Sie doch beantworten, wenn Sie so ein Gesetz vorlegen.

Das alles haben Sie nicht getan, und deshalb bleiben unsere berechtigten Zweifel auch bestehen. Gerade in den vergangenen Tagen haben wir noch einmal vermehrt Hinweise bekommen, nachdem es öffentlich diskutiert wurde. Auch gestern haben wir darüber gesprochen. Wir waren mit den Fraktionsvorsitzenden bei der SCHURA, die vorgeschlagen hat, Frau Suding, ein Ausbildungszentrum für die Unterbringung zu nutzen. Auch sie haben in einer kurzen E-Mail einen Ablehnungsbescheid bekommen, man brauche das nicht. Zwei Wochen sind vergangen, Herr Dr. Dressel, und bisher ist das noch immer nicht geprüft. Ein besseres Beispiel kann es dafür doch gar nicht geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb bleibe ich dabei zu sagen, dass Bürgermeister Scholz das erste Mal in seiner Amtszeit vor einer wirklichen Krise, vor einer Herausforderung steht, der er als vermeintlicher Macher nicht gerecht wird. Herr Bürgermeister, wir erwarten von

**(André Trepoll)**

Ihnen, dass Sie endlich von Ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch machen und den Kompetenzwirrwarr und das Zuständigkeitschaos bei den Behörden hinsichtlich der Flüchtlingsunterbringung sofort beenden. Wir brauchen eine Zuständigkeit für die Erstaufnahme und Folgeunterbringung. Es reicht nicht aus, wenn Sie die Einheiten dort nur räumlich zusammenfassen, sondern es muss dort gemeinsam gearbeitet werden. Sorgen Sie endlich dafür, dass die Menschen ohne Aufenthaltsrecht, die ausreisepflichtig sind, auch konsequent wieder zurückgeführt werden. Hier gibt es erheblichen Nachholbedarf in Hamburg. Wie wir kürzlich erfragt haben, gab es im vergangenen Monat gerade einmal 38 Abschiebungen, und dann erzählen Sie uns von 400 Menschen, die täglich kommen. Wie passt das zusammen? Das ist inakzeptabel.

(Beifall bei der CDU)

Sorgen Sie dafür, dass die leer stehenden städtischen Immobilien zur Erstunterbringung genutzt werden. Das vorliegende Einschüchterungsgesetz für Hamburgs Privateigentümer ist dafür keine geeignete Alternative. Der Zweck heiligt nicht alle Mittel, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN. Selbst Ihre Bundesbauministerin, die Genossin Hendricks, lehnt solche Maßnahmen kategorisch ab, wie sie gestern noch einmal öffentlich erklärt hat.

Was ist der Sinn eines Gesetzes, von dem Sie, Herr Dressel sagen – und Sie haben es schon mehrfach gesagt, deshalb habe ich den Zwischenruf gemacht –, Sie wollten es gar nicht anwenden, allein das Gesetz würde dazu führen, dass alle zu Kreuze kriechen? In Wahrheit ist dieses Gesetz ein Ablenkungsversuch von ihren politischen Versäumnissen. Selten hat ein Zitat von Montesquieu so gut gepasst:

"Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen."

Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU, der FDP und vereinzelt bei der AfD)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Trepoll. – Das Wort erhält Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion.

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, das nächste Mal lasse ich Ihre Redezeit weiterlaufen, wenn Sie so lange klatschen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Herr Dr. Tjarks hat das Wort – bitte schön.

**Dr. Anjes Tjarks** GRÜNE:\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beobachten seit längerer Zeit, dass die Zahl der Menschen, die täglich, wö-

chentlich und monatlich zu uns kommen, stark ansteigt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat in diesem Jahr bereits viermal seine Prognose über die Asylbewerberzahlen in Deutschland aktualisiert. Angefangen in diesem Jahr bei 250 000, aktuell bei 800 000, und – viele ahnen es, aber eigentlich ist es auch schon Gewissheit – diese Zahl wird deutlich weiter nach oben gehen. Ich muss sagen, die Einzigen, die es nicht begriffen haben, waren diejenigen, die im Bund dafür verantwortlich sind, nämlich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge selbst, weshalb der Präsident folgerichtig zurückgetreten ist. Er hat das, was er die ganze Zeit erzählte, nämlich schnellere Verfahren zu machen, überhaupt nicht eingelöst.

*(Katja Suding FDP: Wenn Sie das schon wussten, warum haben Sie dann nicht danach gehandelt?)*

Deswegen müssen wir in den Kommunen vieles an der Stelle ausbaden.

Diese Entwicklung auf Bundesebene schlägt sich auch in Hamburg nieder, was ich einmal in Zahlen benennen möchte. Im Mai sind 2 200 geflüchtete Menschen nach Hamburg gekommen. Diese Zahl ist im August auf 6 600 Menschen gestiegen. Im September wurden – bis zum 22. des Monats – in Hamburg 6 678 Flüchtlinge registriert, und bis Ende September hochgerechnet sind es etwa 9 000 Menschen.

*(Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Da ist ja der Bürgermeister wieder!)*

Die Zahl der in Hamburg ankommenden Flüchtlinge hat sich damit in den vergangenen fünf Monaten um 400 Prozent erhöht. Wer behauptet, dass man dies hätte voraussehen können, redet schlicht Unfug.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn wir uns das Gesetz ansehen, geht es um die Zahl der Flüchtlinge mit Unterbringungsbedarf. Auch dafür liegen Zahlen vor. Während im Mai die Freie und Hansestadt Hamburg 1 000 Menschen pro Monat unterbringen musste, waren es im August bereits 2 000, und bis zum 22. September sind wir bei 1 869 Personen, hochgerechnet auf den ganzen September wären das 2 700 Personen. Auch diese Zahl der Menschen mit Unterbringungsbedarf ist in fünf Monaten um 270 Prozent gestiegen, und auch hier gilt, dass dies eine Entwicklung ist, die in dieser Form nicht absehbar war.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

An dieser Stelle kann ich erneut auf die Entscheidung der Bundeskanzlerin eingehen, die ich nach wie vor für richtig halte. Vielleicht ist es auch müßig, darauf einzugehen, weil – wie der Kollege Trepoll zu Recht sagte – die Leute einfach kommen, und egal, ob man diese Entscheidung getroffen hätte, wären sie einfach da gewesen. Insofern

**(Dr. Anjes Tjarks)**

muss man sich nicht bei dieser Frage aufhalten. Aber am Ende des Tages ist die Wahrheit doch ganz schlicht die, dass die Menschen jetzt hier sind und eine Unterkunft brauchen – der Winter kommt – und wir dafür sorgen müssen.

*(Karin Prien CDU: Genau!)*

Liebe Freunde von der CDU, ich muss Ihnen wirklich sagen, dass ich wenige Vorschläge von Ihnen wahrnehme, dagegen sehr häufig, gegen welche Unterkunft, egal wo, Sie sind. Damit löst man am Ende dieses Problem nicht, das für uns alle eine Herausforderung ist. An der Stelle würde ich mir ein wenig mehr Konstruktivität wünschen.

*(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Dennis Gladiator CDU)*

Ich habe versucht, das Problem in Zahlen darzulegen. Ich glaube, allen war klar, dass es viele Flüchtlinge sein werden, aber dieses Ausmaß, das im September noch einmal deutlich größer geworden ist, war so nicht vorhersehbar. Der Winter kommt. Deswegen hat Rot-Grün sich entschlossen, eine Änderung des Gesetzes vorzuschlagen, um in Notlagen leer stehende Gewerbeimmobilien für die Flüchtlingsunterbringung sicherstellen zu können, falls eine Einigung mit dem Eigentümer nicht möglich ist. Wie bereits angesprochen, geht es dabei nicht um eine Beschlagnahmung, sondern um Anmietung mit Zahlung einer ortsüblichen Vergleichsmiete.

*(Dennis Thering CDU: Gegen den Willen des Vermieters!)*

Das halte ich für angemessen, denn auch jeder Geflüchtete, Herr Thering, hat laut Artikel 2 des Grundgesetzes das Grundrecht auf das Leben und die körperliche Unversehrtheit. Im Winter bedeutet das einen festen und beheizbaren Ort zum Leben. Es gibt auch das Recht, aber eben nicht das Grundrecht, auf den Besitz einer leeren Halle, und genau deswegen ist dieser Schritt angemessen.

*(Dirk Nockemann AfD: Natürlich gibt es das!)*

– Es gibt aber den Unterschied zwischen einem Recht und einem Grundrecht.

*(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)*

Indem man in private Eigentumsverhältnisse eingreift, sendet man sicherlich auch ein Signal.

*(Katja Suding FDP: Ja, genau!)*

Frau Suding wird gleich das Wort ergreifen, aber ich glaube, in dieser Situation, in der wir stecken, überschreitet man damit keine rote Linie.

*(Katja Suding FDP: Oh doch!)*

Es ist nämlich so, dass nicht nur das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit in Artikel 2 des Grundgesetzes festgehalten ist, sondern in Arti-

kel 14 wird auch postuliert, der Staat solle Eigentum gewährleisten. Wir gewährleisten erstens das Eigentum weitgehend, weil wir gerade nicht enteignen, und zweitens steht in Artikel 14 auch – in dieser Situation ist es umso wichtiger –, dass Eigentum verpflichtet. Das müssen wir an dieser Stelle dann einmal ein bisschen Wirklichkeit werden lassen.

*(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)*

Auch zu der Frage, ob es jetzt eigentlich nur um große leer stehende Gewerbehallen gehe, möchte ich etwas sagen. In diesem Gesetz und der Begründung – das hatte der Kollege Dressel vorgelesen – steht das relativ unmissverständlich. Es geht nur um große Einheiten, weil man mit kleinen Einheiten überhaupt nichts bewirken kann.

Um auch das noch einmal zu sagen: Verglichen mit allen anderen deutschen Bundesländern haben wir in Hamburg mit 1,4 Prozent bei den Geschosswohnungen die niedrigste Leerstandsquote. Es gibt einen klar artikulierten politischen Willen, und deswegen kann keiner behaupten, wir würden es auf irgendetwas anderes absehen.

*(Dennis Gladiator CDU: Das steht aber nicht im Gesetz! – Karin Prien CDU: Dann schreiben Sie es doch rein!)*

– Herr Dressel hat Ihnen auch erklärt, wie man das entsprechend reinschreiben muss. Genau das bedeutet, dass das nicht passieren sollte, und Sie sollten hier nicht die Unwahrheit behaupten, denn das wäre an dieser Stelle unredlich.

*(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)*

Zusammenfassend muss man sagen, dass die Situation sehr herausfordernd ist. Das gilt für Hamburg vielleicht in besonderem Maße, weil wir über den Königsteiner Schlüssel besonders viele Flüchtlinge zugeteilt bekommen – der Anteil richtet sich zu zwei Dritteln nach der Wirtschaftskraft, zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl –, obwohl wir als Stadtstaat im Gegensatz zu Flächenländern eine besonders kleine Fläche haben. Aber die Situation ist doch die, dass sich die Lage seit September noch einmal deutlich herausfordernder darstellt. Ich würde mir sehr wünschen – das haben wir nun schon ein paarmal gesagt –, dass wir gemeinsam konstatieren, dass es einen Unterbringungsbedarf für diese Menschen gibt, und überlegen, wie man diesen in der Sache realisieren kann. Da gab es in der Debatte einmal den Vorschlag Privatunterkünfte.

*(Karin Prien CDU: Das hätten Sie längst machen können!)*

Aber wenn man das fordert und am Ende 600 Personen findet, die Leute unterbringen, und – es wurde das Ausbildungszentrum der SCHURA vorgeschlagen – meinetwegen noch einmal 600 Leute oder auch ein paar mehr findet, muss man sagen,

**(Dr. Anjes Tjarks)**

dass jeweils 600 Leute uns genau eine Woche lang helfen. Das Jahr hat aber nicht zwei, sondern 52 Wochen, und deswegen würde ich mir sehr wünschen, dass wir alle an einem Strang ziehen, wenn wir uns einer Lösung nähern wollen. Dann darf man auch gern kritisieren, dass in Bergedorf alles nicht so gut gelaufen ist, das muss man an dieser Stelle einräumen. Aber wenn man jedes Mal sagt, man sei gegen die vorgeschlagene Unterkunft und gegen so ein Gesetz, ohne eine andere Lösungsperspektive aufzuzeigen, dann wird man am Ende des Tages dieser Herausforderung nicht gerecht und nicht in der Lage sein, sie zu bewältigen. Genau da sollten wir eigentlich an einem Strang ziehen. Deswegen würde ich mir wünschen, dass Sie Ihren Mut zusammennehmen und diesem Gesetz zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Dr. Tjarks. – Das Wort hat Frau Özdemir für die Fraktion DIE LINKE.

**Cansu Özdemir DIE LINKE:** Vielen Dank. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, innerhalb der Opposition sind wir uns einig, dass das Prozedere nicht in Ordnung war. Aber trotzdem halte ich es für gut, dass wir gestern diese Sonderausschusssitzung hatten. Denn unabhängig davon, ob man für oder gegen diesen Antrag ist, sind Fragen aufgetreten, die geklärt werden mussten. Sie wurden gestern zwar teilweise geklärt, aber es werden noch immer Fragen offenbleiben. Überdies halte ich die Forderung von Herrn Dressel, den gemeinsamen Schulterschluss hinzubekommen, für richtig.

(Beifall bei Heike Sudmann DIE LINKE)

Aber in der Praxis sieht es leider nicht so aus. Deswegen haben wir den Vorschlag gemacht, dass Sie in der Flüchtlingspolitik, bei der sich die Situation tatsächlich jeden Tag verändert, jetzt vor allem eine Form finden müssen, wie Sie uns in regelmäßigen Abständen informieren, sei es wie damals, dass der Senat uns einlädt und informiert, oder eben anders. Das muss irgendwie passieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Gerade Schriftliche Kleine Anfragen, die sich auf die Unterbringung von Flüchtlingen beziehen, wurden in letzter Zeit nicht ausreichend beantwortet. Für uns als Oppositionsfraktion ist es dann sehr schwierig hinterherzukommen.

Über die Forderung, leer stehende Gebäude zu beschlagnahmen, haben wir schon vor drei Wochen in der Bürgerschaft debattiert, als wir einen Antrag eingebracht und genau diese Forderung aufgegriffen haben, die wir schon seit 2011 regelmäßig vorbringen. Uns wurde allerdings sehr oft der Vogel gezeigt und gesagt, es sei unrealistisch,

leer stehende Gebäude zu beschlagnahmen und für Flüchtlinge oder – wie wir es damals gefordert haben – auch für wohnungslose Menschen herzurichten. Aber nach drei Jahren hat der Senat jetzt die zündende Idee gehabt, leer stehende Gebäude für Flüchtlinge herzurichten. Ich glaube jedoch, dass der Senat das bewusst hat schleifen lassen

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was?)

und jetzt versucht, die Versäumnisse auszubügeln. Wir wussten es seit 2011 – ein Blick auf die Landkarte hat uns deutlich gezeigt, wie sich die Situation in einigen Ländern verschärft hat – und haben jetzt bis kurz vor dem Winter noch damit gewartet, bis endlich so eine Initiative eingebracht wurde. Wir stellen uns nicht wie die FDP oder die CDU gegen das Recht auf Beschlagnehmung.

(Michael Kruse FDP: Natürlich nicht! – André Trepoll CDU: Das ist doch in Ihrem Grundsatzprogramm!)

– Herr Kruse, es geht nicht darum, wie es mit der Wirtschaft oder der Industrie weitergeht – gestern fielen dazu einige Argumente im Ausschuss –, sondern ernsthaft darum, dass Menschen, die zu uns flüchten, nicht im Winter auf der Straße oder in Zelten oder, wie Sie es jetzt beantragt haben, in Tragluftzelten schlafen.

(Beifall bei Martin Dolzer DIE LINKE)

Es geht wirklich darum, die Gefahrenabwehr so hinzubekommen, dass Menschen nicht frieren, nicht erfrieren müssen.

(Dirk Nockemann AfD: Die Bundesregierung schafft sogar die Gefahren, die sie abwehren muss!)

Sie müssen etwas ernsthafter an diese Initiative herangehen. Das sehe ich bei Ihnen nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sehen ein, dass es jetzt große Gebäude als Notlösung sein müssen, aber sie müssen auch menschenwürdig sein. Wir haben in der heutigen Aktuellen Stunde über die Situation in Bergedorf gesprochen, aber auch im Rugenbarg, in dessen Nähe ich wohne, ist die Situation nicht so rosig. Deshalb halten wir daran fest, dass Mindeststandards wichtig sind und verbindlich sein müssen, weil es einfach nicht angehen kann, dass traumatisierte Menschen, die laut Gesetz früher drei Monate, inzwischen sogar sechs Monate in der Erstunterbringung bleiben sollten, eine so lange Zeit in diesen Unterkünften aushalten. Auch ihre Integration muss von Anfang an stattfinden, damit diese Menschen die Möglichkeit haben, Teil der Gesellschaft zu werden. Das muss von Anfang angepackt werden, denn ansonsten schaffen wir die Probleme von morgen.

(Beifall bei der LINKEN)

**(Cansu Özdemir)**

Einen weiteren Punkt habe ich gestern im Ausschuss erwähnt, nämlich die Pressemitteilung der Stadtteilbeiräte, der Bürgerinitiativen, die auch Mieter helfen Mietern unterzeichnet hat, mit der Forderung, dass dieser Gesetzentwurf voll ausgeschöpft werden muss und vorsieht, dass auch leer stehende Wohn- und Bürogebäude beschlagnahmt werden sollen. Der Senat sagte gestern in der Ausschusssitzung, diese seien zu klein und es dauere zu lange, nämlich ein Jahr, sie umzubauen. Aber es wäre wichtig, schon für das nächste Jahr Folgeunterbringungen zu schaffen, damit die Menschen in den kommenden Jahren nicht noch weiter in der Erstunterbringung bleiben müssen. In der Pressemitteilung werden auch konkrete Beispiele genannt, zum Beispiel Reeperbahn 110 bis 114 in St. Pauli, die 32 leer stehenden Wohnungen in der Hegestraße in Eppendorf oder die leer stehenden Wohnungen in der Schmilinkskystraße 9 in St. Georg. Da würden wir uns wünschen, dass diese jetzt auch daraufhin überprüft werden, ob sie geeignet sind, und dass sie, wenn ja, schnellstmöglich hergerichtet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein anderer Punkt ist, dass jetzt 1 300 Wohnungen in städtischer Hand leer stehen. Herr Dressel, warum nutzen wir nicht diese Wohnungen? Wurden sie überprüft? Wir hätten doch schon jetzt die Möglichkeit, wohnungslose Menschen dort einzuquartieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Noch einmal ein Wort zur CDU und FDP: Ich halte es wirklich für unverantwortlich, weiterhin Zelte zu fordern, seien es Bundeswehrzelte oder andere, während der Winter vor der Tür steht und leer stehende Gebäude in der Stadt zur Verfügung stehen. Wir müssen doch endlich einmal ein deutliches Zeichen setzen und der Ära der Zelte ein Ende setzen. So geht es nicht weiter.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Andreas Dressel SPD*)

Zu Ihrem Argument, die Gesetzesänderung sei ein Eingriff in das Grundrecht. Ja, aber auch länger anhaltender Wohnungsleerstand ist eine Ordnungswidrigkeit und kann nach dem Wohnraumchutzgesetz geahndet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

In Berlin zum Beispiel, in Friedrichshain-Kreuzberg, wurden Luxuswohnungen beschlagnahmt, die aus Spekulationsgründen leer standen. Das könnte man auch hier überlegen. Aber noch einmal zu Ihren Grundrechtsfragen: Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, hält die Beschlagnahme von Wohnungen für grundsätzlich erlaubt, um eine erhebliche Gefahr abzuwehren, die nicht auf andere Art und Weise abgewendet werden kann.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU und der AfD)

In einer solchen Situation, liebe FDP und CDU, befindet sich die Stadt momentan.

(*André Trepoll CDU*: Nein!)

Deshalb halte ich es für unverantwortlich, zu sagen, man wolle den Leerstand nicht nutzen, weil sich dann Wirtschaft oder Industrie nicht entwickeln können.

(*Michael Kruse FDP*: Das hat doch überhaupt niemand gesagt!)

– Doch, das haben Sie gestern im Ausschuss gesagt, und ich finde dieses Zeichen wirklich fatal,

(Beifall bei der LINKEN)

auch gegenüber der Zivilgesellschaft, die hier konkrete Vorschläge macht.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Frau Özdemir. – Das Wort hat Frau Suding von der FDP-Fraktion.

**Katja Suding FDP:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Heute überschreitet Rot-Grün eine rote Linie, die in dieser Form in den vergangenen Jahrzehnten noch nie überschritten wurde.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es ist die rote Linie der Achtung vor Immobilieneigentum. Mit diesem Gesetz zur Flüchtlingsunterbringung in Privatgebäuden überschreitet Rot-Grün eine rote Linie der rechtsstaatlichen Achtung und des grundgesetzlich festgeschriebenen Respekts vor der Unverletzlichkeit von Haus und Hof.

(Beifall bei der FDP und bei *André Trepoll CDU*)

Um es gleich vorweg zu sagen, Herr Dressel, dafür gibt es keinen plausiblen Grund. Den haben weder Sie in Ihrer Rede genannt noch Herr Tjarks, der hauptsächlich mit Zahlen um sich geschmissen hat.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Wenn Sie die Ohren aufgemacht hätten, hätten Sie das gehört!)

Es ist nämlich schlichtweg falsch, wie Sie uns glauben machen wollen, dass es nur die Alternative zwischen der Unterbringung in Schulsporthallen auf der einen Seite und der Beschlagnahmung privater Gebäude auf der anderen Seite gibt.

(Beifall bei der FDP, bei *André Trepoll* und *Karin Prien*, beide CDU – Zuruf von *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

**(Katja Suding)**

Damit streuen Sie den Hamburgerinnen und Hamburgern Sand in die Augen, und das wissen Sie ganz genau, und das beweise ich Ihnen jetzt auch.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Wie Herr Trepoll schon angesprochen hat, saßen wir als Vertreter der Fraktionen vor zwei Wochen mit den Vertretern der muslimischen Verbände zusammen. Sie wollten nämlich wissen, wo und wie sie in der Flüchtlingskrise helfen können. Sie, Herr Dressel, haben dabei darum gebeten, man möge doch Vorschläge für geeignete Unterkünfte machen, was eigentlich überhaupt keine schlechte Idee ist.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Nein, finde ich auch!)

Schlecht ist aber, dass diese Vorschläge von unseren Gesprächspartnern schon vor Monaten gemacht, aber vom Senat ignoriert wurden. Das hat man uns sehr deutlich in dem Gespräch gesagt. Das war natürlich eine sehr unangenehme Situation; das kann ich sehr gut nachvollziehen. Aber – und das ist das Schlimme – dies ist längst kein Einzelfall. Überall, in der ganzen Stadt, in zahlreichen Gesprächen mit Bürgern unserer Stadt hören wir, dass Leerstand angeboten wurde oder auch noch angeboten wird, der Senat das aber ignoriert.

(*Dennis Gladiator CDU*: Hört, hört! Das war jetzt ein Beispiel, das hilft uns eine halbe Woche!)

Das zeigt uns ganz eindeutig, dass Sie auch hier schlampig gearbeitet haben, dass der Senat eben noch längst nicht alle Mittel ausgeschöpft hat und dass es sehr wohl eine Alternative zwischen der belegten Schulturnhalle und der Obdachlosigkeit von Flüchtlingen gibt.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei *Dr. Jörn Kruse AfD*)

Wer einen so gravierenden Eingriff in die Grundrechte der Bürger zulässt, ist auch bereit, andere rote Linien zu überschreiten. Schon deshalb darf dieses Gesetz nicht erlassen werden. Es ist aber auch in jeder anderen Hinsicht völlig inakzeptabel, erstens juristisch, weil Sie damit in unverantwortlicher Weise ins Eigentumsrecht eingreifen, das bekanntlich durch unser Grundgesetz geschützt ist, zweitens politisch, weil Sie mit einer solchen Maßnahme Ressentiments gegen Flüchtlinge und ihre Unterbringung schüren, und drittens auch strategisch, weil das Gesetzesvorhaben die Hilf- und Planlosigkeit des Senats offenbart, die mit dieser drastischen Notmaßnahme offenbar kaschiert werden soll.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Der Senat und die Fraktionen von SPD und GRÜNEN wollen uns jetzt damit beruhigen, dass die Im-

mobilienbeschlagnahme gar nicht zur Anwendung kommen soll und wenn doch, dann würden nur gewerbliche, aber keinesfalls private Immobilien beschlagnahmt werden – das habe der Bürgermeister höchstpersönlich zugesichert. Wen wollen Sie denn damit zum Narren halten? In was für einem Land, glauben Sie eigentlich, leben wir? König Olaf gibt sein Wort, und deswegen ist es völlig egal, welche Gesetze erlassen werden und was drinsteht?

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich nehme Ihnen nicht eine Sekunde lang ab, dass Sie hier zwar ein höchst umstrittenes Gesetz schaffen wollen, es aber gar nicht anwenden wollen. Auch Ihre Beteuerung, keine privat genutzten Gebäude zu beschlagnahmen, ist gar nichts wert, wenn das im Gesetz ausdrücklich zugelassen wird. Von einer Unterscheidung zwischen privat und gewerblich genutzten Immobilien steht im Gesetzestext nämlich nichts. Das wäre ja wohl das absolut erwartbare Minimum gewesen in Zeiten, in denen Gemeinden anderswo in Deutschland ihre Mieter nach zehn oder zwanzig Jahren aus ihren Wohnungen kündigen wollen, um dort Flüchtlinge unterzubringen.

(*Milan Pein SPD*: Aber nicht in Hamburg!)

– Das passiert in Deutschland, das ist ein Signal, das Sie ernst nehmen sollten.

(*Milan Pein SPD*: Aber nicht in Hamburg, Frau Suding!)

– Das habe ich auch nicht gesagt.

(*Milan Pein SPD*: Ja eben, dann nehmen Sie das mal zur Kenntnis!)

In Deutschland und gerade auch in Hamburg erleben wir eine riesige Welle der Hilfsbereitschaft. Hamburger spenden Kleidung, Spielsachen und Geld. Sie engagieren sich ehrenamtlich, viele von ihnen bis zur Erschöpfung und weit darüber hinaus. Sogar US-Präsident Barack Obama lobte Hamburg dafür vor der UN-Vollversammlung in New York. Aber genau diese Freiwilligkeit, das große Wohlwollen der vielen Hamburgerinnen und Hamburger wird durch Zwangsmaßnahmen, wie Sie sie heute vorschlagen, konterkariert. Doch ohne die ehrenamtliche Hilfe, ohne die vielen Freiwilligen würde das gesamte System der Flüchtlingsunterbringung und -versorgung binnen kurzer Zeit zusammenbrechen. Sie nehmen gern hin, dass vom Ehrenamt Strukturen geschaffen und aufrechterhalten werden, was eigentlich staatliche Aufgabe wäre. Ich denke – und da spreche ich sicherlich für die meisten im Hause –, dafür sind wir alle auch unglaublich dankbar. Das gibt Ihnen aber noch längst nicht das Recht, diejenigen, die aus welchen Gründen auch immer nicht diese Hilfsbereitschaft zeigen, die eine leer stehende Immobilie

**(Katja Suding)**

aus welchen Gründen auch immer nicht an die Stadt vermieten wollen, mit Ihrem neuen Gesetz dazu zu zwingen.

(Beifall bei der FDP, der CDU, bei *Karin Prien* und *Dennis Gladiator*, beide CDU)

Damit untergraben Sie das Vertrauen in den Rechtsstaat und in Ihre eigene Handlungsfähigkeit und das erst recht, wenn der schnöde Hintergedanke vielleicht nur ein finanzieller ist. Schließlich können Sie karge Entschädigungen viel günstiger haben als frei ausgehandelte Mieten.

Ich möchte noch ein paar Worte zum parlamentarischen Verfahren sagen. Das Schnellverfahren, mit dem Sie heute einen solch grundlegenden Eingriff in unsere Eigentumsrechte durchpeitschen wollen, ist eine absolute Zumutung. Herr Dressel, mir ist es wirklich absolut schleierhaft, wenn Sie da von Verzögerung der Opposition sprechen. Das ist wirklich ein Witz.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vor gerade einer Woche haben die Abgeordneten dieses Hauses das erste Mal davon gehört, aber nicht einmal über eine ordentliche Drucksache, sondern über die Medien. Ausgewählte Journalisten wurden in einem Pressegespräch von Bürgermeister Scholz und Justizsenator Steffen exklusiv informiert. Die Abgeordneten blieben außen vor. Sie erhielten den Senatsantrag, der heute nicht einmal auf der Tagesordnung steht, erst einen Tag später.

(*Jörg Hamann* CDU: Der König und sein Knappe!)

Den Zusatzantrag von SPD und GRÜNEN, über den wir heute abstimmen werden, bekamen die Abgeordneten der Opposition erst gestern zwei Stunden vor der Sondersitzung des Innenausschusses. Diese wurde mit wenigen Tagen Vorlauf so kurzfristig angesetzt, dass sicherlich längst nicht alle Abgeordneten, die sich gern informiert hätten, daran teilnehmen konnten. Ein Protokoll zum Nachlesen kann in der Kürze der Zeit natürlich noch nicht vorliegen. Es gibt Momente, in denen man von einer Sternstunde des Parlaments spricht. Heute erleben wir genau das Gegenteil: Wir erleben einen Tiefpunkt parlamentarischer Kultur, von Rot-Grün verschuldet.

(Beifall bei der FDP, der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Daher werden wir heute eine zweite Lesung verweigern und haben eine namentliche Abstimmung beantragt. Hier kann und darf sich keine Abgeordnete, kein Abgeordneter aus der Verantwortung ziehen.

(*Farid Müller* GRÜNE: Keine Sorge!)

Zum Schluss möchte ich Ihnen sagen, was die Alternativen zu diesem Gesetz sind und welche Er-

wartungen die FDP-Fraktion an den Senat hat. Statt eines übers Knie gebrochenen Gesetzesvorhabens hätten wir uns Konzepte des Senats gewünscht, auf welche Weise die Tausenden neuen Mitbürger in das Bildungssystem, in den Arbeitsmarkt und in unsere freiheitlich demokratische Gesellschaft integriert werden sollen. Dazu hören wir von den Senatoren Rabe und Horch erschreckend wenig, nämlich gar nichts. Wir fordern Sie seit über einem Jahr auf, endlich die Beteiligten an einen Tisch zu holen. Verbände, Vereine, Initiativen aus Flüchtlingshilfe, Wohnungswirtschaft und Unternehmen setzen sich mit der Politik an einen Tisch und bündeln ihre Kräfte. Das wäre ein gutes und wichtiges Symbol für die Stadt. Machen Sie das endlich, Herr Bürgermeister, und verstecken Sie sich nicht weiter.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Aufgabe des heute aus dem Amt scheidenden Sozialsenators Scheele wäre gewesen, mit seinen Kollegen aus den Nachbarländern über freien Wohnraum zu verhandeln.

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Das hat er alles getan!)

Hamburg als flächenmäßig begrenzter Stadtstaat hat mit größeren Problemen bei der Unterbringung zu kämpfen als die umliegenden Flächenländer, aber dafür hatte der Senator offenbar keine Zeit mehr.

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Doch, das hat er gemacht mit dem bekannten Ergebnis!)

Die Antwort auf die Flüchtlingskrise darf nicht sein, den Rechtsstaat infrage zu stellen. Wir müssen seine Regeln den Neubürgern, den Flüchtlingen nahebringen, auch durch eine rechtsstaatlich einwandfreie Unterbringung. Das vorliegende Gesetz will das genaue Gegenteil. Wir bitten Sie darum, ihm nicht zuzustimmen. Falls es heute doch beschlossen wird, darf ich Ihnen ankündigen, dass die FDP-Fraktion prüft, ob und wie gegen das Gesetz Klage möglich und erfolgreich ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und vereinzelt bei der AfD)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Frau Suding. – Das Wort hat Herr Nockemann für die AfD-Fraktion.

**Dirk Nockemann** AfD:\* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, ich beobachte es zunehmend mit einer gewissen Faszination, wie sich bei Ihnen nicht nur die politischen Schwerpunkte verändern, nicht nur das Entscheidungsverhalten, sondern mittlerweile auch die Begrifflichkeiten. Sehr geehrte Frau Möller, Sie sprachen vorhin

**(Dirk Nockemann)**

von einem Zustrom von Flüchtlingen. Oha. Ich glaube, das ist das erste Mal, dass Sie diese Begrifflichkeit in den Mund genommen haben. Als wir vor einigen Wochen davon gesprochen haben – mit Blick darauf, was in Deutschland alles passieren kann, mit Blick auf die Flüchtlingsströme, die außerhalb von Europa warten –, waren wir für Sie die Inkarnation des Bösen in diesem Parlament. Jetzt endlich kommt Ihre Einsicht, leider aber zu spät. Das ist auch der Grund dafür, dass wir diese Situation haben. Sämtliche Altparteien haben die Situation in den Flüchtlingslagern und die internationale politische Situation völlig falsch eingeschätzt und sich über Monate, ja sogar über Jahre geweigert, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen.

Deutschland befindet sich mittlerweile im Ausnahmezustand. In den vergangenen drei Wochen sind über 230 000 Flüchtlinge nach Deutschland gekommen, teilweise auch in Sonderzügen nach Deutschland geholt worden. Mittlerweile werden sie auch mit Ryanair oder easyJet ohne Visum nach Europa eingeflogen. Die Inkonsistenz der Flüchtlingspolitik dieser Bundesregierung insgesamt – mal Visa ja, mal Visa nein, mal Sachleistung, mal Geldleistung, dann wieder zurück zu Sachleistung, keine konsequente Linie – ist mit einer der Ursachen dafür, dass wir heute vor dieser wirklich üblen und teilweise auch peinlichen Situation stehen.

(Beifall bei der AfD)

Das Verhalten der Bundeskanzlerin ist mehrfach angesprochen worden, allerdings mit einer völlig falschen Bewertung dieses Verhaltens. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion, ohne Rücksprache mit politischen Partnern, ohne Rücksprache und Abstimmung mit den Bundesländern, mit den EU-Partnern, wurden plötzlich Grenzen geöffnet, entgegen den Maßgaben des Dubliner Übereinkommens. Sämtliche ausländerrechtlichen Regelungen wurden über Nacht außer Kraft gesetzt. Frau Merkel ist mit verantwortlich für das Asylchaos, das wir zurzeit erleben.

Wir – insbesondere war es der Kollege, der dort vorn sitzt, Herr Dr. Baumann – haben vor einigen Wochen davon gesprochen, wir müssten wieder Grenzkontrollen einführen. Daraufhin hieß es von Ihrer Seite, wir würden damit einen Sprengsatz an Europa legen, und Sie alle würden freie Grenzen wollen. Wenn Frau Merkel heute gegen den Willen vieler europäischer Partnerländer fordert, dass dort Flüchtlinge aufgenommen werden sollen, diese Partnerländer das aber nicht wollen, dann ist das eine Form von moralischem Imperialismus seitens der Frau Merkel,

(Beifall bei der AfD)

der andere europäische Partner überfordert und damit auch zum Sprengsatz für dieses Europa

wird. Der Sprengsatz sind nicht wir, die wir vernünftige Regelungen fordern, sondern das sind die Altparteien.

Frau Merkel hat in dieser Nacht-und-Nebel-Aktion eigentlich sämtliche Erfahrungswerte, über die ein Chefkrisenmanager verfügen sollte, sie hat auch sämtliche Prinzipien, über die ein Bundeskanzler verfügen sollte, über Bord geworfen. Sie hat nämlich nicht Ratio, Vernunft und Verstand obwalten lassen, sich die Folgen ihres Handelns überlegt und darauf Rücksicht genommen, sondern sie hat aus Bauch und Herz entschieden. Das mag der eine oder andere für richtig halten, ich halte es für fehlerhaft, denn sie hat damit eine politische Entwicklung in Gang gesetzt, derer sie jetzt nicht mehr Herr wird. Wenn auf einen deutschen Politiker die Figur des Zauberlehrlings zutrifft, der die Folgen seines Handelns nicht mehr beherrschen kann, dann ist das unsere Bundeskanzlerin.

(Beifall bei der AfD)

Nicht umsonst spricht der bayerische Ministerpräsident von einer der größten politischen Fehlleistungen der letzten Jahre.

(Gerhard Lein SPD: Der nun gerade!)

– Ich halte ihn für einen absolut fähigen Mann, jedenfalls fähiger als die Masse der normalen Politiker.

Wenn Herr Neumann davon spricht, dass die innere Sicherheit auf ein tieferes Level kommt, weil auch die Bundespolizei mittlerweile mehrfach Grenzdienste absolvieren muss, dann ist das die eine Sache. Jawohl, der Bereich der inneren Sicherheit leidet. Aber es kommt noch hinzu, dass Tausende, Zehntausende von Personen sich in Deutschland aufhalten, die nicht registriert sind, von denen man gar nicht weiß, was das für Zeitgenossen sind. Teilweise gibt es den Hinweis darauf, dass es sich auch um IS-Terroristen, vielleicht sogar aber auch um Kriegsverbrecher handeln könnte. Dass man einen Zustand schafft für ein Land, in dem es offene, unkontrollierte Grenzen gibt, ist einfach absolut unverantwortlich. Der saarländische Innenminister Bouillon hat davon gesprochen, man könne mittlerweile in NRW oder Baden-Württemberg gar nicht mehr sagen, ob sich dort 200 000 oder 250 000 Flüchtlinge aufhalten. Was ist aus unserem schönen Deutschland nur geworden?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe das Foto der Dame gesehen, der man ihre Mietwohnung gekündigt hat; eine nette Dame, der ich durchaus zutraue, dass sie auch in den nächsten Bahnhof rennt und dort Flüchtlinge willkommen heißt. Ist das nun der Dank für die Willkommenskultur, dass man deutsche Bevölkerung aus ihren Wohnungen entmietet?

**(Dirk Nockemann)**

Hamburg ist als Stadtstaat in dieser Situation natürlich gefordert. Das verkenne ich auch nicht. Ohne den wirklich aufopferungsvollen Einsatz der Verwaltung, zahlreicher freiwilliger Helfer und der Hilfsorganisationen hätten wir mittlerweile nicht nur in Hamburg, sondern auch in anderen Bereichen eine humanitäre Katastrophe, wie man sie allgemein nur aus den Ländern der Dritten Welt kennt. Wenn ich mir diese Situation ansehe und dann vergleiche, wie es gestern Abend im Innenausschuss zugeht, muss ich sagen, das war eine absolut peinliche Veranstaltung. SPD und CDU haben sich permanent gegenseitig die Verantwortung für die katastrophalen Zustände zugespielt.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Nur die AfD trägt keine Verantwortung!)*

Ich stelle fest: Sie sind alle dafür verantwortlich, ausnahmslos, weil Sie permanent die Konsequenzen Ihres Handelns ausblenden und weil Sie immer nur Gutes wollen, am langen Ende aber nie etwas Gutes dabei herauskommt.

*(Beifall bei der AfD)*

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten alle Maßnahmen zur Absenkung von Standards, zur Veränderung des Baurechts wohlwollend mitgetragen, weil wir gesehen haben, dass man dort etwas machen muss. Wo man vor zehn Jahren hätte Flüchtlinge unterbringen können, kann man sie heute nicht mehr unterbringen. Das ist für mich ein Zeichen dafür, dass Deutschland überreguliert ist. Niemand hat etwas gegen eine vernünftige Regulierung – deswegen kommen viele Flüchtlinge auch hierher, weil wir sicher sind und weil wir geordnete Zustände haben –, aber es ist doch ein Treppenwitz der Geschichte, dass man dort, wo man vor zehn Jahren Flüchtlinge unterbringen konnte, sie heute nicht mehr unterbringen kann, weil man sagt, da stimmen irgendwelche gesetzlichen Vorgaben nicht mehr. War es damals wirklich alles so verkehrt? War es damals alles unwürdig mit der Unterbringung?

*(Jörg Hamann CDU: Damals war nicht alles schlecht! – Heiterkeit im Plenum)*

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, mit dem Grundrechte, insbesondere Artikel 13 und 14, eingeschränkt werden, überschreiten Sie tatsächlich eine rote Linie. Sie gehen ans Eingemachte. Man hat mittlerweile die Angst und die Befürchtung, dass Sie in dieser Hinsicht überhaupt keinen Halt mehr kennen, dass sozusagen alles, was Ihnen bei Ihrem Unterbringungsplan im Wege steht, rechtlich einfach dem Boden gleichgemacht wird. Dieses Verfahren, mit dem Sie das Gesetz durchboxen, ist ein ziemlich einmaliger Vorgang. Ich habe gestern im Innenausschuss verschiedene Äußerungen von Ihnen gehört, die mich wirklich daran zweifeln lassen, ob das, was man Grundrechte nennt, bei der SPD und den GRÜNEN so richtig zu

Hause ist oder ob Sie da nicht vielmehr ein bisschen Nachhilfe brauchen.

Herr Tjarks, gerade sagten Sie, es gäbe kein Grundrecht auf Eigentum an leeren Hallen – Entschuldigung, Sie haben gesagt, auf Besitz an leeren Hallen. Dass Sie Besitz sagten, rechne ich der Tatsache zu, dass Sie kein Jurist sind, es heißt eigentlich Eigentum. Doch ich muss Sie korrigieren: Es gibt ein Grundrecht auf Eigentum, auch an leeren Hallen.

*(Zuruf aus dem Plenum: Aber er hat ja Besitz gesagt!)*

– Aber er meinte Eigentum.

*(Zurufe aus dem Plenum)*

Dann ist gestern auf eine Aussage von Karl-Heinz Warnholz hin gesagt worden, es ginge nur um schnöden Verdienst. Nein, es geht nicht um Verdienst, es geht in der Tat um das Grundrecht auf Eigentum, und das verkennen Sie.

Es ist eine weitere absurde Äußerung gemacht worden, in der Art, wir sollten das doch nicht so hoch hängen mit dem Begriff Grundrechtseinschränkung, das gesamte Polizeirecht sei im Prinzip eine Grundrechtseinschränkung.

*(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Sie sind doch sonst auch für die Ausweitung des Polizeirechts!)*

Auch dabei verkennt man, dass das normale Polizeirecht sich an den Störer wendet und nicht an einen unbeteiligten Dritten, den man für staatliches Versagen in Anspruch nimmt.

*(Beifall bei der AfD)*

Wenn ich in Rechte Dritter eingreife, wenn ich Grundrechte Dritter beschränke, dann kann ich das nur machen, wenn es wirklich das absolut letzte Mittel ist. Die SPD sagt, sie stünde unter Zeitdruck und die Zahlen des BAMF stimmten schon lange nicht mehr. Das war aber allen Beteiligten klar. Es gab schon im Frühjahr Schätzungen seitens der Bundespolizei, die darauf hingewiesen haben, dass die Zahl von 300 000 Flüchtlingen in diesem Jahr bereits damals Makulatur war und dass man mindestens mit 600 000, 700 000 hätte rechnen müssen. Und das, liebe verehrte Kollegen von Rot-Grün, haben Sie einfach schleifen lassen, fahrlässig schleifen lassen. Sie haben sich gegen diese Erkenntnis gewendet. Sie haben nichts unternommen. Und heute kommen Sie her und sagen, weil die Zeit dränge, müssten jetzt Grundrechte eingeschränkt werden. Das ist in meinen Augen völlig unverhältnismäßig.

Noch einmal zurück zum Grundgedanken, dass es das allerletzte Mittel sein muss, in Rechte Dritter einzugreifen.

*(Glocke)*

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg** (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Nur Herr Nockemann redet.

**Dirk Nockemann** AfD (fortfahrend):\* Ja, auch wenn das dem einen oder anderen nicht gefällt.

Wir haben in Hamburg über 27 Jahre Wohnschiffe für die Unterbringung von Flüchtlingen gehabt. Ich will gar nicht behaupten, dass das alles ein optimaler Zustand gewesen ist; ich habe selbst in meiner Zeit in 2002/2003 erlebt, dass es auch manche fürchterliche Entwicklung gegeben hat. Aber noch einmal: Wir müssen doch abwägen zwischen dem Komfort der Unterbringung auf der einen und dem Eingriff in Grundrechte auf der anderen Seite.

*(Nebahat Güçlü fraktionslos: Was ist die Alternative?)*

– Die Alternative möchten Sie von mir hören? Na, schauen Sie doch einmal in die Dubliner Verträge, was steht denn da? In den Abkommen steht, dass jemand, der die Grenze überschreitet und aus einem sicheren Drittstaat nach Deutschland kommt, an der Grenze zurückgewiesen werden darf. Warum passiert das denn nicht? Dann hätten wir nicht den Notstand in Deutschland. Wenn sich die Bundesregierung gesetzes- und vertragskonform verhalten würde, hätten wir in Deutschland keinen Asylnotstand.

(Beifall bei der AfD)

Noch einmal zu der Frage, wie man jemanden verhältnismäßig unterbringen kann. Ich weiß, dass es jetzt wieder einen allgemeinen Aufruhr im Haus geben wird, aber ich sage, dass man tatsächlich junge allein reisende gesunde Männer auch im Winter in beheizten doppelwandigen Bundeswehrzelten unterbringen könnte. Unsere Soldaten verbringen darin die schrecklichen Winter in Afghanistan, und ich glaube, für jemanden, der nach Deutschland kommt, der auch teilweise Grenzen stürmt, ist es durchaus zulässig, in solchen Zelten untergebracht zu werden. Ich rede nicht davon, Familien oder allein reisende Frauen dort unterzubringen, da halte ich einen normalen mitteleuropäischen Standard für durchaus geboten.

Wie gesagt, man muss sich das vorstellen: Hier schafft der Staat durch grob fahrlässig falsches Verhalten einen Tatbestand, den er dann wiederum beseitigt durch einen noch schlimmeren Eingriff in die Grundrechte unbeteiligter Dritter, und diesem Verfahren werden wir nicht zustimmen. Wir sagen: Haltet euch bitte an die Vorgaben des Europarechts, an die Vorgaben der europarechtlichen Verträge, an die Vorgaben des Aufenthaltsgesetzes, und dann gibt es in Deutschland keinen Asylnotstand.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Nockemann. – Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich unterhalten wollen, können Sie das gern tun, aber bitte nicht im Plenarsaal und schon gar nicht, wenn Sie damit den Redner stören.

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Das scheint auch so zu bleiben. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wir beginnen mit dem Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN, Drucksache 21/1753. Die FDP-Fraktion hat zu Ziffer 1 des Antrags gemäß Paragraph 36 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung namentliche Abstimmung beantragt. Frau Yilmaz und Herr Kreuzmann werden Sie daher gleich in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Wenn Sie dem Antrag aus Drucksache 21/1753 folgen und das darin unter Ziffer 1 aufgeführte Gesetz zur Flüchtlingsunterbringung in Einrichtungen beschließen wollen, antworten Sie bitte deutlich mit Ja, wenn Sie es ablehnen wollen, mit Nein, und wenn Sie sich enthalten wollen, antworten Sie bitte mit Enthaltung.

Ich darf nun Herrn Kreuzmann bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)

Moment, langsam. Sie müssen immer etwas warten. Die Kollegen müssen auch die Gelegenheit haben, zu antworten. Fangen Sie noch einmal an.

Meine Damen und Herren! Ist ein Mitglied der Bürgerschaft nicht aufgerufen worden? – Herr Celik, ich habe Ihren Namen zwar gehört, aber wollen wir Ihr Ja noch einmal aufnehmen? – Das tun wir.

Ist ein weiteres Mitglied der Bürgerschaft nicht aufgerufen worden nach seiner Auffassung? – Das ist nicht der Fall. Dann erkläre ich die Abstimmung für beendet.

Meine Damen und Herren, das Abstimmungsergebnis wird nun ermittelt und Ihnen in wenigen Minuten mitgeteilt. So lange ist die Sitzung unterbrochen.

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

**Unterbrechung: 18.50 Uhr**

**Wiederbeginn: 18.56 Uhr**

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren! Es gelingt uns leider nicht, ein Ergebnis zu ermitteln, sodass wir diese Abstimmung wiederholen werden. Ich bitte Sie, dieses Mal laut und deutlich zu antworten. Nehmen Sie bitte Ihre Plätze wieder ein.

Ich bitte die Schriftführerin und den Schriftführer, nach oben zu kommen.

**(Präsidentin Carola Veit)**

(Unruhe im Plenum)

– Meine Damen und Herren, es ist nicht das Präsidium, das eine namentliche Abstimmung beantragt hat, und es sind Sie selbst, die dazu beitragen können, dass wir klare Abstimmungsergebnisse erlangen, indem Sie deutlich antworten. Wir haben hier oben vier unterschiedliche Ergebnisse ermittelt, das funktioniert leider nicht.

(Glocke)

Wir brauchen noch eine Schriftführerin.

Sind wir komplett? – Es macht die Sache wesentlich einfacher, wenn Sie Ihre Plätze einnehmen, weil wir dann ungefähr wissen, von wo die zustimmenden oder ablehnenden Meinungsäußerungen kommen müssten. Wenn Sie dann bitte laut und deutlich antworten mögen, auch laut und deutlich Enthaltung sagen, dann ist uns allen geholfen. Herr Tjarks, wenn Sie vielleicht auch Platz nehmen mögen?

Wenn Sie also dem Antrag aus der Drucksache 21/1753 folgen und das darin unter Ziffer 1 aufgeführte Gesetz zur Flüchtlingsunterbringung in Einrichtungen beschließen möchten, dann antworten Sie bitte deutlich mit Ja, wenn Sie es ablehnen möchten, mit Nein, und wenn Sie sich enthalten möchten, dann antworten Sie mit Enthaltung.

Ich darf jetzt Herrn Kreuzmann bitten, erneut mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen)\*\*\*

Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Herr Abaci, Sie sind aufgerufen worden; Sie waren nicht anwesend zum Zeitpunkt Ihres Aufrufes.

Damit stelle ich fest, dass alle aufgerufen worden sind, und erkläre die Abstimmung für beendet.

Das Abstimmungsergebnis wird jetzt ermittelt und Ihnen mitgeteilt.

**Unterbrechung: 19.05 Uhr**

**Wiederbeginn: 19.08 Uhr**

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren, wir haben ein Ergebnis, das ich Ihnen gern mitteilen möchte.

Bei der Abstimmung über das Gesetz zur Flüchtlingsunterbringung in Einrichtungen gab es 81 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen, keine Enthaltung. Damit ist das Gesetz in erster Lesung beschlossen worden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es bedarf einer zweiten Lesung. Ist der Senat mit einer sofortigen zweiten Lesung einverstanden?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?

(Zurufe: Ja!)

– Behalten Sie die Arme mal eben oben, wir müssen feststellen, ob das ein Fünftel der anwesenden Mitglieder ist.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Die CDU fast vollständig. Selten, aber immerhin!)

Das ist der Fall. Das ist deutlich mehr als ein Fünftel der anwesenden Mitglieder. Dann kann die zweite Lesung am heutigen Tage nicht stattfinden.

Wir können aber problemlos über Ziffer 2 der Drucksache 21/1753 abstimmen.

Wer möchte Ziffer 2 des Antrags annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist Ziffer 2 beschlossen worden.

Wir können auch den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus Drucksache 21/1621 abstimmen.

Wer möchte diesem Antrag folgen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch dieser Antrag so beschlossen worden.

Wir kommen jetzt zu den Ergebnissen der Deputiertenwahlen.

Bei der Wahl eines Deputierten der Justizbehörde sind 108 Stimmzettel abgegeben worden. Zwei Stimmen waren ungültig, 106 Stimmen waren gültig. Herr Justus Burgdorf erhielt 36 Ja-Stimmen, 40 Nein-Stimmen, 30 Enthaltungen. Damit ist er nicht gewählt worden. Wir werden die Wahl erneut auf die Tagesordnung setzen.

Bei der Wahl einer Deputierten der Kulturbehörde sind ebenfalls 108 Stimmzettel abgegeben worden. Auch hier waren zwei ungültig und somit 106 gültig. Frau Angelika Glander erhielt 45 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und 31 Enthaltungen. Damit ist sie gewählt worden.

Bei der Wahl eines Deputierten der Behörde für Inneres und Sport sind 107 Stimmzettel abgegeben worden. Auch hier waren zwei ungültig, somit waren 105 Stimmen gültig. Herr Thorsten Janzen erhielt 37 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen, 31 Enthaltungen. Er ist damit nicht gewählt worden. Wir werden die Wahl erneut auf die Tagesordnung setzen.

\*\*\*Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei.

**(Präsidentin Carola Veit)**

Nun kommen wir zu Punkt 16 unserer Tagesordnung, Drucksache 21/1566, der Vorlage des Rechnungshofs: Olympische und Paralympische Spiele in Hamburg – Vereinbarkeit mit einer nachhaltigen Finanzwirtschaft – Beratende Äußerung nach Paragraph 81 Absatz 2 LHO.

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/1755 ein Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN vor.

**[Vorlage des Rechnungshofs:  
Olympische und Paralympische Spiele in Hamburg – Vereinbarkeit mit einer nachhaltigen Finanzwirtschaft – Beratende Äußerung nach § 81 Absatz 2 LHO  
– Drs 21/1566 –]**

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:  
Olympische und Paralympische Spiele transparent und kostenstabil planen – Empfehlungen des Rechnungshofes ernst nehmen  
– Drs 21/1755 –]**

Zu Drucksache 21/1566, also der Ausgangsdrucksache, liegt ein Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, GRÜNEN und LINKEN auf Überweisung vor, und zwar federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Sport und Olympia, den Ausschuss für Umwelt und Energie, den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien, den Innenausschuss, den Kulturausschuss, den Stadtentwicklungsausschuss sowie den Verkehrsausschuss.

Wer wünscht nun das Wort? – Herr Quast von der SPD-Fraktion, bitte schön.

**Jan Quast** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

"Die Olympischen und Paralympischen Spiele sind das größte Sportereignis der Welt. Mit etwas Glück bekommt Hamburg die einmalige Gelegenheit, als Gastgeber der Spiele ein Signal der Völkerverständigung und des Friedens in die Welt zu senden und gleichzeitig große Schritte in die eigene Zukunft zu gehen."

(Beifall bei der SPD)

So die SPD-Fraktion in der Broschüre zum Referendum.

Meine Damen und Herren! Für die Bewerbung gibt es viele gute Gründe – einige sind eben genannt worden –, natürlich vor allem sportliche und sportpolitische. Aber auch die Entwicklung unserer Stadt ist ein gewichtiges politisches Argument für

die Olympischen Spiele in Hamburg, das wir nicht unterschlagen dürfen.

(Beifall bei der SPD)

In knapp zwei Monaten entscheiden nun die Hamburgerinnen und Hamburger, ob sich Hamburg für die Olympischen und Paralympischen Spiele bewerben soll, ob Hamburg diese Chance ergreift. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger dies auf der Basis größtmöglicher Transparenz hinsichtlich der wahrscheinlichen Kosten tun können. Der Senat wird daher in Kürze einen Finanzreport vorlegen, an dem noch mit Hochdruck gearbeitet wird, damit die Kosten mit dem größtmöglichen Maß an Sicherheit, das neun Jahren vor solchen Spielen möglich ist, aufgezeigt werden können. Es wird alles nach bestem Wissen und Gewissen dargelegt werden. Ich denke, das wird eine spannende Drucksache werden.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Wir werden diesen Bericht in den Ausschüssen und hier im Plenum diskutieren, und auch in die öffentliche Debatte wird er eingehen.

Der Rechnungshof hat sich nun dankenswerterweise schon früher die Mühe gemacht – und zwar schon sehr früh, im Sommer – und sich dazu geäußert, welche Risiken er sieht, und Empfehlungen dazu abgegeben, wie das Parlament, wie die Stadt damit umgehen soll. Diese Beratende Äußerung werden wir ebenfalls in die Diskussion einbeziehen. Heute wollen wir sie an die Ausschüsse überweisen, um dann das, was der Rechnungshof aufgeschrieben hat, mit dem abzugleichen, was sich zwischenzeitlich an Fortschritten bei den Planungen des Senats ergeben hat, vor allen Dingen hinsichtlich der Kosten. Gleichwohl haben wir als rot-grüne Regierungskoalition schon einige Schlüsse aus dem gezogen, was der Rechnungshof uns vorgelegt hat, aber auch aus dem, was uns wichtig ist in dieser Debatte, nämlich, dass wir als Verantwortliche für die Finanzen in dieser Stadt diese Finanzen auch in den nächsten Jahren im Blick behalten, unabhängig davon, wie wichtig und bedeutend das Ereignis ist, auf das wir alle – oder jedenfalls die meisten von uns – zusteuern.

Zum einen wollen wir ein geeignetes Risikomanagement und ein Finanzcontrolling innerhalb der Verwaltung, das sich ständig mit aktuellen Daten auseinandersetzt und dort, wo es notwendig ist, auch entsprechende Steuerungsmaßnahmen ergreift, das uns als Parlament als Ansprechpartner zur Verfügung steht, das wir kontrollieren und das unser Budgetrecht sicherstellt. Das ist uns sehr wichtig. Das fordern wir heute im ersten Punkt unseres Antrags.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**(Jan Quast)**

Natürlich wollen wir, dass die heutigen Kostenermittlungen ständig fortgeschrieben werden aufgrund neuer Erkenntnisse nach den hohen Standards des kostenstabilen Bauens. Ich glaube, das ist ein Punkt, den wir alle teilen.

Und natürlich dürfen die Investitionen für die Olympischen Spiele nicht die Sanierungsarbeiten behindern, die wir in Hamburg ohnehin planen, den Abbau des Sanierungsstaus, mit dem wir nach vielen Jahrzehnten vor vier Jahren angefangen haben. Im besten Fall muss es sogar so sein, dass die Sanierung dadurch beschleunigt wird, dass wir für Olympia zusätzliche Investitionen vornehmen können, mit Unterstützung der Stadt und mit Unterstützung des Bundes. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, den wir hier auch noch einmal beschreiben.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Thomas Kreuzmann CDU*)

Damit wir alle im Bilde bleiben, damit wir alle mitgenommen werden, wir als Parlament und auch die Bürger dieser Stadt, ist es richtig, dass der Senat mindestens einmal im Jahr, anlassbezogen und notfalls auch öfter, einen umfassenden Bericht vorlegt, ein Olympia-Reporting auflegt, um über den jeweiligen Sachstand zu informieren und über die Fortentwicklung der Finanzbedarfe zu berichten.

Das sind Punkte, die wir heute schon beschließen sollten, weil sie deutlich machen, dass wir zu unserer finanzpolitischen Verantwortung auch bei der Olympia-Bewerbung stehen wollen.

(Beifall bei der SPD und bei *Thomas Kreuzmann CDU*)

Das schließt nicht aus, dass wir nicht künftig auch noch weitere Punkte beschließen. Eine Sorge, liebe Kollegen vom Rechnungshof, müssen Sie sich nicht machen: Wir freuen uns, dass Sie uns im Budgetrecht unterstützen, aber wir werden darauf achten, dass unser Budgetrecht nicht gefährdet wird, dass es auch bei Olympia greift. Insofern mag es sein, dass wir an der einen oder anderen Stelle dazu noch Beschlüsse fassen. Ich sehe aktuell aber keinen Anlass, uns in diesem Zusammenhang um unser Budgetrecht Sorgen zu machen.

(Beifall bei der SPD und bei *Thomas Kreuzmann CDU*)

Meine Damen und Herren! Haushaltspolitiker und Rechnungshof neigen dazu, vor allem die finanziellen Risiken zu sehen. Das ist auch richtig, die darf man nicht außen vor lassen. Aber mir ist wichtig, dass wir auch nicht die Augen vor den großen Chancen verschließen, die Olympische und Paralympische Spiele für Hamburg, für die Entwicklung unserer Stadt und für das internationale Renommee mit sich bringen können. Das sollten wir nicht verdrängen, sondern das sollten wir auch mit

in den Vordergrund stellen. Und deswegen sage ich Ja zu Olympia, damit Hamburg gewinnt, liebe Kollegen von der LINKEN.

(Beifall bei der SPD und bei *Thomas Kreuzmann CDU* und *Farid Müller GRÜNE*)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt Herr Kreuzmann von der CDU-Fraktion.

**Thomas Kreuzmann CDU:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Quast, vorweggeschickt: Den Antrag 21/1755 unterstützen wir in voller Breite, weil dieser Antrag mit seinen vier Petita dankenswerterweise die Anregungen des Rechnungshofs in vielerlei Hinsicht aufnimmt, Sie haben es eben geschildert, ebenso wie unser haushalterisches Recht, die parlamentarische Kontrolle des Budgets, auch im Hinblick auf die Perspektive, Olympia 2024 nach Hamburg zu holen.

Nun denke ich einige Wochen zurück. Wir hatten einen Entwurf des Rechnungshofs vorliegen, der auf Seiten der LINKEN zu einem großen Aufschrei geführt hat. Obwohl schon Informationen darüber vorgelegen haben, dass es einen Drittmix im Wohnungsbau geben wird, wurde bei der LINKEN immer noch davon gesprochen, dass es eine Mietenexplosion geben werde. Mein Eindruck geht dahin, dass DIE LINKE das sogar bis heute nicht begriffen hat. Entweder sie ist beratungsresistent, oder aber sie möchte die Tatsachen nicht erkennen. Sie geht so weit, dass die Mietenexplosion immer noch in ihrem Teil des Informationshefts zum Referendum steht.

(Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Herr Kreuzmann, Frau Sudmann fühlt sich zu einer Zwischenfrage herausgefordert. Gestatten Sie eine solche?

**Thomas Kreuzmann CDU** (fortfahrend):\* Frau Sudmann kann sich melden und hier vorn ans Pult kommen.

(Zuruf von *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Ein Zweites möchte ich gern sagen im Hinblick auf das Referendum und das Informationsheft, das wir in der folgenden Debatte beschließen werden. Auch dort sehe ich nach wie vor wenig Erkenntniswillen auf Seiten der LINKEN. Wir haben uns in der vergangenen Woche im Sportausschuss mit dem Sicherheitskonzept auseinandergesetzt, und trotzdem gehen die LINKEN immer noch mit der Behauptung in die Referendumsgeschichte hinein, ganz Hamburg werde zum Gefahrengbiet. Ich finde es fahrlässig – und wir hatten das mehrfach heute –, Ängste zu schüren, den Menschen Sand in die Augen zu streuen und nicht auch die andere Seite zu nennen, die zur Wahrheit dazu gehört.

**(Thomas Kreuzmann)**

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Der Rechnungshof hat – Herr Quast hat es erwähnt – nicht nur Risiken identifiziert, sondern er hat eindeutig auch Chancen dargelegt, mit welchen parlamentarischen Mitteln es möglich ist, die Finanzlast für die Stadt Hamburg so gering wie möglich zu halten, sollte es so kommen, dass die Stadt 2024 die Olympischen und Paralympischen Spiele ausrichten und die Welt nach Hamburg holen darf. Ein Punkt ist, den Termin des Referendums weiter nach hinten zu schieben; es gibt einen Antrag der LINKEN dazu. Zweifelsohne ist das ein Punkt, dem der Rechnungshof zustimmt; er sagt, dieser Termin, der 29. November, sei früh. Aber er ist nur zu früh, um konkrete Aussagen über die Kostenlast zu machen, die die Stadt Hamburg zu tragen haben wird, und über den Finanzplan. Er ist nicht zu früh – und das ist unsere Wahrnehmung – in der Hinsicht, dass wir dringend ein Signal an das IOC senden müssen, wenn das Candidature File Part 1 als Teil des Mini Bid Books am 5. Februar beim IOC eingereicht werden muss. Das IOC erwartet ein Commitment, eine breite Unterstützung der Hamburger Bevölkerung, als Grundvoraussetzung für das weitere Bewerbungsverfahren. Unter diesem Gesichtspunkt ist das Referendum am 29. November natürlich nicht zu früh. Fahrlässig wäre es, wenn wir den Senat dazu bringen würden, ich sage es einmal bildhaft, einen Pfeil in die Wand zu stecken, Zielkreise darum herum zu malen und zu sagen, Volltreffer, das genau ist die Finanzlast, die auf Hamburg zukommen wird.

(Zuruf von Heike Sudmann DIE LINKE)

In dem Fall hätten wir eine Aussage. Und wir hätten ein weiteres Kostenrisiko, denn bis zum eigentlichen Ermitteln der Kosten würden diverse Nachplanungen erfolgen müssen, die weitere Planungskosten in Millionenhöhe mit sich brächten.

All diese Eckpunkte erwähnt auch der Rechnungshof. Ich möchte ihm für seine 43-seitige Beratende Äußerung sehr herzlich danken.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Und weil ich beim Dank bin, möchte ich auch allen Verwaltungsmitarbeitern und, Frau Sudmann, Mitarbeiterinnen in den Behörden danken, die seit Anfang des Jahres emsig an Stadtwerkstätten und Perspektiven für Olympia arbeiten, in welcher Form auch immer; ich weiß nicht, welchen personellen und zeitlichen Umfang das einnimmt.

Was uns präsentiert wird, ist zielführend für das Referendum am 29. November. Zielführend ist auch, dass der Senat uns für den 9. Oktober den Finanzreport versprochen hat.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Den wir heute noch nicht haben! Das ist nächste Woche, mein Lieber!)

– Der 9. Oktober ist rechtzeitig vor dem Referendum, Frau Sudmann.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Allerdings muss ich diese Äußerung des Senats, uns bis zum 9. Oktober einen Finanzreport vorzustellen, ein wenig schmälern, weil er nach meiner Wahrnehmung etwas zu unvorsichtig mit den Begriffen Finanzplanung und Finanzreport umgegangen ist. Ich erinnere mich noch an Äußerungen des Senats zu Beginn des Jahres, mit denen der Öffentlichkeit und dem Parlament bei verschiedenen Veranstaltungen und Ausschusssitzungen gesagt wurde, dass es im Frühjahr einen Finanzplan geben werde. Das musste relativiert werden, weil dankenswerterweise auch der Senat erkannt hat, dass das zum März nicht möglich war, kurz nach der Telefonerhebung des Deutschen Olympischen Sportbundes und kurz nachdem der DOSB in der Frankfurter Paulskirche Hamburg nach vorn geschickt und gesagt hat, wenn wir uns in Deutschland mit einer Stadt bewerben, dann mit Hamburg. In der Begrifflichkeit ist der Senat Gott sei Dank ein wenig zurückgerudert, sodass aus Finanzplanung über die Monate hinweg der Begriff Finanzreport geworden ist. Das ist auch richtig so. Eine Finanzplanung hätten wir niemals zum 9. Oktober und auch nicht zum 29. November haben können. Das hat dankenswerterweise auch der Rechnungshof dargestellt. Für eine belastbare Finanzplanung hätte erst einmal der Bedarf in allen Teilbereichen, die mit Olympia zu tun haben, festgestellt werden müssen. Diese Bedarfsermittlung kommt noch. Insofern wird sich auch der Finanzreport bis zum 5. Februar, wenn das Mini Bid Book oder das Candidature File Part 1 beim IOC eingereicht wird, noch verändern. Es ist, wie Frau Unkelbach in einer Sportausschusssitzung sagen würde, alles im Fluss.

(Zuruf von Mehmet Yildiz DIE LINKE)

– Herr Yildiz, Sie können sich auch noch melden, wenn Sie irgendetwas sagen möchten.

Dankenswerterweise hat der Rechnungshof alle diese Eckpfeiler aufgezeigt und uns an sie erinnert, unabhängig davon, was der 29. November ergibt. Immerhin legen wir dort nicht fest, dass Olympische und Paralympische Spiele 2024 in Hamburg stattfinden sollen, sondern diese Entscheidung legt nur fest – die Formulierung sagt es – ... Ich kann es im Moment nicht genau abrufen. Auf jeden Fall ist das keine Ultima Ratio.

(Heike Sudmann DIE LINKE: 'Ich bin dafür', heißt es, Herr Kreuzmann!)

– Ja, wunderbar. Vielen Dank.

**(Thomas Kreuzmann)**

"Ich bin dafür, dass sich der Deutsche Olympische Sportbund mit der Freien und Hansestadt Hamburg um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele im Jahr 2024 bewirbt."

Und genau das ist der entscheidende Unterschied. Es ist ein Bewerbungsverfahren. Der Rechnungshof erinnert uns ganz klar daran, dass das, wenn wir Parlamentarier feststellen sollten, dass bestimmte Punkte gefährlich für den Haushalt unserer Stadt wären – und Herr Quast und ich und ganz viele andere Abgeordnete hier sind Haushälter –, für uns Abgeordnete keine verbindliche Entscheidung ist. Es ist nur ein Bewerbungsverfahren,

*(Zuruf von Heike Sudmann DIE LINKE)*

und wir Abgeordnete sind letztlich bis 2017 gehalten, sorgsam auf die Finanzplanung zu achten und das parlamentarische Budget- und Haushaltsrecht wahrzunehmen. Insofern: Vielen Dank noch einmal dem Rechnungshof für seine Arbeit.

*(Beifall bei der CDU – Heike Sudmann DIE LINKE: Das ist ein vergifteter Dank!)*

**Präsidentin Carola Veit:** Nun hat Herr Müller von der GRÜNEN Fraktion das Wort.

**Farid Müller GRÜNE:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Einige Kolleginnen waren heute Morgen in einer Gewerbeschule in Bergedorf

*(Heike Sudmann DIE LINKE: Und heute Mittag auch!)*

und haben dort mit den Schülerinnen und Schülern zum Thema Olympia diskutiert. Sie wissen alle, es läuft zurzeit die "It's your Choice"-Tour, und man kann im Nachhinein sagen, dass es bei 80 Prozent der Themen um die Kosten ging. Deswegen ist es auch folgerichtig, dass wir heute dieses Thema angemeldet haben, weil so deutlich wird, dass wir als Parlament die Kostenfrage bei der Olympia-Bewerbung ernst nehmen. Meine Fraktion, wir GRÜNE, haben einen ganz besonderen Blick darauf, dass das Thema hier weiter Thema bleibt. Wir wollen, dass die Hamburgische Bürgerschaft die Wächterin der Kosten für die Olympia-Bewerbung ist, und zwar jetzt und auch nach dem Referendum.

Der Rechnungshof hat das Thema Zeitpunkt des Referendums in seinem Bericht problematisiert. Er sieht auch den Zielkonflikt, dass man sich auf der einen Seite ein Votum bei den Bürgerinnen und Bürgern abholen muss, bevor man schon allzu viel Geld investiert in eine Sache, für die man noch gar keine Rückendeckung hat beim Volk, dass jedoch auf der anderen Seite natürlich der frühe Zeitpunkt dazu führt, dass man noch keine sehr stabilen Kostenrechnungen hat. Wir werden, das hoffe ich, nächste Woche erfahren, in wie vielen Punkten nach dem stabilen Bauen bestimmte Bereiche den

voraussichtlichen Kosten sehr nahekommen. Das erfahren wir nächste Woche, wenn der Finanzreport vorliegt. Aber am Ende ist es so, dass wir natürlich den Bürgerinnen und Bürgern sagen werden, auch nach dem Referendum, dass es kein Blankoscheck ist. Es ist selbstverständlich der Job dieses Parlaments, dafür zu sorgen, dass die Kostenschätzungen erst einmal weitergeführt werden auf Basis des kostenstabilen Bauens nach DIN 276, wie es der Rechnungshof in seinem Bericht anmerkt. Selbstverständlich wollen wir, dass der Senat – und das ist unser Wunsch an den Senat – ebenfalls etwas tut. Wir wachen zwar über die Kosten, aber wir möchten auch, dass er über seine Kosten wacht. Und deswegen muss es ein zentrales Finanzcontrolling geben nach dem Vorbild Londons, das hatte Kollege Quast schon ausgeführt. Das wünschen wir uns, das geben wir dem Senat heute mit.

Natürlich sorgen sich viele Bürgerinnen und Bürger, weil es derart viele Investitionen gibt, die mit Olympia verbunden sind, und fragen sich, was denn eigentlich mit den Investitionen passiert, die schon vorher für die Stadt geplant waren. Wir geben darauf in unserem Antrag ein klares Signal, dass es wegen Olympia in dieser Stadt keinen Sanierungsstau geben soll, es soll nicht 1 Cent weniger dafür da sein.

*(Beifall bei Dr. Stefanie von Berg GRÜNE, Dr. Andreas Dressel, Dr. Melanie Leonhard, beide SPD, und Thomas Kreuzmann CDU)*

Damit wir über die Kosten wachen können – und ich sehe, wie gesagt, uns alle hier als Wächterinnen und Wächter der Kostenentwicklung für die Olympia-Bewerbung –, brauchen wir regelmäßige Berichte vom Senat. Auch das beschließen wir heute, das ist unser Vorschlag.

Wir wünschen uns eine breite Zustimmung für diesen Antrag. Die restlichen Fragen, die der Rechnungshof zu Recht aufgeworfen hat, können wir, wenn wir ehrlich sind, erst dann diskutieren, wenn der Finanzreport vom Senat vorliegt. Das soll nun nächste Woche geschehen. Dann haben wir ausreichend Gelegenheit, das in den Ausschüssen zu diskutieren, auch öffentlich. Natürlich wird der Finanzreport auch online verfügbar sein für all die Bürgerinnen und Bürger, die sich dann im November darüber Gedanken machen, wie sie abstimmen sollen.

*(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)*

Deswegen bittet meine Fraktion um Zustimmung für diesen Antrag. – Vielen Dank.

*(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)*

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat nun Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE.

**Norbert Hackbusch** DIE LINKE: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Im Gegensatz zu meinen Vorrednern bin ich der Auffassung, dass diejenigen, die in Hamburg leben, die Besten sind, über die Finanzen dieser Stadt zu wachen. Sie können dementsprechend am besten darüber entscheiden, ob man diese Olympischen Spiele aus Kostengründen veranstalten will oder nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir begrüßen es von daher sehr, dass es nun eine Möglichkeit gibt, aufgrund des Rechnungshofberichts eine fundiertere Diskussion über diese Angelegenheit zu führen. Das, was meine Vorredner eben abgelassen haben – es waren lauter Männer –, waren doch eher blumige Worte.

(*Heike Sudmann* DIE LINKE: Noch nicht mal das! Das waren Kakteen!)

– Kakteen sogar, na gut.

Es waren eher blumige Worte bezüglich des Haushalts, Versprechungen, die es im Allgemeinen immer gegeben hat. Ich finde, der Rechnungshofbericht gibt uns einige Möglichkeiten, in die harten Fakten einzusteigen.

Das erste Entscheidende, finde ich – das wurde bisher noch nicht angesprochen, deswegen will ich das prominent sagen –, ist der IOC-Vertrag. Die GRÜNEN werben schon jetzt für die Olympischen Spiele, wie ich gesehen habe: Hamburg zeigt es dem IOC. Kompakte und nachhaltige Spiele seien möglich. Lesen Sie sich einmal den Rechnungshofbericht durch. Dann werden Sie feststellen, dass dort steht, das IOC bestimme, dass Hamburg alle finanziellen Lasten zu tragen habe, das IOC jedoch durch Olympia nur gewinne. Das ist die Situation, und wir halten das für eine schlechte Situation. Wir unterstützen Boston und Oslo, die gesagt haben, sie wollten das nicht so.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt führen Sie als Argument aus, es gebe doch einen neuen Vertrag. Ich will Ihnen einmal sagen, wie dieser Vertrag aussieht und was diejenigen, die in dieser Stadt sonst sehr für Olympia sind, dazu sagen. Die "Welt" berichtet dazu, es seien eine milde Sprache und harte Forderungen. Das heißt, Ihre Nachhaltigkeit besteht in dem, was es bei dem Thema Nachhaltigkeit schon häufig gibt: blumige Worte und nichts dahinter. Dieser Begriff wird sehr oft so verwendet, das zeigt sich auch in diesem Bereich. Das "Hamburger Abendblatt" berichtet ein bisschen vorsichtiger, der Host-City-Vertrag sei unausgewogen, und führt dann das Gleiche aus.

(Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Herr Hackbusch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Tjarks?

**Norbert Hackbusch** DIE LINKE: Ja, gern.

**Zwischenfrage von Dr. Anjes Tjarks** GRÜNE:\* Sehr geehrter Kollege Hackbusch, wissen Sie eigentlich, dass das IOC in dem Host-City-Vertrag fordert, die Luftreinhaltgrenzwerte sollten nicht den europäischen Standards, sondern den WHO-Standards entsprechen, die deutlich schärfer sind als die europäischen Standards?

(Zuruf von *Mehmet Yildiz* DIE LINKE)

**Norbert Hackbusch** DIE LINKE (fortfahrend): Das ist einer der Punkte. Ich habe gesagt, wir diskutieren im Zweifelsfall alle Fragen, die es zum Bereich Olympia gibt. Der entscheidende Punkt beim Rechnungshofbericht ist, dass wir dort gegenwärtig nicht über die Frage von Luftverschmutzung oder Ähnlichem sprechen,

(*Dr. Anjes Tjarks* GRÜNE: Ja, das hast du eben gemacht!)

sondern es geht entscheidend um die Frage, wie die Struktur ist. Der Rechnungshofbericht hat vor allem gesagt, der IOC-Vertrag bedeute, dass alle Verantwortung und alle Risiken bei der Stadt seien. Das wurde dort kritisiert. Darüber berichten und diskutieren wir momentan. Und wir stellen fest, dass sich genau dieser Punkt nicht verändert hat. Deswegen ist es wichtig, für diese Stadt festzustellen, dass das IOC immer noch bestimmt und diktiert, und wir als Stadt werden vom IOC erpresst. Ich halte das für unerträglich.

(Beifall bei der LINKEN)

Man muss sich wirklich mit den Finanzen auseinandersetzen. Wir haben hierzu bisher eine Zahl gehört, aber wir kennen den Finanzbericht immer noch nicht. Eine systematische Diskussion darüber braucht doch eine gewisse Zeit. Selbst der Rechnungshofbericht ist bisher noch nicht richtig gelesen worden. Es ist wirklich entscheidend, sich damit genau auseinanderzusetzen. Wir haben bisher eine Zahl gehört aus diesem Finanzbericht, nämlich dass allein der Umzug der Hafenum Unternehmen 1,1 Milliarden bis 1,4 Milliarden Euro kosten würde. Da ist aber noch nichts gebaut, da wurde noch kein Kampfmittel untersucht, es ist noch kein zusätzlicher Arbeitsplatz entstanden. Da sind bisher eher nur Arbeitsplätze vernichtet worden auf dem für die Olympischen Spiele vorgesehenen Gelände. Das ist eine Summe von zwei Elbphilharmonien nur für diesen Umzug, ohne dass wir davon einen stadtpolitischen Vorteil haben. Das muss man ernsthaft diskutieren, und da kann man nicht sagen, wir hätten die Schuldenbremse, und die Welt sei wunderbar. Was sind denn das für haushaltspolitische Wolkenkuckucksheime, die Sie dort aufbauen? So kann man in dieser Stadt nicht regieren.

(Beifall bei der LINKEN)

**(Norbert Hackbusch)**

Es geht um die Frage, was wir uns leisten können. Es ist eine Politik, die darauf hinzielt, dass die soziale und kulturelle Infrastruktur in Hamburg nicht so ist, wie sie sein sollte. Stattdessen wird gesagt, wir träumen von Olympia. Das ist meiner Meinung nach keine Art und Weise, Politik zu betreiben. Wir wollen ernsthafte Politik, und wir wollen soziale Politik. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Herr Oetzel von der FDP-Fraktion bekommt jetzt das Wort.

**Daniel Oetzel FDP:\*** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Hackbusch, es ist wirklich eine Situation, die ich nicht erwartet habe, dass nämlich heute die Linkspartei dem Rest des Parlaments vorwirft, haushaltspolitische Wolkenkuckucksheime zu errichten. Ich finde es unglaublich, dass ich das noch einmal erleben darf.

(Zurufe von der LINKEN)

Ich erinnere Sie in der nächsten Haushaltsdebatte daran, dann wird es nämlich völlig anders herum sein. Dann werde ich Sie an Ihre Worte erinnern, die Sie heute gesprochen haben und daran, dass Sie uns vorgeworfen haben, wir würden haushaltspolitische Wolkenkuckucksheime errichten.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Auch die FDP-Fraktion hat die Beratende Äußerung des Rechnungshofs zur Olympia-Bewerbung natürlich mit großem Interesse gelesen. Und völlig zu Recht weist der Rechnungshof darauf hin, dass die Olympia-Bewerbung mit einem Marathonlauf vergleichbar sei, bei dem wir erst am Anfang stehen. So ein Marathonlauf ist eine große Aufgabe und muss dementsprechend gut vorbereitet werden. Herr Hackbusch, liebe Kollegen von der Links-Fraktion, eine Vorbereitung besteht nicht darin, diese Beratung nur äußerst partiell zur Kenntnis zu nehmen und daraufhin gleich die Flinte ins Korn zu werfen, nur weil große Herausforderungen vor einem liegen. Diese Neinsager-Mentalität und diese Angst vor allem, was vor einem liegt, ist keine Grundlage für eine Politik, die unsere Stadt nach vorn bringt.

(Beifall bei der FDP und der SPD – Zuruf von *Mehmet Yildiz DIE LINKE*)

Wer sich für die Zukunft Hamburgs von Angst und Mutlosigkeit leiten lässt, der ist wirklich schlecht beraten, Herr Hackbusch, und er findet keine Unterstützung bei den Freien Demokraten.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der AfD)

Es ist außerordentlich schwierig, bei der Dynamik des laufenden Bewerbungsprozesses, auch vor dem Hintergrund der immer noch laufenden IOC-Reformen, einen Sachstandsbericht zu geben, der immer auf dem aktuellen Stand ist und der immer alle aktuellen Informationen und Ereignisse wirklich berücksichtigt. Der Rechnungshofbericht geht beispielsweise noch von einem zweistufigen Bewerbungsverfahren aus. Seit einigen Wochen wissen wir aber, dass es ein dreistufiges Bewerbungsverfahren ist und es noch einmal reformiert werden soll. Es befindet sich noch im laufenden Reformprozess.

Unter anderem haben wir auch noch nach der Vorlage des Rechnungshofberichts erfahren, dass die ungefähre Höhe des Geldes, das vom IOC an die Stadt fließt, circa 1,7 Milliarden Euro beträgt, das steht bis jetzt fest, und ebenso, dass 60 Prozent der Überschüsse ebenfalls an das Organisationskomitee nach Hamburg gehen, um hier nationale Sportprojekte und den Breitensport zu fördern. Das lassen Sie alles unter den Tisch fallen, und das wissentlich.

Deshalb ist eine vollkommen abschließende Beurteilung des Vertrags auch erst Ende kommenden Jahres möglich, weil die Reformagenda des IOC bis dahin sicherlich noch stärker in den Vertrag einfließen wird. Deshalb ist es auch unredlich von Ihnen und Ihrer Fraktion, Herr Hackbusch, Ängste vor irgendwelchen Knebelverträgen zu schüren, die wir noch überhaupt nicht in der finalen Form vorliegen haben.

(Zurufe von der LINKEN)

Natürlich hilft es uns in der Diskussion nicht, dass der Senat bei allen Detailfragen stur auf den Finanzreport verweist. Ich stimme Herrn Quast zu, dass dies in der Tat eine sehr interessante Drucksache werden wird, an die wir auch hohe Anforderungen stellen. Wir erwarten, dass dieser Finanzbericht mehr Fragen aufwirft, als er beantwortet.

Wir erwarten, dass alle offenen Fragen zur Verlegung der Hafenterrassen und die zuständige Kostenfrage ausreichend beantwortet werden. Wir erwarten, dass die umzusetzenden Baumaßnahmen inklusive der Finanzierung sichtbar sind, dass die Kosten für den Haushalt dargestellt werden und aufgezeigt wird, wie möglichst viele private Mittel eingeworben werden können. Und wir erwarten, dass diese bis zum Stichtag ermittelten Kosten konkret beziffert und vor allem mit einer realistischen Kostenvarianz unterlegt werden. Und wir erwarten nicht zuletzt, dass bestehende Unklarheiten, Risiken und Lücken in der Planung, wenn es sie denn gibt, nicht verschwiegen, sondern klar benannt werden, damit auch deutlich wird, wo es noch weiteren Klärungsbedarf gibt.

Der Senat muss all diese Fragen vor dem Referendum transparent und sinnvoll beantworten können,

**(Daniel Oetzel)**

um die Herausforderungen, die der Rechnungshof zu Recht aufzeigt, bewältigen zu können. Wir werden die Olympia-Drucksache daher sehr genau in Augenschein nehmen und den Finger in die Wunde legen, wenn wir denn eine entdecken. Trickereien und Intransparenz in dieser zentralen Frage wird die FDP-Fraktion dem Senat nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der FDP)

So wird es auch mit uns Olympia um jeden Preis nicht geben, denn sollte zu einem späteren Zeitpunkt im Bewerbungsprozess klar werden,

(Zuruf von *Heike Sudmann DIE LINKE*)

dass der Senat mit der Herausforderung überfordert ist, dass die IOC-Reform nicht den gewünschten Verlauf nimmt, dann müssen wir im Interesse der Stadt die Möglichkeit offenhalten auszusteigen. Das haben meine Vorredner auch schon betont. Wenn das IOC aber weiter konsequent den eingeschlagenen Reformweg fortsetzt und die Olympia-Befürworter in Hamburg parteiübergreifend zusammenarbeiten, dann bin ich optimistisch, dass Hamburg der Welt beweisen wird, dass Olympia auch nachhaltig, ohne Gigantismus und zum Wohle aller organisiert und durchgeführt werden kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt Professor Kruse von der AfD-Fraktion.

**Dr. Jörn Kruse AfD:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die AfD-Fraktion ist grundsätzlich für Olympia.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Das ist aber neu! Vorhin sagte Ihr Vertreter Nein!)

– Hören Sie mir einen Augenblick zu, Frau Sudmann, dann kennen Sie die ganze Story. Wenn ich so ausdrücklich "grundsätzlich" sage, werden Sie merken, dass noch etwas folgt.

Wir sind grundsätzlich dafür, und wir sehen nicht nur die völkerverbindenden Effekte, darüber ist heute geredet worden, das muss ich nicht wiederholen, das wissen wir alle. Wir sehen auch die großen Chancen für die Hamburger Wirtschaft, die sich als positive, externe Effekte niederschlagen, für Hamburg und die Akteure. Die Weltbekanntheit und das Image Hamburgs werden sich auch materiell niederschlagen in den wirtschaftlichen Aktivitäten der Hamburger Firmen. Das ist positiv zu sehen. Wir sehen auch die Chancen, die sich daraus ergeben, dass wir die Infrastruktur schneller weiterentwickeln können, als wir das sonst erreichen könnten. Das sind alles positive Effekte.

Aber – und das ist jetzt der Pferdefuß – wir haben immer gesagt, dass es im Augenblick ein unkalku-

lierbares Risiko ist. In gewisser Weise haben wir das vorhergesehen, denn Sie erinnern sich vielleicht, liebe Kollegen, dass wir vor der Sommerpause einen Antrag gestellt haben, der Senat möge unabhängige Experten damit beauftragen, die materiellen Annahmen abzuschätzen und dann ein Urteil abzugeben. Das haben Sie abgelehnt, wie es bei einem AfD-Antrag sowieso zu erwarten gewesen ist. Aber das Problem ist damit nicht vom Tisch. Dieses Problem hat dann dankenswerterweise der Rechnungshof aufgegriffen. Der Rechnungshof ist eine Institution, zu der ich großes Vertrauen habe, weil sie politikunabhängig ist.

Was der Rechnungshofbericht sagt, kennen Sie alle, und das ist alarmierend für jeden, der seriöse finanzpolitische Entscheidungen treffen will. Der Rechnungshof sagt nicht, Hamburg dürfe sich nicht bewerben. Er sagt nicht, dass die Hamburger auf Milliardenbeträgen sitzen bleiben. Aber er sagt ganz klar, dass der Planungsfortschritt so ist, dass man jetzt noch keine vernünftige Entscheidung treffen kann. Dieser Rechnungshofbericht hat bei uns in der Fraktion dazu geführt, dass wir intensiv diskutiert haben und am Ende zu dem Ergebnis gekommen sind, an diesem Montag in einer Fraktionssitzung, dass wir derzeit, schaut man sich das Informationsheft für Olympia an, eine Zustimmung zu Olympia nicht empfehlen können.

Dieses "Derzeit" ist wichtig. Ich persönlich glaube durchaus daran, dass sich vieles von dem zum Guten wenden wird, aber das ist mein Glaube, und finanzpolitische Entscheidungen sollte man nicht auf Glauben gründen, sondern auf harten Fakten. Insofern denke ich, wenn ich mir jetzt den Planungsstand und die vorliegenden Fakten anschau, dass man damit nicht ehrlichen Gewissens vor die Hamburger Bürger treten und ein Ja verlangen kann.

Ich könnte es auch andersherum formulieren. Wenn die Fakten jetzt noch nicht vorliegen können, wie ich gelegentlich in den Ausschüssen, in denen ich zusammen mit meinem Kollegen Herrn Dr. Wolf war, gehört habe, dass man das alles noch gar nicht so genau wissen könne, dann haben wir das Referendum zu früh veranlasst. Wir hätten dann einfach mit dem Referendum warten müssen, bis wir den Hamburger Bürgern genauer sagen können, was sie erwartet, damit sie dann vernünftig abstimmen können. Das ist aber nicht passiert. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an einen Antrag der LINKEN. Ich finde es immer schön, wenn ich der LINKEN einmal zustimmen kann. Sie haben nämlich im Wesentlichen gefordert, das Referendum zu verschieben. Ich weiß, dass das nicht mehr geht, aber es war jedenfalls der richtige Ansatz.

Herr Quast, Sie haben heute einen Antrag eingebracht, den ich leider erst bekommen habe, als die Sitzung schon fast angefangen hatte. Damit ver-

**(Dr. Jörn Kruse)**

kaufen Sie uns ein Verfahren, dass jetzt ein Controlling gemacht und informiert werden sollte und so weiter, und das seien alles ganz tolle Dinge. Aber das sind pure Selbstverständlichkeiten. Das hätte schon längst passieren müssen, das ist bei einem so großen Projekt mit so großen finanziellen Risiken eigentlich eine pure Selbstverständlichkeit. Das müsste man nicht jährlich machen, wie Sie schreiben, sondern vierteljährlich. Es muss so genau dokumentiert werden, dass die Bürgerschaft wirklich weiß, was sie tut, denn selbst bei einem positiven Referendum haben wir die Möglichkeit, im Zuge des Bewerbungsverfahrens, wenn die Sache völlig aus dem Ruder laufen sollte – und ganz sicher bin ich nicht, dass es nicht so kommen wird –, sie noch anhalten zu können. Und dazu muss die Bürgerschaft informiert sein. Deshalb würde ich Sie sehr herzlich darum bitten, da Sie sicherlich das Referendum nicht jetzt verschieben werden,

*(Dirk Kienscherf SPD: Sehr gut!)*

dass Sie uns, die Bürgerschaft, zeitnah, vierteljährlich, über die Entwicklungsfortschritte in den Planungen, insbesondere den finanziellen Planungen der Einnahmen und Ausgaben, informieren. Wir können uns dann eine Meinung bilden, um gegebenenfalls, wenn es sich schlecht entwickeln sollte – das können unterschiedliche Gründe sein, zu denen auch der IOC-Vertrag gehört –, noch Nein sagen zu können. Darum möchte ich Sie ganz herzlich bitten. – Danke für die Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der AfD)*

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt Frau Blömeke von der GRÜNEN Fraktion.

**Christiane Blömeke GRÜNE:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kollegen der Links-Fraktion,

*(Heike Sudmann DIE LINKE: Kolleginnen!)*

ich finde es richtig, kritische Anmerkungen zu machen. Wir haben in dieser Woche schon in den Schulen diskutiert. Ich finde es dabei auch wertvoll, dass manche Punkte der Olympia-Bewerbung durch diese Kritik, vorwiegend von der Links-Fraktion, noch einmal quergebürstet werden. Ich glaube, dass das für den Prozess in dieser Stadt wichtig ist. Aber bei allem Respekt vor Kritik kann ich eines nicht nachvollziehen: Der Rechnungshof hatte zur Erstellung seines Berichts noch nicht den endgültigen Finanzplan des Senats vorliegen. Den haben wir alle noch nicht. Das bedeutet, wir brauchen meiner Wahrnehmung nach, um wirklich bewerten zu können, über welche Zahlen wir reden, den Finanzplan. Wir wissen alle, dass wir am 9. Oktober die Sitzung im Sportausschuss haben, dem Ausschuss für Sport und Olympia, und da werden wir über diesen Finanzplan sprechen. Ich

denke, dann erhält eine Debatte darüber auch wesentlich mehr Substanz als das, was wir jetzt hier immer veranstalten.

Eine weitere Anmerkung. Ich habe mich ein bisschen gewundert, Herr Hackbusch, denn Sie haben zitiert, dass sich die Medien schon einen Tag später kritisch zum Host-City-Vertrag geäußert hätten. Ich war etwas erstaunt, wie die Medien so etwas tun konnten, denn immerhin sind es 42 Seiten mit über 200 Seiten Anhang in englischer Sprache. Wir brauchen da noch ein wenig Zeit, den Vertrag für uns gut zu übersetzen und dann zu bewerten. Ich finde das Heranziehen der Medienäußerungen in diesem Fall nicht unbedingt tauglich.

*(Beifall bei der SPD)*

Noch etwas zu Herrn Hackbusch. Sie haben gesagt, wir würden von Olympia träumen. Nein, wir träumen nicht von Olympia, sondern wir träumen vor allen Dingen von dem, was uns Olympia als Katalysator für diese Stadt bringt. Das ist ein großer Unterschied. Es geht uns nämlich nicht um sechs Wochen Sport und Fun in dieser Stadt, sondern es geht darum, dass wir die Dinge für die Stadt erreichen, auf die wir sonst wahrscheinlich viel, viel länger warten müssten.

*(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und einzeln bei der FDP)*

Daher finde ich es seltsam, dass die Links-Fraktion nicht einmal zur Kenntnis nimmt, dass wir mit diesem Katalysator Olympia dringend benötigten Wohnraum schaffen würden und 8 000 Wohnungen auf dem Kleinen Grasbrook bauen würden. Sie sagen stattdessen, wie schwierig es sein werde, die Betriebe zu verlagern, Betriebe, die im Moment nicht mehr sind als Autos und Paletten, die auf dem Kleinen Grasbrook in bester Wohngegend stehen. Es sind 8 000 Wohnungen und davon ein Drittel Sozialwohnungen. Damit sollte sich die Links-Fraktion auch einmal auseinandersetzen, denn sonst sagt sie immer, wir brauchen Wohnraum in dieser Stadt.

*(Beifall bei der SPD – Glocke)*

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Frau Blömeke, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Sudmann?

**Christiane Blömeke GRÜNE:**\* Ja.

**Zwischenfrage von Heike Sudmann DIE LINKE:** Sie sprachen gerade vom Kleinen Grasbrook und sagten, da seien nur Autos und Paletten. Ist Ihnen bewusst, das zurzeit 1 500 Arbeitsplätze auf dem Kleinen Grasbrook sind? Und wenn ja, ist das für Sie eine kleine Zahl?

**Christiane Blömeke** GRÜNE (fortfahrend):\* Das ist für mich keine kleine Zahl, aber aus dem Grunde findet auch eine verantwortungsbewusste Verlagerung dieser Betriebe statt. Ich halte das in Anbetracht dessen, dass wir dort einen wirklich schönen neuen Stadtteil mit gemischtem Wohnraum schaffen, für durchaus vertretbar.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei *Carl-Edgar Jarchow* FDP)

Sie schweigen sich außerdem immer darüber aus, dass wir nicht nur über die Olympischen Spiele als solche reden, sondern auch über die Paralympischen Spiele. Ich finde, das ist ein sehr wesentlicher Punkt für ganz Hamburg, weil Paralympische Spiele ein Denken von Barrierefreiheit in unseren Köpfen bedeuten, das wir sonst so nicht erreichen würden. Es bedeutet Barrierefreiheit nicht nur in den Köpfen, sondern auch bei unseren Sportstätten und beim öffentlichen Nahverkehr. Und dazu vermisse ich ebenfalls Äußerungen von der Links-Fraktion, nämlich dass Olympia auch etwas Positives bewirken kann. Stattdessen zitieren Sie hier irgendwelche Dinge, die überhaupt noch nicht spruchreif sind.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei *Daniel Oetzel* FDP)

Ich könnte noch viele Dinge wie beispielsweise den Ausbau von Fahrradschnellstraßen weiter ausführen. Wir haben schon endlos darüber diskutiert, was wir uns vom Katalysator Olympia für die Stadt versprechen. Es ist bei all dem natürlich trotzdem richtig, kritisch zu bleiben.

Ich verstehe den Zwischenruf auf die Aussage von Herrn Oetzel hin nicht, der das dreistufige Verfahren beschrieb und sagte, man müsse verantwortungsbewusst sein und schauen, und wenn es nicht ginge oder vielleicht die Gelder vom Bund nicht ausreichend ausfallen würden, hätten wir die Möglichkeit auszusteigen. Er führte weiter aus, dass das IOC uns auch hinauswerfen könne. Da ruft Frau Sudmann dazwischen, ob er etwa Angst habe. Das hat nichts mit Angst zu tun, Frau Sudmann, sondern mit verantwortungsbewusstem Handeln. Das nehmen Sie bitte zur Kenntnis.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und einzeln bei der FDP)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel von der SPD-Fraktion.

**Dr. Andreas Dressel** SPD:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In aller Kürze: Wir sind über die Frage der Verlagerung im Hafen sehr intensiv mit der Hafengewirtschaft im Gespräch. Es ist auch Bestandteil unserer Planung, dass wir natürlich einen Weg finden müssen, damit kein einziger Arbeitsplatz verloren geht und allen Betrieben eine Zukunftsperspektive gegeben wird. Wir wollen das

mit der Hafengewirtschaft und nicht gegen sie machen. Genau das ist der Inhalt unserer Gespräche mit der Hafengewirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme kurz zu dem Antrag. Die inhaltlichen Punkte haben Jan Quast und Farid Müller schon vorgestellt. Ich finde, es ist ein gutes Zeichen in einer vielleicht ein wenig aufgeheizten Diskussion vor einem solchen Referendum, dass wir die Hinweise des Rechnungshofs sehr ernst nehmen. Wir haben konkrete Punkte, die auch mit Textziffern aus dem Bericht belegt sind, und haben gesagt, da wollen wir konkrete Handlungsoptionen aufgreifen bezüglich der Kostenermittlung und so weiter. Ich halte das für gut. Wir erfüllen damit die verschiedentlich geäußerten Forderungen, bestimmte Dinge aufzugreifen.

Ich sage das an die Adresse des Rechnungshofs, der heute anwesend ist in Gestalt des Präsidenten, weil in dem Bericht auch steht, die Bürgerschaft habe eine wichtige Funktion für den weiteren Planungsprozess. Das wissen wir ganz genau, denn wir haben alle miteinander die Bestimmungen der Verfassung verabschiedet. Das heißt, wir üben dieses Wächteramt aus über die Frage unseres Budgetrechts, die Kostenermittlung und Kostenüberschreitungen. Das wissen wir sehr wohl, diese Verantwortung haben wir. Deswegen kann auch jede Bürgerin und jeder Bürger, die oder der am 29. November zur Abstimmung geht, sich ganz genau darauf verlassen, dass die Bürgerschaft dieses Recht und diese Pflicht sehr ernst nehmen wird. Hier gibt niemand irgendwelche Erklärungen ins Blaue hinein ab, wir stehen zu unserer Verantwortung, ich sage das noch einmal als deutliches Signal.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Da wir wirklich auf völlige Transparenz setzen – ich nehme das kurz vorweg, weil wir die nächste Debatte nicht gleich führen werden, wir hatten vorgeschlagen, auf sie zu verzichten –, haben wir auch in dem Abstimmungsheft einen Weg gefunden, dass dort auch eine Nein-Position in Gestalt der Volksinitiative, die die Unterschriften dazu gesammelt hat, ihren Platz für ihre Argumente finden kann. Wir haben auch den ganzen Bewerbungsprozess immer so gestaltet, von der ersten Stadtwerkstatt in der MagnusHall an, in der "NOlympia" als Erstes ans Mikrofon durfte, dass wir es gemeinsam mit der Stadt entwickeln wollen.

Gerade durch diese kritischen Hinweise kann die Bewerbung Schritt für Schritt nur besser werden. In diesem Geist wollen wir jetzt die Diskussion bis zum Referendum führen. Deshalb bitte ich auch beim nächsten Punkt um breite Zustimmung zu diesem Informationsheft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Jetzt hat Frau Sudmann das Wort von der Fraktion DIE LINKE.

**Heike Sudmann** DIE LINKE: Dem Rechnungshof möchte ich jetzt zurufen: Willkommen im Club. Kaum haben Sie Kritik geäußert, geht es Ihnen so ähnlich wie uns, man wird von allen Seiten angegangen. Nur im Gegensatz zur LINKEN werden Sie sehr freundlich behandelt. Man sagt Ihnen, man nehme Sie ernst.

(*Ekkehard Wysocki SPD: Stuhlkreis!*)

Man sagt Ihnen, Sie hätten gute Hinweise gegeben. Aber wenn wir uns das realistisch ansehen, ist es eine Beerdigung erster Klasse. Das hat der Rechnungshof nicht verdient.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer den Rechnungshofbericht gelesen hat, wird feststellen, dass sich wie ein roter Faden der Punkt der fehlenden Kostenklarheit durchzieht. Das hat der Rechnungshof sehr klar beschrieben, nicht nur zum Zeitpunkt, als er seine Beratende Äußerung erstellt hat, sondern er hat auch gesagt, es werde bis zum November keine Kostenklarheit geben.

Ich gebe einmal die Begrifflichkeiten wieder, die jetzt gerade von den Befürworterinnen und Befürwortern geäußert wurden. Herr Quast sagt, es würden wahrscheinliche Kosten sein. Herr Müller sagt, es würden noch keine sehr stabilen Zahlen sein. Der Senat sagt, es werde einen Kostenkorridor, einen Kostenreport geben. Das ist alles andere als Kostenklarheit, und das reicht uns überhaupt nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe eben vergessen, Frau Blömeke zu zitieren. Sie ist die Einzige in diesem ganzen Hause, die sagt, wir würden einen endgültigen Finanzplan nächsten Freitag erhalten. Super, Frau Blömeke, der Senat weiß davon noch gar nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt im Moment sehr viele Debatten in den Schulen; heute gab es eine weitere in einer Gewerbeschule. Die Schüler und Schülerinnen konnten nicht verstehen, dass sie jetzt abstimmen sollen, ohne genau zu wissen, wie hoch die Kosten sind. Ihnen werde aber gesagt – wie eben von Herrn Müller und anderen –, dass es doch gar kein Problem sei und dass wir als Bürgerschaft so verantwortungsbewusst seien, den Zug notfalls zu stoppen.

(*Farid Müller GRÜNE: Sie nicht?*)

– Herr Müller, Sie waren heute leider nicht dabei, obwohl Sie angekündigt waren.

Die Schülerinnen und Schüler sagen, wenn sie als Abstimmende den Zug stoppen wollten, die Bürgerschaft das aber nicht wolle, dann würden sie nicht mehr gefragt werden. Man bräuchte also

noch eine zweite Abstimmung. Dazu sagen Sie gar nichts. Zu Recht fühlen sich dann die Schülerinnen und Schüler ein bisschen auf den Arm genommen.

(*André Trepoll CDU: Parlamentarische Demokratie!*)

– Ich danke Ihnen, Herr Trepoll, für Ihren Zwischenruf "parlamentarische Demokratie".

Warum fragen Sie jetzt und nicht mehr kurz vor 2017? Da ist es dann für Sie nicht mehr relevant, die Menschen zu beteiligen. Das läuft so aber nicht.

(Beifall bei der LINKEN – *André Trepoll CDU: Warum fragen Sie nicht danach?*)

Ich komme zum Stichwort Transparenz. Ich habe das Gefühl, für Sie heißt Transparenz, zu sagen, ihr könnt alles im Transparenzportal finden und auf die Homepage schauen. Ich muss aber auch verstehen können, was da steht. Ich höre jetzt, man könne sich den Kostenreport ansehen, wenn er denn wirklich vorliegen sollte bis nächste Woche. Sie sagen selbst, den Kostenreport zu erstellen dauere Monate, weil es unglaublich viel Arbeit ist. Und dann wollen Sie als Bürgerschaft es gut finden, dass wir am 9. Oktober diesen Kostenreport im Ausschuss beraten sollen. Wir haben bis heute den Kostenreport nicht vorliegen, aber wir sind ja alle so schlau, dass wir als einzelne Abgeordnete innerhalb von sieben Tagen das alles durchblicken können, woran etliche Experten für zig Millionen Euro monatelang gesessen haben. Das ist doch ein echtes Armutszeugnis, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann zum Stichwort Transparenz. Herr Kreuzmann lässt mich immer nicht dazwischenfragen, weil er weiß, dass ich dann sehr konkret nachfrage. Sie haben letztes Mal schon gesagt, der Gastgebervertrag sei total klasse und gar kein Problem. Hinterher haben Sie mir gesagt, Sie hätten ihn noch nicht einmal gelesen. Ich kann ihn ehrlich gesagt auch gar nicht lesen. Ich traue mir nicht zu, Juristenenglisch beziehungsweise Vertragssenglisch zu lesen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Deswegen sitzen wir ja hier!*)

Ich habe heute den Dritten gefragt, die Bewerbungsgesellschaft – ich hatte schon Herrn Krupp gefragt, ich hatte Herrn Neumann gefragt –, wann denn die deutsche Übersetzung kommt, und ich habe eben gerade von der Bewerbungsgesellschaft die Antwort bekommen, sie hätten jetzt die deutsche Übersetzung, man müsse sie aber noch juristisch prüfen, bevor man sie weitergeben könne. Das heißt, es ist eine richtig schwierige Materie, und diese Materie wollen sich die Bürgerinnen und Bürger natürlich auch anschauen. Und dann sagen Sie, Herr Kreuzmann, letzte Woche im Aus-

**(Heike Sudmann)**

schuss, ob wir den Vertrag in sechs oder in acht Wochen auf Deutsch bekommen, spiele doch für die Abstimmung keine Rolle. Das ist keine Transparenz, das ist ehrlich gesagt ein Wort, das mit "V" anfängt und mit "ung" aufhört, aber das spreche ich jetzt nicht aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann noch einmal zu der Geschichte Infrastruktur, Frau Blömeke, und ÖPNV. Gestern hat Ihr Senat etwas Schönes gemacht. Er hat gesagt, er plane weiter bei den U-Bahnen, das gehe alles viel zu langsam. Der Senat hatte auch einmal gesagt, dass er jemals nach Wilhelmsburg weiterplane, das sei nicht drin. Aber Sie planen ohne Olympia. Schon im April 2014, Olympia war kein Thema, ist der erste Plan vorgelegt worden. Es gibt 74 Millionen Euro, Gelder vom Bund, die jetzt für die Planung verwendet werden. Dafür brauchen Sie Olympia nicht, also erzählen Sie uns keine Märchen, sondern sehen Sie ein – wir haben keine Angst, sondern sind uns sehr sicher –, dass diese Olympischen Spiele Hamburg mit sehr hohen Schulden belasten werden. Diese werden die Bürgerinnen und Bürger bezahlen, und die wollen das hoffentlich nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Herr Quast von der SPD-Fraktion bekommt das Wort.

**Jan Quast SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Sudmann, was DIE LINKE hier veranstaltet, lässt sich an Unseriosität nicht überbieten.

(Beifall bei der SPD, der CDU und bei *Daniel Oetzel FDP*)

Es ist nicht nur so, dass das, was Sie hier zu Olympia äußern, überhaupt nichts mit dem zu tun hat, was Sie sonst in der Haushalts- und Finanzpolitik veranstalten, wo Ihnen eigentlich vollkommen egal ist, wo das Geld herkommt und wie viel rausgeht.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Das reicht Ihnen nicht, sondern Sie tun hier schlauer, als wir alle zusammen sind, die darauf warten, dass wir vom Senat etwas vorgelegt bekommen. Ich glaube, was Sie nicht verstanden haben, was aber entscheidend ist, nämlich was Hamburg macht und dass es wahrscheinlich anders ist, als andere das bis dahin gemacht haben – was ich aber nicht weiß –, ist, dass wir Olympische Spiele und Paralympische Spiele planen, die schon deswegen nachhaltig sind, weil wir sehr viele Projekte, die wir dort entwickeln, nachnutzen. Wir bauen 8 000 Wohnungen für die Olympischen Spiele, für das olympische Dorf, die danach für die Menschen in der Stadt nutzbar sind – Wohnungen, die wir

dringend brauchen, wie wir heute an vielen Stellen diskutiert haben. Gleiches gilt für eine ganze Reihe von Sportanlagen, die ich gar nicht aufzählen will – das wissen Sie nämlich alles genau, das ist in den Stadtwerkstätten offen diskutiert worden – und die einer Nachnutzung und damit auch einer Finanzierung zugeführt werden, die nachhaltig ist und die damit absichert, dass andere sich an den Kosten beteiligen und auch der Bund sich beteiligt.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, was ganz entscheidend ist, und das ist auch eine Forderung der LINKEN, von Herrn Hackbusch: Wir werden in den nächsten Jahren Hamburger Sportstätten aller Voraussicht nach schneller sanieren, als es sonst der Fall wäre, was doch unser aller Ziel ist, aber von Ihnen besonders stark eingefordert wird, nämlich die Sanierung der Infrastruktur, auch der Sportinfrastruktur der Stadt. Das passiert, aber Sie reden das schon schlecht, bevor Sie überhaupt etwas auf den Tisch gelegt bekommen haben, Frau Sudmann, und das geht nicht.

(Beifall bei der SPD und bei *Thomas Kreuzmann CDU*)

Wenn Sie schon meinen, uns hier auszählen zu müssen, und sich dabei auf den Rechnungshof als Kronzeugen berufen, was er nicht ist, denn Sie haben den Bericht offenbar nicht gelesen, Sie haben nur das gelesen, was Ihnen gerade passt, dann bleiben Sie wenigstens auf dem Boden der Tatsachen, auf dem Boden dessen, was wir heute wissen. Dann diskutieren wir weiter, wenn wir den Finanzreport haben, und dann schauen wir einmal, was da am Ende steht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

**Präsidentin Carola Veit:** Herr Yildiz von der Fraktion DIE LINKE bekommt jetzt das Wort.

**Mehmet Yildiz DIE LINKE:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Quast, anstatt anderen etwas zu unterstellen, sollten Sie sich einmal intensiv mit der Sache auseinandersetzen. Ich glaube, Sie haben weder den Bericht gelesen noch sich vernünftig mit dem Thema IOC-Verträge befasst. Wenn Sie sich den letzten Vertragsentwurf angeschaut haben, dann steht darin im Grundsatz eindeutig das, was auch der Rechnungshof kritisiert.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Der letzte IOC-Vertrag!*)

Ich hoffe, dass wir den Vertrag demnächst übersetzt bekommen, damit wir nichts Falsches zitieren. Auch die Frage der gesamtschuldnerischen Haftung – liegt die bei uns, den Hamburgerinnen und Hamburgern? Das IOC fordert wieder, dass es steuerbefreit ist. Ich finde, da müssen Sie einmal

**(Mehmet Yildiz)**

überlegen, ob Ihr Wunschkonzert mit den IOC-Kriterien überhaupt etwas zu tun hat,

(Beifall bei der LINKEN)

oder ob Sie versuchen, die Öffentlichkeit mit Ihrem eigenen Konzept, das eigentlich ein Wunschkonzert ist, für ein Referendum zu gewinnen, in dem keine konkreten Kosten berechnet sind. Sie wollen dem IOC einen Blankoscheck übergeben, denn wer den Vertrag unterschreibt, muss auch dafür haften. Das steht auch im IOC-Vertrag: Wer den Vertrag nicht einhält, wird verklagt. Wenn Sie sich den gemeinsamen Antrag Ihrer Fraktion und der GRÜNEN anschauen, dann ist darin, was der Rechnungshof zu Recht kritisiert, bezogen auf die Schuldenbremse kein einziges Wort vorhanden.

(*Jan Quast SPD*: Das hat Sie doch noch nie interessiert!)

Es kann nicht sein, dass Sie einen Antrag schreiben und das darin nicht einmal erwähnen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Haben Sie denn einen Zusatzantrag gestellt?)

– Wissen Sie, wenn Sie Ihren Antrag nicht so kurzfristig erst heute geschickt hätten, dann hätte ich einen Zusatzantrag gestellt.

(Zuruf)

– Sagen Sie mir, wann Sie den Antrag geschickt haben. Ich glaube, Sie denken, dass wir alle zu Hause rumliegen und nichts zu tun haben.

Zu der Frage London: Ich war vorige Woche in London, das gern als Musterbeispiel angegeben wird.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: In so einer kapitalistischen Metropole? Das passt doch gar nicht zu Ihnen!)

– Hören Sie mir erst einmal zu, das passt Ihnen nicht.

Genau das, was Sie in Hamburg machen, hat die Londoner Stadtregierung damals auch gemacht und gesagt, alle würden von den Olympischen Spielen profitieren, es würden Arbeitsplätze geschaffen und die Stadt würde etwas davon haben. Wissen Sie, was die Folge war? Die Imbissladenbesitzer haben ihre Lager gefüllt nach dem Motto, wir werden Gewinne machen, wir werden viel verkaufen. Sie haben aber ihre Stammkundschaft verloren, weil durch die Olympischen Spiele kein Mensch zu den Läden kam; ihre Stocks, ihre Lagerbestände konnten sie über sechs, sieben Monate nicht verkaufen. Ich habe Interviews dazu gemacht, die wir auf unsere Homepage stellen werden.

Zweitens zu Ihren Gedanken, es würden Arbeitsplätze geschaffen: Die Verträge und Kriterien des IOC werden dazu führen, dass Dumpinglohn gefördert wird und vernünftige Arbeitsplätze da-

durch abgeschafft werden. Darüber habe ich in London konkret mit Gewerkschaftskollegen gesprochen, die genau das kritisieren.

(Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Herr Yildiz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Dressel?

**Mehmet Yildiz** DIE LINKE:\* Sie können gern fragen.

**Zwischenfrage von Dr. Andreas Dressel** SPD:\* Lieber Kollege Yildiz, ist Ihnen bekannt, dass der Senat in Gestalt des Bürgermeisters, das Land Schleswig-Holstein in Gestalt des Ministerpräsidenten Torsten Albig, der DOSB in Gestalt von Herrn Hörmann mit dem DGB einen Letter of Intent vereinbart haben für die Kriterien gute Arbeit, Mindestlohn und so weiter? Ist Ihnen das bekannt?

**Mehmet Yildiz** DIE LINKE (fortfahrend):\* Das ist mir bekannt, das hat man auch in London etwa so vereinbart.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Gerade wurde doch das Gegenteil behauptet!)

Das ist nur ein Lippenbekenntnis, das ist eine Wunschvorstellung. Was das IOC am Ende damit macht, ist, dass diese Stadien gebaut werden müssen, dass die Vergaberechte und Vergabekriterien ganz anders sind, dass der Kleinbetrieb hier in Hamburg davon nicht profitiert, sondern das größere Unternehmen den Zuschlag bekommt und das kleine als Subunternehmer nachher unter sehr schlechten Bedingungen arbeitet. Das haben sie auch in London gemacht, befassen Sie sich einmal mit dem Thema London.

(Beifall bei der LINKEN – Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Herr Yildiz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rose?

**Mehmet Yildiz** DIE LINKE:\* Wolfgang, du kannst auch gern fragen. Ich stehe zur Beantwortung deiner Frage zur Verfügung.

**Zwischenfrage von Wolfgang Rose** SPD: Wenn das nur ein Lippenbekenntnis ist, dann würde mich einmal interessieren, wie würdest du denn oder wie würden Sie denn ...

(*Mehmet Yildiz* DIE LINKE: Du kannst mich auch duzen!)

Wie würdest du denn in der jetzigen Situation dafür sorgen, dass nicht passiert, was du gerade vorausgesagt hast, außer das so zu machen, wie wir es

**(Wolfgang Rose)**

gemacht haben, nämlich dafür zu sorgen, dass es eine klare Absichtserklärung gibt, die öffentlich gemacht wird, worauf sich hinterher jeder berufen kann und die im Zweifel sogar in dem einen oder anderen Fall gerichtsfest ist? Wenn das nicht ausreicht, was reicht dann aus, um dafür zu sorgen, dass gute Arbeit bei Olympia stattfindet?

(Beifall bei der SPD)

**Mehmet Yildiz DIE LINKE** (fortfahrend):\* Lieber Wolfgang, inhaltlich teile ich diese Erklärung von ganzem Herzen mit dir, aber was ihr vergesst, was auch du als Gewerkschaftskollege vergisst, ist, dass das IOC andere Kriterien hat.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Genau!)

Die Kollegen in London – ich habe Interviews mit Gewerkschaftern geführt – haben das Gleiche gemacht, die haben auf das Gleiche gehofft. Die haben gesagt, wir treffen Vereinbarungen, damit wir vernünftige und faire Arbeitsbedingungen haben. Weißt du, was die Folge war? Dass die Kollegen von der Gewerkschaft nicht einmal in diese Stadionbauten hineinkommen durften. Ihre Arbeitsrechte wurden mit Füßen getreten.

(Wolfgang Rose SPD: Du bist auf meine Frage nicht eingegangen!)

Das hat mit dem Land England nichts zu tun, das IOC bestimmt darüber, das Internationale Olympische Komitee bestimmt über den Inhalt.

(Beifall bei der LINKEN)

Schau dir die Olympische Charta an, darauf verweist auch der Rechnungshof, da sind die Bestimmungen zu finden. Daher ist das Konzept des Senats, von SPD und GRÜNEN, eine Wunschvorstellung, die in der Realität mit den IOC-Kriterien gar nichts zu tun hat, und ich bitte euch, unabhängig davon, wie ihr euch entscheidet, euch inhaltlich einmal damit zu befassen. Die Schüler in Bergedorf haben heute gezeigt – Herr Müller, Sie waren dabei, Herr Oetzel, Sie waren auch dabei –, worum es geht. Sie haben begriffen, dass die Folgen für die Schülerinnen und Schüler und für die Jugend sehr teuer werden. Fast 90 bis 95 Prozent haben mit ihren Statements dagegen gesprochen und sich mit ihrem Jubel dafür ausgesprochen, dass die Spiele nicht kommen. Ich finde, dieses Vorgehen sollte man unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren! Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, können wir zur Abstimmung kommen.

Zunächst zum Zusatzantrag der SPD und der GRÜNEN.

Wer möchte sich gern diesem anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir

das bei einigen Gegenstimmen und einer Enthaltung so beschlossen.

Wer möchte dann die Drucksache 21/1566 federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an die vorhin genannten Ausschüsse überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig so geschehen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu Punkt 18 sowie dem nachträglich aufgenommenen Punkt 15a unserer Tagesordnung, Drucksache 21/1623, Unterrichtung durch die Präsidentin: Bürgerschaftsreferendum zur Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 und Drucksache 21/1740, Senatsmitteilung zum Bürgerschaftsreferendum: Feststellung des Senats über die Aufnahme der Stellungnahme "Argumente für ein NEIN zu Olympia" in das Informationsheft.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Bürgerschaftsreferendum zur Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024**

– Drs 21/1623 –]

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN sowie der fraktionslosen Abgeordneten Dora Heyenn:**

**Olympiareferendum – Meinungsvielfalt im Informationsheft sicherstellen – "Volksinitiative Stop Olympia Hamburg" Raum für eine Stellungnahme einräumen**

– Drs 21/1759 Neufassung –]

**[Senatsmitteilung:**

**Bürgerschaftsreferendum zur Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele 2024 – Feststellung des Senats über die Aufnahme der Stellungnahme "Argumente für ein NEIN zu Olympia" in das Informationsheft**

– Drs 21/1740 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/1759 in einer Neufassung ein gemeinsamer Antrag der SPD- und der GRÜNEN Fraktion sowie der Abgeordneten Heyenn vor.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass die Fraktionen übereingekommen sind, dass die Debatte zu diesen beiden Punkten einvernehmlich entfällt, sodass wir zu den Abstimmungen kommen können.

Zunächst zur Drucksache 21/1623.

Wer möchte beschließen, dass die Stellungnahmen aus der Drucksache 21/1623 in das nach Paragraph 25k Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 Volksabstimmungsgesetz an die Abstimmungsberechtigten zu versendende Informationsheft aufgenommen

**(Präsidentin Carola Veit)**

werden? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit haben wir unsere eigenen Stellungnahmen erfreulicherweise einstimmig aufgenommen.

Wir kommen nun zum gemeinsamen Antrag der SPD- und der GRÜNEN Fraktion sowie der Abgeordneten Heyenn aus Drucksache 21/1759 Neufassung.

Wer möchte Ziffer 1 des Antrags seine Zustimmung geben und das darin aufgeführte Elfte Gesetz zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann bei einigen Gegenstimmen und einer Enthaltung so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer möchte dann das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung mit wenigen Gegenstimmen und einer Enthaltung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zu Ziffer 2 des Antrags aus Drucksache 21/1759 Neufassung. Nach Paragraph 25k Absatz 2 Satz 4 in Verbindung mit Satz 1 Nummer 3 des Volksabstimmungsgesetzes ist zur Aufnahme einer Stellungnahme in das Informationsheft eine Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitglieder dieses Hauses erforderlich.

Wer möchte dementsprechend Ziffer 2 des Antrags aus Drucksache 21/1759 beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann stelle ich fest, dass dieser Antrag mit der nach Paragraph 25k Absatz 2 Satz 4 Volksabstimmungsgesetz erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln der Bürgerschaft angenommen worden ist.

Kann man sich freuen?

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Senatsmitteilung aus Drucksache 21/1740 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu Punkt 38 unserer Tagesordnung, Drucksache 21/1612, Antrag der CDU-Fraktion: Schwächung des Integrationsbeirats verhindern – Wichtige Integrationsakteure weiterhin als Beiratsmitglieder zulassen, Benachteiligung der Spätaussiedler stoppen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:****Schwächung des Integrationsbeirats verhindern – Wichtige Integrationsakteure weiterhin als Beiratsmitglieder zulassen, Benachteiligung der Spätaussiedler stoppen  
– Drs 21/1612 –]**

Wenn Sie sich sortiert haben, bekommt Herr Hamann von der CDU-Fraktion das Wort.

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

**Jörg Hamann** CDU:\* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! – Geht die Sortierung der SPD-Fraktion von unserer Redezeit ab?

**Vizepräsidentin Antje Möller** (unterbrechend): Keine Sorge, Herr Hamann, das geht nicht von Ihrer Redezeit ab.

**Jörg Hamann** CDU (fortfahrend):\* Gut, es geht nicht von unserer Redezeit ab. Dann kommen Sie heute alle etwas später nach Hause, weil die SPD-Fraktion sich noch sortieren muss. Wir dürfen alle wieder auf die Sozialdemokraten warten.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Antje Möller** (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Wer dieser Debatte nicht folgen möchte, kann gern den Plenarsaal verlassen. Ansonsten hat Herr Hamann das Wort.

**Jörg Hamann** CDU (fortfahrend):\* Dann freue ich mich jetzt über viele geschätzte Zuhörer.

Schlechte Gesetze und Regelungen haben wir heute bereits umfassend diskutiert. Hier sind wir bei einer weiteren, die der diesjährige Senat uns vorlegen möchte.

(Zuruf)

– Ja, der diesjährige. Ich habe immer noch die Hoffnung, dass es sich spätestens im nächsten Jahr ändern wird, lieber Kollege.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich sehe und erlebe, was heute hier geboten wurde, dann wird diese Hoffnung durchaus noch bestärkt, keine Frage.

(Beifall bei der CDU – *Farid Müller GRÜNE*: Wolltest du auch noch mitmachen?)

Der Integrationsbeirat, lieber Farid Müller, das wirst du noch erinnern, ist inzwischen, wenn ich so zurückdenke, bereits 10, 12, 13 Jahre in der Stadt verankert; er wurde von dem damaligen CDU-Senat eingeführt. Der Integrationsbeirat ist eindeutig ein Erfolgsmodell, das wird auch von SPD und GRÜNEN nicht in Zweifel gezogen, denn so steht es in Ihrem Koalitionsvertrag. Das habe ich entsprechend gern gelesen. Umso unverständlicher

**(Jörg Hamann)**

ist es für mich, dass hier jetzt Änderungen vorgenommen werden sollen.

Aber zunächst einmal sollten wir all denen danken, die sich über viele Jahre in diesem Integrationsbeirat engagiert haben, das heißt den Mitgliedern, aber auch den Bediensteten und all denen, die ihn unterstützt haben. Einige von ihnen sind heute hier, und man kann nur sagen, dass ihr langjähriges Engagement in diesem Gremium dieser Stadt sehr viel gebracht hat.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Die Historie ist insofern auch gar nicht so einfach zu beschreiben, denn zunächst einmal stieß das bei SPD und GRÜNEN, auch wenn sie in der Zwischenzeit gelernt haben, auf heftigen Widerstand, weil wir damals die sogenannte Ausländerbeauftragte abschafften. Wir alle wissen, SPD und GRÜNE haben ein großes Faible für dieses Beauftragtenwesen. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, gerade die damalige Ausländerbeauftragte, dass dieses Beauftragtenwesen in weiten Teilen falsch ist. Der Integrationsbeirat nahm 2002 seine Arbeit auf, damals unter Protest von SPD und GRÜNEN und mit der Ansage, man wolle die Arbeit boykottieren. Das hat sich allerdings wenig bewährt und war auch nicht umzusetzen. Der Integrationsbeirat hatte großen Zulauf, und 2006 wurde das erste Integrationskonzept überhaupt verabschiedet, bundesweit, auch das ein großer Meilenstein.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir jetzt also sehen, dass die Regelungen zum Integrationsbeirat geändert werden sollen, dann fragen wir uns zunächst einmal, warum, denn darüber, dass der Integrationsbeirat erfolgreich arbeitet, besteht nach Ihrem Koalitionsvertrag großes Einvernehmen. So habe ich das in den vergangenen Jahren auch immer vernommen. Als die SPD allein regierte, waren auch lediglich marginale Änderungen angesagt. Wenn ich aber sehe, dass diese Änderungen in erster Linie zulasten der Spätaussiedler gehen sollen, dann kann ich das nun überhaupt nicht mehr nachvollziehen.

(*Sylvia Wowretzko SPD*: Das ist doch Quatsch!)

– Sie haben völlig recht, es gibt auch noch andere Änderungen, die beabsichtigt sind oder jetzt durchgeführt werden, die zulasten vieler anderer Gruppen gehen, aber hauptsächlich betroffen sind die Spätaussiedler.

In Hamburg leben 90 000 Menschen, die als Spätaussiedler zu bezeichnen sind. Ich denke, gerade die Spätaussiedler sind ein deutliches Beispiel dafür, wie Integration funktionieren und erfolgreich sein kann.

(Beifall bei der CDU)

Umso unverständlicher ist es, dass Sie an diesem Punkt eine Änderung vornehmen wollen. Das kann man vielleicht ebenfalls historisch damit erklären, dass SPD und auch GRÜNE sich gerade mit den Spätaussiedlern immer besonders schwergetan haben.

(*Kazim Abaci SPD*: Das ist doch Quatsch!)

– Was heißt hier Quatsch?

Ich erinnere das noch sehr gut. Ich weiß nicht, ob Sie damals vielleicht politisch noch nicht so interessiert waren, Herr Kollege, aber rufen wir uns die Äußerungen von Herrn Lafontaine in Erinnerung, das war einmal Ihr Vorsitzender, dann war er bei der LINKEN – oder es war umgekehrt? Ich weiß es nicht, spielt letztlich auch keine Rolle, seine Meinung in der Sache hat er jedenfalls nie geändert, egal, in welcher Partei er war. Er hat immer gesagt, von diesen Spätaussiedlern kämen viel zu viele und man wolle den Zuzug stoppen.

(*Sylvia Wowretzko SPD*: Das sagen Sie zu anderen Gruppen!)

Das hat Ihre Partei über viele Jahre mitgetragen, und jetzt machen wir Änderungen beim Integrationsbeirat wieder zulasten der Spätaussiedler. Es geht zulasten der Spätaussiedler, und Gründe dafür werden nicht genannt. Die Spätaussiedler haben sich an den Senat gewandt und einen Brief an den zuständigen Senator, der jetzt nicht mehr unser Senator ist, geschrieben. Die designierte Senatorin, ich schaue mich einmal um, scheint mit diesem Thema noch nicht sonderlich befasst zu sein, jedenfalls ist sie nicht hier.

(*Milan Pein SPD*: So wie die Hälfte Ihrer Fraktion!)

Das haben wir vorhin auch schon beim Ersten Bürgermeister erlebt. Als diese entscheidenden Themen Zuwanderung und Ähnliches diskutiert wurden, war der Erste Bürgermeister auch nicht am Platze. Es ist schon ein sehr eigenartiges Selbstverständnis, das anscheinend in den Reihen der Sozialdemokratie vorherrscht, aber wenn das Ihre Auffassung ist,

(Beifall bei der CDU)

dann ist das wohl Ihr Standpunkt. Die Spätaussiedler haben sich jedenfalls an den Senat gewandt und einen Brief geschrieben, unterzeichnet von den Vertretern der großen Verbände der Spätaussiedler, Herrn Krune, Herrn Dr. Horst, Herrn Rommel, Herrn Gaal, Herrn Schlei, Herrn Haas; einige davon sind heute hier. Eine Antwort haben sie nicht bekommen.

(*Sylvia Wowretzko SPD*: Sie haben einen offenen Brief geschrieben!)

– Sie haben nach dem offenen Brief noch einmal nachgefragt. Es war ein offener Brief, das ist rich-

**(Jörg Hamann)**

tig, trotzdem kann man auch auf offene Briefe antworten.

(Zuruf von *Sylvia Wowretzko SPD*)

– Nein, das sehen Sie falsch, Frau Kollegin. Man muss sicherlich nicht antworten, aber man kann. Wenn die Sache einem etwas wert ist, wenn die Sache einem wichtig ist, dann antwortet man trotzdem. Aber die Sache war dem letzten Senator wohl nicht so wichtig.

(Beifall bei der CDU)

Auch als die Spätaussiedler sich jenseits dieses offenen Briefes an den Senator wandten und anriefen, gab es keinen gemeinsamen Gesprächstermin.

(*Milan Pein SPD*: Doch, den hat es gegeben!)

– Man hat mit den Spätaussiedlern meines Erachtens nicht gesprochen, aber wenn das nicht die Wahrheit ist, was man mir berichtet hat, dann können Sie das gern korrigieren. Sie wissen es möglicherweise in dem Punkt dann besser.

Der Senat verweigert hier also Erklärungen und Gespräche. Wir haben es auch im "Hamburger Abendblatt" gelesen. Diese Gruppe fühlt sich eindeutig ausgegrenzt, und das "Hamburger Abendblatt" hat das in seiner Berichterstattung sehr deutlich dargestellt. Das sind die Gefühle und Überlegungen dieser Gruppe, dieser fast 90 000 Menschen, und viele davon verstehen nicht, wie man mit ihnen umgeht. Es hat jedenfalls mit dem, was Sie heutzutage als Willkommenskultur bezeichnen, wenig zu tun. Willkommen fühlt man sich nicht, wenn man so behandelt wird, wenn man plötzlich ausgegrenzt wird, wenn man kein Gespräch bekommt, wenn nicht einmal versucht wird, den Kontakt mit einem zu halten. Das ist ein völlig falscher Weg. Ich hatte nun gehofft, dass die neue designierte Sozialsenatorin dies vielleicht zum Anlass nimmt, innezuhalten und hier noch einmal das Gespräch zu suchen. Nun nimmt sie nicht an dieser Diskussion teil,

(*Milan Pein SPD*: Wir werden ihr das berichten!)

aber vielleicht haben Sie dann zumindest die Freundlichkeit – es ist kein offener Brief, aber eine offene Debatte –, ihr mitzuteilen, dass das hier diskutiert wurde und dass die Spätaussiedler sich sehr freuen würden, wenn man ihre Anliegen doch einmal berücksichtigt.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen! Was hier beabsichtigt wird, was umgesetzt wird, ist falsch. Es ist von Anfang bis Ende falsch, es ist der verkehrte Weg, und es wird der Idee des Integrationsbeirats sehr schaden. Ich kann Sie nur bitten, diesen Weg zu verlassen, umzukehren und das

Gespräch mit diesen Menschen zu suchen. Das haben Sie bisher nicht getan.

(*Sylvia Wowretzko SPD*: Das stimmt nicht!)

Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Nun bekommt Herr Abaci von der SPD-Fraktion das Wort.

**Kazim Abaci SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hamann, was Sie gesagt haben, das stimmt einfach nicht.

(Beifall bei der SPD – *Birgit Stöver CDU*: Dann erzählen Sie mal, wie es richtig ist!)

– Ich möchte keine Geschichten erzählen. Dies ist kein Ort, um eine Geschichte zu erzählen und sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen. Wir beschäftigen uns mit der Zukunft; das unterscheidet uns.

Sie formulieren in Ihrem Antrag, dass der Integrationsbeirat angeblich geschwächt wird. Diese Argumentation finde ich nicht nur ignorant, Sie blenden auch die Realität aus. Ich werde sagen, warum. Erstens: Den Integrationsbeirat haben wir in der vergangenen Legislaturperiode aufgewertet und gestärkt, indem wir es ermöglicht haben, dass der Senat der Bürgerschaft über die Arbeit des Integrationsbeirats berichtet und wir über dessen Arbeit diskutieren können.

Zweitens: Wir haben den Integrationsbeirat auch dadurch gestärkt, dass wir den Anteil der gewählten Migrantenorganisationen erhöht und die Anzahl der berufenen Mitglieder verringert haben.

Über die Arbeit des Integrationsbeirats wurde auch in der Drucksache 20/14263 berichtet. Die Arbeit des Beirats hat sich am Anfang der Phase mit dem neuen Konzept beschäftigt und dann auch mit der Umsetzung des Integrationskonzepts. Die Mitglieder des Integrationsbeirats wurden befragt, und es stellte sich heraus, dass die Arbeit des Beirats im Bereich Effizienz und Effektivität noch zu verbessern ist. Das hat man zum Anlass genommen, den Integrationsbeirat weiterzuentwickeln, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist. Die angebliche Schwächung des Integrationsbeirats kann ich nicht erkennen. Es war immer das Ziel, neben der Sichtweise der Migrantenorganisationen auch den Sachverstand von Expertinnen und Experten einzubeziehen, und das wird auch der Fall sein. Expertinnen und Experten, insbesondere was die Behörden angeht, können in den Foren des Integrationsbeirats ihre Expertise zur Verfügung stellen. Ihr Vorwurf, dass der Integrationsbeirat geschwächt wird, stimmt daher nicht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

**(Kazim Abaci)**

– Herr Hamann, nicht immer dazwischenrufen. Sie sind bekannt dafür, dass Sie immer Zwischenrufe machen. Aber Sie haben doch hier schon geredet.

Weiter verlangen Sie in Ihrem Antrag, die Kategorie Spätaussiedler im neuen Integrationsbeirat beizubehalten. Sie reiten damit einmal mehr Ihr Steckenpferd. Die Spätaussiedler sind keine homogene Gruppe. Was Sie hier noch einmal vorgestellt haben, ist Neunzigerjahre.

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

Migration ist kein starrer, sondern ein dynamischer Prozess, es entwickelt sich auch. Erstens das, und zweitens kann ich Sie beruhigen: Die Spätaussiedler können sich auch zur Wahl stellen, und sie haben sehr gute Chancen, in den Integrationsbeirat gewählt zu werden.

(Beifall bei *Ksenija Bekeris SPD*)

Deshalb sehe ich keinen Sinn darin, die Spätaussiedler als homogene Gruppe zu betrachten. Vor allem auch in Anbetracht der Migrantinnen und Migranten, die in der Stadt leben und neu in die Stadt kommen, ist es wichtig, dass man den Beirat in der Konzeption weiterentwickelt.

Insgesamt verstehe ich an diesem Antrag der CDU vor allem eines nicht. Warum kommen Sie erst jetzt damit? Heute läuft die Wahl zum Integrationsbeirat aus, heute ist der letzte Tag. Sie hätten doch früher mit diesem Antrag kommen können. Warum kommen Sie erst jetzt? Es hat Gespräche gegeben, die Wahl läuft heute aus. Sie kommen sehr spät, und auch die Begründung, die Sie dafür geliefert haben, ist nicht nachvollziehbar. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Das Wort bekommt nun Frau Demirel von der GRÜNEN Fraktion.

**Phyliss Demirel GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Meine Damen und Herren von der CDU, ich weiß nicht, entweder fehlt es Ihnen an Themen, oder Sie sind inhaltlich nicht auf dem aktuellen Stand. Wie Herr Abaci eben gesagt hat, ist heute der letzte Tag, an dem man den Integrationsbeirat wählen kann. Jetzt ist es vorbei. Einen solchen Antrag hätten Sie viel früher einreichen müssen. Außerdem habe ich die Information bekommen, dass Sie, Herr Hamann, ein Gesprächsangebot von Herrn Krupp erhalten, es aber nicht wahrgenommen haben. Sie haben das Angebot von Herrn Krupp abgelehnt, weil Sie wahrscheinlich unbedingt mit Herrn Scheele reden wollten.

Ich möchte jetzt einige Aspekte Ihres Antrags ansprechen beziehungsweise Begriffe darin nicht so stehen lassen. Vielleicht irre ich mich, aber ich nehme an, dass Herr Haufler Ihren Antrag in dieser Weise formuliert hat. Sie bezeichnen den Beirat in

der neuen Form als abgeschottete Migranteneinrichtung. Sie sollten mit solchen Begriffen lieber vorsichtig sein. Offensichtlich wollen Sie gar nicht akzeptieren, dass sich in dieser Stadt viele Menschen mit Migrationshintergrund sehr erfolgreich für die Teilhabe aller einsetzen und auch in der Lage sind, die richtigen Entscheidungen an den richtigen Stellen zu treffen. An dieser Stelle möchte ich meinen Respekt gegenüber allen Ehrenamtlichen aussprechen, die sich tagtäglich für andere Menschen einsetzen. Wie wertvoll diese ehrenamtliche Arbeit ist, erleben wir auch bei der Versorgung von Flüchtlingen, wofür wir uns nicht oft genug bedanken können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Noch einmal ein ganz großes Dankeschön an alle Ehrenamtlichen in dieser Stadt.

Ich komme noch einmal zu Ihrem Antrag zurück. Ihre Annahme, liebe CDU, bei der Neubildung des Beirats werde auf die Beteiligung externer Fachleute gänzlich verzichtet, ist schlicht und einfach falsch. Wir GRÜNE haben immer kritisiert, dass die Migrantensorganisationen im Integrationsbeirat keine Entscheidungsbefugnis haben und oft überstimmt werden. Auch die eigene Bewertung und das Resümee zur geleisteten Arbeit des Beirats am Ende der vergangenen Legislaturperiode machen deutlich, dass es in der Struktur des Beirats Verbesserungsbedarf gibt. Dem gehen wir jetzt nach. Auch das ist ein Teil unserer Arbeit, genau hinzusehen, was funktioniert, was nicht gut läuft und wo umgesteuert werden muss. Das ist genau der richtige Weg, den der rot-grüne Senat einschlägt, auch wenn es Ihnen inhaltlich nicht passt, liebe CDU.

Wir wollen, dass der Integrationsbeirat künftig eine viel stärkere Rolle als Vertretungsorgan der migrantischen Community spielt und seine Wahrnehmung durch eine Reihe neuer Maßnahmen und Verbesserungen erhöht wird. Auf die wertvollen Erfahrungen und das Fachwissen der Experten aus verschiedenen Einrichtungen wollen wir nicht verzichten – das ist uns sehr, sehr wichtig. Genau deshalb sollen die Expertinnen und Experten den Integrationsbeirat weiterhin begleiten und unterstützen. Sie werden als beratende Mitglieder weiterhin in den Foren und Arbeitsgruppen tätig sein; auch die Bezirke werden darin eingebunden.

Es stimmt, die Spätaussiedler bilden im neu gebildeten Beirat keine eigene Gruppe mehr. Das kritisieren Sie, zugleich beschreiben Sie oder Herr Haufler aber in Ihrem Antrag, dass es sich hierbei nicht um Ausländer im eigentlichen Sinne handelt, sondern um Deutsche. Im selben Atemzug kritisieren Sie, dass die Türkei für sich ein sogenanntes Kontingent bildet. Wie auch Herr Abaci eben erläutert hat, wissen Sie, dass Spätaussiedler nicht aus einem Land, sondern aus mindestens acht bis zehn Ländern kommen. Für diese acht oder zehn

**(Phyliss Demirel)**

Länder gibt es auch Kontingente, wo sie selbst kandidieren können. Der Integrationsbeirat ist jetzt so konzipiert, dass jeder Mensch mit Migrationshintergrund in Hamburg für den Beirat kandidieren kann und sich nicht von diesen Kontingenten wählen lassen muss. So weit ist das jetzt reformiert. Die Menschen, die aus der Türkei stammen, bilden mit 93 000 Menschen die größte Minderheiten-gruppe und somit auch ein Kontingent.

(Zuruf: 93 000 im Jahr!)

Wir wollen, dass der Integrationsbeirat funktionsfähiger und repräsentativer wird. Dafür ändern wir einiges in den Strukturen des Beirats. Hier sind wir mit unserem Latein noch nicht am Ende. Deshalb werden wir überprüfen, ob der Beirat in dieser Konstruktion das richtige Organ ist, oder ob die Stadt Hamburg auch andere Strukturen braucht, um die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Wir in Europa stehen gerade vor einer großen Herausforderung unserer Geschichte. Täglich nehmen wir Hunderte von Flüchtlingen in Hamburg auf. Der Integrationsbeirat wird sich künftig viel stärker auch mit solchen Themen beschäftigen müssen und nicht nur mit solchen Argumentationen und Anträgen, wie Sie sie hier einreichen. Es macht eigentlich überhaupt keinen Sinn, heute über den Antrag zu diskutieren, weil erstens die Frist abgelaufen ist und zweitens ...

(Jörg Hamann CDU: Was hat das mit Fristen zu tun? Sie können das doch jederzeit ändern!)

– Natürlich hat das etwas mit den Fristen zu tun. Heute ist das Wahlverfahren abgelaufen. Herr Hamann, wir sollen unser gesamtes Wahlverfahren ändern, damit Sie zufrieden sind, egal, welche Beschlüsse wir gefasst haben.

(Jörg Hamann CDU: Das ist ein guter Ansatz! Jetzt haben Sie es verstanden!)

– Genau, das ist Ihr, aber nicht unser Ansatz. Was Sie vorschlagen, ist nicht konstruktiv. Wenn Sie ein echtes Interesse daran hätten, hätten Sie diesen Antrag im vergangenen Monat einreichen sollen. Dann hätten wir vielleicht die Möglichkeit gehabt, darüber zu diskutieren oder ihn gegebenenfalls an den Ausschuss zu überweisen. Aber jetzt macht das überhaupt keinen Sinn.

Deshalb werden wir den Antrag auch nicht überweisen, sondern ablehnen. Was Sie hier erläutern, ist totaler Schwachsinn.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Vielleicht können wir uns darauf einigen, dass der letzte Halbsatz etwas unverständlich war. – Jetzt hat das Wort Frau Boeddinghaus von der Fraktion DIE LINKE.

**Sabine Boeddinghaus DIE LINKE:\*** Ich mache es kurz und bündig. Herr Hamann, Sie müssen sich auch gar nicht aufregen, wenn ich Ihnen jetzt sage, dass wir Ihren Antrag doch eher als einen Lobbyantrag empfinden als einen,

(Kazim Abaci SPD: Richtig!)

der ernsthaft vorhat, den Integrationsbeirat zu stärken.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir haben heute schon gelernt, dass auch in Zukunft Spätaussiedler durchaus die Möglichkeit haben werden zu kandidieren, zum Beispiel in der Gruppe Europa. Von daher müssen wir uns gar nicht so echauffieren. Frau Demirel, mit Freude höre ich, dass Sie bereit sind, durchaus noch Vorschläge aufzunehmen, um den Integrationsbeirat weiterzuentwickeln. Denn er selbst hat im Bericht 2015 bemängelt, dass ihm keine eigenen Ressourcen zur Verfügung stünden, er kein eigenes unabhängiges Büro zur Verfügung habe und es auch angemessene Aufwandsentschädigungen geben müsse. Wir sind gespannt, ob Sie im Lauf der Zeit solche konkreten Forderungen dann auch wirklich umsetzen. Wir selbst haben das schon einmal in einem Antrag gefordert. Ich glaube wirklich, dass es an der Zeit ist, dem Integrationsbeirat die Würde zu verleihen, dass er echte Mitwirkungsrechte, echte Mitbestimmungsrechte mit einem eigenen Budget und einen Integrationsbeauftragten beim Senat bekommt. Uns ist sehr wichtig, Ihnen auf den Weg mitzugeben, dass Sie dafür sorgen, dass auch die Integrationsbeauftragten in den Bezirken dauerhaft finanziert sind und ihre Arbeit machen. Das sieht im Moment anders aus und ist für eine gute Arbeit vor Ort, die vieles bewirkt, sehr schlimm. Es muss sichergestellt sein, dass diese Stellen auch weiterhin finanziert werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Frau Dutschke von der FDP-Fraktion bekommt nun das Wort.

**Jennyfer Dutschke FDP:\*** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Integrationsbeirat wurde übrigens unter Regierungsbeteiligung der FDP mit einer durchaus wichtigen Intention eingerichtet.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Ziel war es – das hat der CDU-Antrag sehr richtig herausgestellt –, nicht nur über Migranten, sondern mit ihnen zu reden. Dass der rot-grüne Senat nun plant, die Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung in eine beratende Funktion zu verbannen, zeigt erneut, dass der Senat die aktuelle Situation nicht im Ansatz verstanden hat. Gerade

**(Jennyfer Dutschke)**

jetzt wird ein starker arbeitsfähiger Integrationsbeirat gebraucht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Tausende Flüchtlinge kommen in die Freie und Hansestadt Hamburg und Rot-Grün fällt nichts Besseres ein, als das Gremium, welches zu integrationspolitischen Fragen konstruktiv und kritisch beraten soll, der für das Gelingen von Integration so wichtigen externen Expertise zu berauben. Ich sehe nicht, dass das eine Verbesserung oder eine Stärkung ist. Vielmehr sollte darüber diskutiert werden, wie der Integrationsbeirat in Zukunft gestärkt werden kann, denn der Bericht zum Ende der 20. Legislaturperiode über die Arbeit des Hamburger Integrationsbeirats macht deutlich, dass der Beirat in der vergangenen Legislaturperiode von seiner Möglichkeit, eigene Vorschläge für Maßnahmen zum Integrationskonzept zu unterbreiten, nur unzureichend Gebrauch gemacht hat.

*(Kazim Abaci SPD: Wie kommen Sie denn darauf?)*

Dem Bericht zufolge war übrigens auch nur eine Minderheit der Beiratsmitglieder davon überzeugt, ihr Recht, Beschlüsse zu fassen, ausreichend genutzt zu haben. Da uns die Integration der vielen Migranten, die bei uns leben, und der vielen Flüchtlinge, die zu uns kommen, vor enorme Herausforderungen stellt, ist ein starker Integrationsbeirat, der seinen Beitrag zur Integration leistet und hierzu deutlich in die Pflicht genommen werden muss, erforderlich. Daher stimmen wir dem CDU-Antrag zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Das Wort bekommt nun Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion.

**Dr. Bernd Baumann AfD:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Spätaussiedler, vor allem die Russland-Deutschen, machen in Hamburg 90 000 Menschen aus; das sind fünf Prozent aller Hamburger. Das ist schon eine gewaltige Masse, um die wir uns heute Abend kümmern, und das sollten wir auch nicht leichtfertig tun. Ihre deutschen Vorfahren sind vor Jahrhunderten ausgewandert und haben im Lauf der Zeit, vor allem unter Stalin, zumeist fremde Sprachen angenommen, sodass, wenn sie hierher kommen, ähnliche oder gleiche Probleme haben wie andere Migranten, weswegen sie gerade in diesem Gremium interessant sind. Bei uns im Alltag fallen sie wenig auf, weder in Problemstatistiken sind sie auffällig

*(Hildegard Jürgens SPD: Nein, weil sie Deutsche sind!)*

noch treten sie in spektakulären Einzelfällen oder Problemlagen in Erscheinung. Sie sind sozusagen ein Musterbeispiel gelungener Integration, auch

wenn sie mit völlig anderer Sprache, meist Russisch, hierher kamen. Sie haben auch deutlich bessere Integrationserfolge. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich geringer als bei anderen Migranten, sogar geringer als bei einheimischen Deutschen. Also können diese Leute eine gewisse Erfahrung in die Prozesse, die wir zu bewältigen haben und im Moment so unzureichend bewältigen, einbringen. Warum sollen wir sie nicht stützen und ihnen an entscheidender Stelle Funktionen geben? Sie wollen sich im Integrationsbeirat, den es seit fast 15 Jahren gibt, weiter einbringen. Dort gehören sie zu den gewählten Vertretern, die über verschiedene anerkannte Migrantenorganisationen als eigene Gruppe mit ähnlicher Herkunft, ähnlichem Schicksal und ähnlicher Erfahrung in den Beirat gewählt werden. Das schließt sie zusammen, auch wenn sie nicht alle aus einem Land kommen. Das ist kein Argument dagegen, diese Gruppe als Gruppe zu erfassen und zusammenzufassen. Sie selbst sehen sich als Menschen mit einer gemeinsamen Identität. Warum soll man ihnen das nehmen?

Nach dem Willen des Senats sollen jetzt die Spätaussiedler im Beirat als zusammenhängende Gruppe aufgelöst werden. Sie sollen auf Länderuntergruppen verteilt werden. Ein Teil würde dann bei den Sibiriern auftauchen, bei Kirgisen, Tadschiken und anderen Leuten, die von dort zu uns kommen, oder sie müssen bei europäischen Gruppen unterkommen. Sie würden also völlig getrennt; ihre gemeinsame Identität wäre aufgelöst. Warum machen wir das? Das macht doch keinen Sinn. Sie haben eine gemeinsame Identität, eine gemeinsame Erfahrung, die sie auch einbringen können. Wenn es durchgeführt wird, wie es jetzt geplant ist, wird es keine gemeinsamen Einschätzungen der Spätaussiedler mehr geben, keine gemeinsamen Positionen mehr in Arbeitsgruppen, Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Beratungen, Kontakten mit Unternehmen, mit Verwaltung, mit Wissenschaft, mit dem Arbeitsmarkt, mit Politikern und Parteien. Das macht keinen Sinn, dabei gehen wichtige Erfahrungen verloren, und dagegen wenden wir uns.

(Beifall bei der AfD)

Zu den gewählten Mitgliedern kommen im Beirat noch die von der Behörde berufenen Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung als Experten hinzu, um den Erfahrungsaustausch von verschiedenen Seiten aus zu ermöglichen. Diese sollen jetzt aus dem eigentlichen Beirat herausgenommen und in die weit weniger wichtigen Fachausschüsse verwiesen werden, wodurch wirklich der Charakter einer etwas abgeschotteten Einrichtung entsteht. Auch das wollen wir von der AfD nicht. Wir wollen diese erfolgreiche Institution so erhalten, wie sie ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Das Wort bekommt nun die fraktionslose Abgeordnete Nebahat Güçlü.

**Nebahat Güçlü** fraktionslos: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, ich muss mit ein paar chaotischen Annahmen aufräumen. Frau Dutschke hat gesagt, die FDP sei daran beteiligt gewesen, dass der Integrationsbeirat auf den Weg gebracht wurde. Es war nicht nur die FDP, sondern es war 2002 der FDP-, Schill- und CDU-Senat, nachdem die Ausländerbeauftragte abgeschafft wurde, und das Ganze hatte natürlich einen politischen Kontext, der heute überhaupt nicht angesprochen wurde. Es ging damals auch mit der Diskussion einher, wie zum Beispiel Menschen, die hier dauerhaft – seit 20, 30, 40 Jahren – leben, ohne eingebürgert zu sein, das gesellschaftliche Leben mitgestalten? Denn wie Sie alle wissen, sind Menschen, die nicht im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit sind, nicht einmal in der Lage, im Kleinsten, in ihrem Bezirk, in ihrem Stadtteil Gestaltungsprozesse zu beeinflussen und mitzubestimmen. Auch das Thema kommunales Wahlrecht für Drittstaatenangehörige kam auf, und es entstand dieses Modell des Integrationsbeirats gerade in der Hoffnung, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund einbringen, dass es also ein Gremium gibt, in dem man sich darüber austauscht, wie gesellschaftliche Integration in dieser Stadt passieren kann. Integration ist natürlich keine Einbahnstraße, und deswegen ging es auch immer darum, wie gleichzeitig die interkulturelle Öffnung dieser Gesellschaft auf den Weg gebracht und gefördert werden kann.

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

– Der Integrationsbeirat ist damals ohne Wahlverfahren entstanden, Herr Hamann. Die Senatorin Schnieber-Jastram, daran erinnere ich mich gut, ist durch die Stadt gegangen und hat nach irgendwelchen Kriterien, die anscheinend nur ihr bekannt waren, Personen benannt. Niemand wurde gewählt, es war ein Riesengremium und so weiter und so fort. Ich will Ihnen die Einzelheiten ersparen.

Aber der Beirat hatte alles andere als erfolgreiche Arbeit geleistet. Dies war auch der Grund, warum zum Beispiel die GRÜNEN in der ersten Legislaturperiode eine Mitarbeit verweigert haben, weil sie zu Recht sagten, es sei ein reines Abnickgremium, und es stelle sich die Frage, wer wie legitimiert sei. Deswegen ist es auch folgerichtig, dass der Integrationsbeirat weiterentwickelt wurde.

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

– Herr Hamann, Sie können sich doch noch einmal melden – immerhin haben Sie mehr Redezeit als ich –, statt dauernd irgendwelche kontraproduktiven Zwischenrufe zu machen.

Er ist weiterentwickelt worden, und jede Weiterentwicklung war tatsächlich eine positive Weiterentwicklung. Das jetzt vorliegende Modell mag vielleicht nicht das Non-plus-Ultra sein, aber es ist eine deutliche Verbesserung und ich glaube, es macht auch keinen Sinn, ein Mammutgremium mit 50, 60 Personen aufrechtzuerhalten, das beim Treffen von Entscheidungen völlig schwerfällig ist. Da muss man auch einmal selbstkritisch hinsehen. Ich selbst war bis auf die erste Zusammensetzung immer Mitglied des Integrationsbeirats, immer in verschiedenen Rollen.

Noch eines möchte ich sagen: Natürlich gibt es viele Ansätze – Frau Boeddinghaus hat viele wichtige Punkte genannt – und ich hoffe, das nehmen die Regierungsfractionen auch mit. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass dieser Beirat, der alle Integrationsfragen in der Stadt und damit auch alle Behörden umfassen sollte, eigentlich eine symptomatische Anbindung nur an die Sozialbehörde hat. Das heißt, ist Integration für uns nur ein sozialpolitisches Thema und macht es tatsächlich Sinn, dass der Sozialsenator, zukünftig die Sozialsenatorin den Vorsitz hat, dass die Behörde die Tagesordnung bestimmt, dass der Beirat keine Personen aus seinen eigenen Reihen wählen kann, die ihn vertreten und aktiv in den Arbeitsgruppen mitwirken? Ich habe bisher die Behörde als viel zu steuernd und viel zu eingreifend empfunden. Das ist tatsächlich etwas, worüber zukünftig nachgedacht werden muss.

Das andere, was Sie kritisieren, ist wirklich reine Klientelpolitik, Herr Hamann. Dieses Gremium lebt von der Vielfalt, die sich auch gesellschaftlich in unserer Stadt wiederfindet. Natürlich gehören die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler ebenso dazu wie alle anderen. Aber die Systematik ist eine andere, was ich auch richtig finde. Denn Ihrer Forderung zu folgen, würde bedeuten, Kategorien einzurichten, Arbeitsmigranten, Flüchtlinge, und genau das wollen wir nicht, das wollen wir auflösen. Diese Systematik mag nicht allen gefallen, aber sie ist zumindest eine Herangehensweise, wie man es machen kann. Aber wie gesagt, es gäbe noch vieles zu verbessern. Ich hoffe, dass sich die Regierungsfractionen darüber Gedanken machen. – Danke.

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Deshalb lasse ich nun über den CDU-Antrag aus der Drucksache 21/1612 abstimmen.

Wer möchte sich diesem anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser CDU-Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 45, Drucksache 21/1619, Antrag der Fraktionen der

**(Vizepräsidentin Antje Möller)**

SPD und der GRÜNEN: Modernes Hamburg: Hamburger Verbraucherinnen und Verbraucher befragen und Ergebnisse eines "Verbraucherschutz-Pegels" veröffentlichen.

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:**

**Modernes Hamburg: Hamburger Verbraucherinnen und Verbraucher befragen und Ergebnisse eines "Verbraucherschutz-Pegels" veröffentlichen**

**– Drs 21/1619 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Gesundheitsausschuss überweisen. Die Fraktionen sind übereingekommen, die hierzu angemeldete Debatte ausfallen zu lassen, und damit kommen wir gleich zur Überweisung.

Wer stimmt der Überweisung der Drucksache 21/1619 an den Gesundheitsausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache.

Wer möchte sich dem Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus der Drucksache 21/1619 anschließen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist damit angenommen.

Tagesordnungspunkt 30, Drucksache 21/1446, An-

trag der Fraktion DIE LINKE: Das muss drin sein: Direkter Kontakt zu Sachbearbeitern/-innen in den Jobcentern statt Warteschleife in den Service-Centern.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:**

**Das muss drin sein: Direkter Kontakt zu Sachbearbeitern/-innen in den Jobcentern statt Warteschleife in den Service-Centern**

**– Drs 21/1446 –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der LINKEN an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen. Auch hier sind die Fraktionen übereingekommen, auf die Debatte zu verzichten, und damit kommen wir zum Überweisungsbegehren.

Wer möchte einer Überweisung der Drucksache 21/1446 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung erfolgt.

Wir sind am Ende des heutigen Sitzungstags angekommen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend, und wir sehen uns morgen wieder.

**Ende: 20.53 Uhr**

---

*Hinweis:* Die mit \* gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

---

In dieser Sitzung war nicht anwesend: die Abgeordnete Christiane Schneider

## Anlage

(siehe Seite [966](#))

**Namentliche Abstimmung  
über den Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN  
Gesetz zur Sicherung der Flüchtlingsunterbringung in Einrichtungen  
Drucksache 21/1753**

<b>Name</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>
Peri Arndt	Ja
Dr. Bernd Baumann	Nein
Ksenija Bekeris	Ja
Dr. Stefanie von Berg	Ja
Martin Bill	Ja
Hendrikje Blandow-Schlegel	Ja
Christiane Blömeke	Ja
Sabine Boeddinghaus	Ja
Ole Thorben Buschhüter	Ja
Deniz Celik	Ja
Matthias Czech	Ja
Phyliss Demirel	Ja
Gabi Dobusch	Ja
Martin Dolzer	Ja
Dr. Andreas Dressel	Ja
Barbara Duden	Ja
Olaf Duge	Ja
Jennyfer Dutschke	Nein
Dr. Kurt Duwe	Nein
Detlef Ehlebracht	Nein
Henriette von Enckevort	Ja
Mareike Engels	Ja
David Erkalp	Nein
Dr. Ludwig Flocken	Nein
Anna Gallina	Ja
Stephan Gamm	Nein
Uwe Giffei	Ja
Dennis Gladiator	Nein
René Gögge	Ja
Murat Gözay	Ja
Franziska Grunwaldt	Nein
Nebahat Güçlü	Ja
Birte Gutzki-Heitmann	Ja
Norbert Hackbusch	Ja
Jörg Hamann	Nein

<b>Name</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>
Inge Hannemann	Ja
Philipp Heißner	Nein
Astrid Hennies	Ja
Dora Heyenn	Ja
Danial Ilkhanipour	Ja
Regina-Elisabeth Jäck	Ja
Carl-Edgar Jarchow	Nein
Stephan Jersch	Ja
Hildegard Jürgens	Ja
Annkathrin Kammeyer	Ja
Gert Kekstadt	Ja
Dr. Annegret Kerp-Esche	Ja
Dirk Kienscherf	Ja
Thilo Kleibauer	Nein
Martina Koeppen	Ja
Dr. Joachim Körner	Nein
Thomas Kreuzmann	Nein
Annegret Krischok	Ja
Michael Kruse	Nein
Dr. Jörn Kruse	Nein
Gerhard Lein	Ja
Joachim Lenders	Nein
Dr. Melanie Leonhard	Ja
Uwe Lohmann	Ja
Gulfam Malik	Ja
Dorothee Martin	Ja
Jens Meyer	Nein
Antje Möller	Ja
Doris Müller	Ja
Farid Müller	Ja
Arno Münster	Ja
Ralf Niedmers	Nein
Dirk Nockemann	Nein
Andrea Oelschläger	Nein
Daniel Oetzel	Nein
Dr. Christel Oldenburg	Ja
Carsten Ovens	Nein
Cansu Özdemir	Ja
Milan Pein	Ja
Dr. Mathias Petersen	Ja
Lars Pochnicht	Ja
Karin Prien	Nein

<b>Name</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>
Jan Quast	Ja
Wolfgang Rose	Ja
Jenspeter Rosenfeldt	Ja
Dr. Monika Schaal	Ja
Marc Schemmel	Ja
Dr. Wieland Schinnenburg	Nein
Hansjörg Schmidt	Ja
Frank Schmitt	Ja
Markus Schreiber	Ja
Brigitta Schulz	Ja
Sören Schumacher	Ja
Jens-Peter Schwieger	Ja
Karl Schwinke	Ja
Dr. Joachim Seeler	Ja
Richard Seelmaecker	Nein
Ulrike Sparr	Ja
Olaf Steinbiß	Ja
Dr. Tim Stoberock	Ja
Birgit Stöver	Nein
Katja Suding	Nein
Heike Sudmann	Ja
Urs Tabbert	Ja
Dennis Thering	Nein
Dr. Carola Timm	Ja
Dr. Anjes Tjarks	Ja
Dr. Sven Tode	Ja
André Trepoll	Nein
Anna-Elisabeth von Treuenfels	Nein
Carola Veit	Ja
Dr. Isabella Vértes-Schütter	Ja
Hauke Wagner	Ja
Karl-Heinz Warnholz	Nein
Michael Weinreich	Ja
Dietrich Wersich	Nein
Michael Westenberger	Nein
Dr. Jens Wolf	Nein
Dr. Alexander Wolf	Nein
Sylvia Wowretzko	Ja
Ekkehard Wysocki	Ja
Mehmet Yildiz	Ja
Güngör Yilmaz	Ja